



Recht auf Stadt

script

13



Gemeinwohlorientierte
Selbstorganisation
in Lateinamerika

Informationsbüro Nicaragua e.V. (Hrsg.)

**Recht auf Stadt
Gemeinwohlorientierte Selbstorganisation
in Lateinamerika**

mit Beiträgen von:
Klaus Heß, Ina Hilse, Helene Kapolnik, Ralf Ohm,
Ulla Sparrer, *basta!*-Gruppe Wuppertal

nahua script 13

Diese Broschüre wurde mit finanzieller Unterstützung
der AKTION SELBSTBESTEUERUNG und der Rosa Luxemburg Stiftung
hergestellt.



© 2011 Informationsbüro Nicaragua e.V.

Originalausgabe

Herausgegeben vom Informationsbüro Nicaragua e.V.

Postfach 101320

42103 Wuppertal

Redaktion: Ina Hilse, Klaus Heß, Ulla Sparrer

Druck: Offset-Druckerei Figge, Wuppertal

Satz und Layout: Uwe Peter, Wuppertal

Fotohinweise: Alle Fotos dieser Broschüre in Farbe samt Legende und
Quelle finden sich unter <http://informationsbuero-nicaragua.org>

Stellungnahmen und Diskussionsbeiträge nehmen wir gerne unter
info@informationsbuero-nicaragua.org entgegen.

ISBN: 978-3-9814936-0-3

Inhalt

Für das „Recht auf Stadt“: Von Organisationsprozessen aus Lateinamerika lernen?	5
Spielräume für ein neues soziales Miteinander Kommunen in Venezuela	17
Kommunale Beteiligungsmodelle in Nicaragua – Vom CDS über das CDM zum CPC	29
Nachbarschaftskomitee oder Kinobesuch? Bürgerhaushalte und Partizipation in Montevideo	39
Wohnungsbaukooperativen in Südamerika: bessere Alternative zum sozialen Wohnungsbau?	49
Boom der Stadtgärten gegen die Mangelwirtschaft auf Kuba	63
Instandbesetzte Betriebe in Argentinien: Keimzellen einer solidarischen Ökonomie	69
Steiniger Weg – Lokale Autonomie in Bolivien	83
Von Südamerika lernen? Zwei im Wuppertaler Aktionsbündnis <i>basta!</i> aktive Menschen versuchen eine Antwort	95
Informationsbörse/Links auf Initiativen	109

Für das „Recht auf Stadt“: Von Organisationsprozessen aus Lateinamerika lernen?

Das städtische Gemeinwesen wird zunehmend Drehscheibe für politische und soziale Auseinandersetzungen. Mit der Frage „Wem gehört die Stadt?“ bündelten die letzten zentralen 1. Mai Veranstaltungen in Deutschland verschiedene Auseinandersetzungen. Dies sind längst nicht mehr nur die Häuserkämpfe von Jugendlichen oder radikalen Gruppen zur Verteidigung ihres Rechts auf ein gemeinsames und selbstbestimmtes Wohnen in einem besetzten Haus, durchgesetzt gegen zerstörerische Spekulationsinteressen und ihre UnterstützerInnen in der Politik. Vielmehr geht es um die Zukunft ganzer Stadtteile, die gegen die Bedürfnisse der dort lebenden Menschen hergerichtet und zusammen mit öffentlichen Räumen und Plätzen, sozialen Einrichtungen und öffentlicher Infrastruktur „aufgewertet“ und neu vermarktet werden.

Das Hamburger Gängeviertel oder Berliner Stadtteile wie Prenzlauer Berg und Kreuzberg sind Beispiele der Auseinandersetzung von privaten Immobilieninteressen im Widerspruch zu einer gemeinwohlorientierten Stadtteilpolitik. Im August 2009 sind KünstlerInnen in das Gängeviertel gekommen, um es vor Verfall und Abriss zu retten und einen Raum zu



schaffen, in dem Neues entstehen kann. Zehntausende Gäste aus aller Welt haben seitdem Ausstellungen, Konzerte, Partys und Lesungen besucht oder über Stadtentwicklung diskutiert. Zwei Jahre verhandelten sie mit der Stadt Hamburg über die Zukunft des Viertels. In einer Kooperationsvereinbarung vom September 2011 zwischen der Stadt Hamburg und den NutzerInnen des Gängeviertels konnte sichergestellt werden, dass die historischen Gebäude des Viertels denkmalgerecht saniert werden. Durch die Übernahme der Häuser in eine Wohn- und Kulturgenossenschaft soll ein kollektiver, offener und selbstverwalteter Ort geschaffen werden, der eine Beteiligung an der Gestaltung des städtischen Miteinanders ermöglicht. Dazu mussten zahlreiche UnterstützerInnen und Initiativen im Netzwerk „Recht auf Stadt“ in der Rolle des Ideengebers permanent eine Unzahl von bürokratischen Hindernissen und fachlichen Engstirnigkeiten überwinden.

In Freiburg fanden die „Recht auf Stadt“-Tage im Sommer 2011 auf eine besondere Weise statt. Mit Diskussionen, Workshops und einer so genannten Nachttanzdemo, einem rollenden Umsonstladen und einem

„Plenum von unten“ wurden die EinwohnerInnen für ein altes Thema – Leerstand, Freiraum, Hausbesetzung – neu sensibilisiert. Gespielt wurde eine interaktive Fernsehshow, in der eine Jury öffentlich das am besten und nachhaltigsten zu besetzende leer stehende Hausobjekt auswählte.

In Köln, Berlin, Wuppertal und anderen Städten zeigten ähnliche phantasievolle Aktionen, dass für eine lebendige Stadtentwicklung "von unten" andere Ansätze nötig sind als die altbekannte Vermarktung des städtischen Raums unter rein wirtschaftlichen Gesichtspunkten. Eine Stadt braucht Freiräume und ein lebendiges Miteinander. Vieles galt bisher als nicht verhandelbar, und doch zeigt sich, was alles möglich wird, wenn der notwendige politische Wille vorhanden ist. Engagierte BürgerInnen zeigen, dass das Potential für eine kreative, lebendige Stadt auf der Straße liegt. Die Politik muss nur das Vertrauen haben, „Politik-KonsumentInnen“ zu „Politik-ProduzentInnen“ werden zu lassen.

Vielerorts gerät die Politik – insbesondere im kommunalen Raum – in eine Legitimationskrise, wenn sie öffentliches Eigentum, wie die Wasserversorgung in Berlin, privatisiert, Wohnungsbaugesellschaften wie die Landesentwicklungsgesellschaft in NRW verkauft oder öffentliche Plätze versilbert. Dabei hat die seit der Jahrtausendwende noch einmal verschärzte staatliche Niedrigsteuerpolitik der Schröder-Regierung zugunsten von Unternehmen dazu geführt, dass insbesondere die Kommunalfinanzen gekürzt wurden und nicht ausreichen, eine angemessene Daseinsvorsorge für ihre BürgerInnen zu garantieren. Viele Kommunen sind so stark verschuldet, dass sie unter Spardiktat stehen, sich ihre Haushalte von der Bezirksregierung genehmigen lassen müssen und nur noch Pflichtaufgaben erfüllen können. Kulturangebote, Schwimmbäder und Stadtteilbibliotheken müssen schließen oder werden durch Bürger ehrenamtlich betrieben.

Politik zeigt sich als wenig innovativ. Denn gleichzeitig investieren die Städte große Summen für Infrastrukturprojekte mit langfristiger Bindung. Diese werden im Zusammenspiel mit der privaten Bauindustrie entwickelt, während die Öffentlichkeit von den Details der Verträge ausgeschlossen wird. Werden die Verträge wirksam, sind sie meist nicht mehr beeinflussbar. So steht auch in der Auseinandersetzung um das Bahnhofuprojekt „Stuttgart 21“, bei dem der bestehende Kopfbahnhof durch einen unterirdischen Durchgangsbahnhof ersetzt werden soll, längst nicht mehr die Frage im Zentrum, ob der Bahnhof und wenn ja wie gebaut wird.

Denn jenseits dieser Frage ist Stuttgart ein Beispiel geworden für den Protest aus der Mitte einer Gesellschaft, die kein Spielball von Politik und Wirtschaft mehr sein will, ein Symbol einer Bürgergesellschaft, die auch und gerade angesichts knapper Mittel ihre Interessen in die eigenen Hände nehmen will und dabei mit neuen demokratischen Formen wie Vollversammlungen auf öffentlichen Plätzen experimentiert.

Die Kommunalpolitik steht vor der Frage, wie sie sich das Vertrauen der BürgerInnen zurückholt. Dabei muss sie Beteiligungs- und Entscheidungsformen anbieten, die weit über unser Repräsentationssystem hinausgehen. Da gibt es Planungszellen, Mediationsverfahren a la Geissler oder der daraus vereinbarte Stresstest bzw. die Volksabstimmung. Solche Fragen stellen sich an vielen Orten in unterschiedlicher Form. Beim Neubau des Wuppertaler Bahnhofs wird eine öffentliche Begleitung gefordert, um zu verhindern dass die Kosten aus dem Ruder laufen. In Baden Württemberg hat der Stresstest zumindest die lange überfällige Transparenz geschaffen. Die Landesregierung stellt die Frage, wie sich die Politik und die Verwaltung ändern muss, um die „Basta-Politik“ abzulösen. PolitikerInnen müssen umdenken, wenn sie ehrlich gemeinte Bürgerbeteiligung praktizieren wollen. Aber auch BürgerInnen müssen dann die Bereitschaft aufbringen, sich nicht nur im Protest zu engagieren, sondern zeitaufwendige Beteiligungsverfahren, wie bei der Stadtbahn in Mannheim, beim Pumpspeicherwerk im Schwarzwald oder beim Atommüll in Schaffhausen mitzustalten.

In einigen Städten setzen sich Bürgergruppen mit PolitikerInnen darüber auseinander, wer mit wem in welcher Form über den Haushalt entscheidet. Sie fordern den Bürgerhaushalt, die Mitentscheidung über die Verwendung der Kommunalmittel auf Stadtteilversammlungen, oder andere Formen einer plebisitzären oder kommunitären Demokratie. Die Stadtteilversammlung ist eine solche Form der Wiederaneignung öffentlicher Räume, indem Interessen, Notwendigkeiten und Wünsche einer Gemeinschaft artikuliert und diskutiert werden können und als Ergebnis die Fähigkeit entwickelt wird, gemeinsam in Entscheidungen über Grund und Boden, Wohnungen, Ressourcen und Investitionen einzutreten.

Mittlerweile hat die Form der Proteste eine neue Qualität erreicht, es sind nicht nur einfach punktuelle Demonstrationen an beliebigem physischen Ort. In Spanien kamen beim Sternmarsch der Empörten in 2011 über 2.000 MarschiererInnen in 7 Kolonnen nach Madrid, tausende Madril-

Innen schlossen sich an. Auf dem zentralen Platz versammelten sich 15.000 Menschen und protestierten nicht nur gegen einzelne Maßnahmen der Regierung zur Bewältigung der Finanzkrise – Kürzungen im Arbeitslosengeld, öffentliche Gehälter, Rente, Gesundheits- und Bildungssystem – sondern drückten mit Parolen wie „Wir zahlen nicht für eure Krise“ oder „Sie repräsentieren uns nicht“ ihren globalen Protest aus und organisierten ein Protestcamp der „Empörten“, das über mehrere Wochen unter dem Motto „Echte Demokratie Jetzt“ stattfand. *Tomar la calle* ist mittlerweile zu einer internationalen Metapher für die geworden, die sich gegen soziales Unrecht wehren. Die Rückeroberung der Straße ist nicht nur Mittel zum Zweck, sie ist Programm, sowohl bei *Democracia Real Ya* in Madrid, als auch bei den Stuttgarter Parkschützern, bei der Besetzung der Wall Street oder den mehrwöchigen Camps in verschiedenen deutschen Städten. Sie wird als Einsatz ins Spiel gebracht. Komissionen werden gebildet, die die Arbeit aufteilen, kulturelle Aktivitäten werden angeboten, die Versorgung und Reproduktion wird gewährleistet, Infopunkte und Öffentlichkeitsarbeit werden organisiert. Am Wichtigsten aber ist die Schaffung von öffentlichen Foren, in denen diskutiert wird und Forderungen und Vorschläge erarbeitet werden, die dann in Vollversammlungen abgestimmt werden.

Diese „Urbanisierung des Protests“ verleiht dem politisch-ökonomischen Protest eine konkrete Dimension, da schon die kollektive Präsenz an einem öffentlichen Ort, gewaltlos, aber von längerer Dauer, ein Akt des Widerstandes wird. Demokratie braucht die allgemeine und dauerhafte Aneignung des öffentlichen Raums. Mit der griechischen „polis“ im Altertum galt der Marktplatz als Ort der Beratung und Teilhabe an kollektiver Entscheidungsfindung. Dabei gilt der öffentliche Raum als der Ort, der mit dem Funktionieren der Demokratie verknüpft ist und Austausch, Gespräch und Zusammenkommen begünstigen soll. Der Kapitalismus will demgegenüber angesichts seines Bedarfs an Mobilität die Verkehrsströme beschleunigen; öffentliche Bänke, nicht angemeldete HändlerInnen oder gar größere Mobilitätsblockaden wie öffentliche Ansammlungen stören hier unmittelbar.

Die beiden Funktionen der Stadt „Mobilitätsmaschine“ und „Ort der Demokratie“ behindern sich gegenseitig. Jedes Camp ist zugleich Entschleunigung und Widerstand gegen die Mobilitätsmaschine, soweit es auf Bestand angelegt ist, und unmittelbar „echte Demokratie“, weil als Raum der Diskussion und des sozialen Miteinanders angelegt.



Soweit dort grundsätzliche Themen verhandelt werden und andere Politikformen eingefordert werden, weisen die Aktionen über den durch repräsentative Demokratie zugewiesenen Rahmen hinaus. In der Wiederaeignung öffentlicher Räume können auch neue Gemeingüter entstehen, wenn dabei nützliche Gegenstände, Güter und Ressourcen angeeignet, kollektiv bearbeitet und daraus eine gemeinsame Identität im Alltagsleben entwickelt werden kann. Der Prinzessinnengarten in Kreuzberg wurde von einer 6000 qm großen Brachfläche in eine ökologische und soziale urbane Landwirtschaft verwandelt. Er produziert nicht nur lokal Lebensmittel, er schafft auch einen Ort neuen urbanen Lebens, an dem FreundeInnen, NachbarInnen und Interessierte gemeinsam arbeiten, lernen und entspannen.

Ähnliche Prozesse entwickelten sich in Lateinamerika bereits seit den 70er Jahren, als der Kontinent weltweit erstes Erprobungsfeld des Neoliberalismus wurde. Staatliche Sozialprogramme wurden gekürzt, Infrastrukturen privatisiert, Wirtschaftsstrukturen globalisiert, aktivierende Kreditsysteme für kleinbäuerliche genossenschaftliche Strukturen

ausgedünnt, der Staatssektor als öffentlicher Arbeitgeber abgeschafft, staatliche Subventionen für Ernährung nicht mehr finanziert. Die Folgen waren Arbeitslosigkeit und Hungersnöte verbunden mit Aufständen in mehreren Ländern. Als Caracazo werden die mehrtägigen Volksaufstände in der venezolanischen Hauptstadt Caracas und anderen Städten 1989 bezeichnet. Nach inoffiziellen Schätzungen forderten sie bis zu 3.000 Menschenleben. In Argentinien kam es im Zuge einer Wirtschaftskrise und einem drohenden Staatsbankrott 2001 zu Volksaufständen, Betriebsbesetzungen, Straßenblockaden und Stadtteilversammlungen. Selbsthilfeorganisationen sind entstanden und über mehrere Monate war das Land regierungslos.

Auch in Bolivien gab es heftige Proteste und einen Generalstreik, nachdem der internationale Währungsfonds die Privatisierung der Wasserversorgung zugunsten des U.S.-amerikanischen Bechtel-Konzerns erzwungen hatte. Im April 2000 wurde das Kriegsrecht über Cochabamba verhängt, aber nach einem Volksaufstand musste die Privatisierung zurückgenommen werden und nach weiteren gewalttamen Protesten gegen den Ausverkauf der Erdgasförderung an US-amerikanische Konzerne und gegen Einsparungen im Staatshaushalt wurde 2003 die Regierung gestürzt.

In vielen lateinamerikanischen Ländern waren soziale Bewegungen mit dem Rückzug des Staates gezwungen, unabhängige Organisationsformen zu entwickeln oder sich als kollektive Wirtschaftssubjekte jenseits von Markt und Staat zu positionieren, gemeinsam notwendige Ressourcen anzueignen, um ihren Lebensunterhalt zu sichern.

An die Stelle der traditionellen Parteien, die im wesentlichen auf die Erringung der Regierungsmacht setzten und sich darin abwechselten, Formen der Machtteilung entwickelten und sich in diesem System einrichteten, traten neue Bewegungen wie das *acuerdo pais* in Ecuador, das *Movimiento al socialismo* in Bolivien, oder die *Frente Amplio* in Uruguay und haben das Zweiparteiensystem der Machtteilung aufgelöst. Diese Formen sind aus der Not geboren, als Antwort auf die krisenhaften Veränderungen der Gesellschaft und die unzureichende Daseinsfür- und -vorsorge lokaler wie nationaler Regierungen, indem die Betroffenen gemeinsam zur Selbsthilfe greifen. Soziale Bewegungen, Bürgerbewegungen, Ökologiebewegungen, VertreterInnen der Indigenen Organisationen haben in der Folge dieser Machtkrise Regierungspositionen errungen bzw. besetzen einzelne

strategische Positionen. In verschiedenen Staaten wandeln sich die Beziehungen zwischen Staat und BürgerInnen. In Verfassungsreformen wird die Gesellschaft neu gegründet, neben der repräsentativen oder präsidentialen Demokratie entstehen andere weitergehende Formen der konsultativen, der plebisitären, der kommunitären und der Wirtschaftsdemokratie. Beginnend in Porto Alegre (Brasilien) entstanden in Argentinien, Nicaragua oder Venezuela die Bürgerhaushalte als Verpflichtungen der Stadtverwaltungen, ihre Mittel für Daseinvorsorge, für soziale und technische Infrastrukturen von öffentlichen Stadtteilversammlungen priorisieren zu lassen, bis hin zur Verlagerung der Entscheidungsfindung auf Bürgerräte und Nachbarschaftskomitees.

Diese Broschüre ist das Ergebnis einer gemeinsamen mehrmonatigen Reise durch Lateinamerika. Überall – in Uruguay, Argentinien, Bolivien, Peru, Ecuador, Kolumbien und Venezuela – wurden wir offen und freundlich empfangen, konnten Kontakte knüpfen, Gespräche und Besichtigungen durchführen und Interviews führen. Dabei wollen wir die Ansatzpunkte für städtische Selbstorganisationsansätze aus Lateinamerika möglichst im Dialog mit den AkteurlInnen darstellen.

Den ersten Block in der Broschüre bilden städtische rätedemokratische oder kommunitär-nachbarschaftliche Strukturen, wie der Ansatz der comunas in Venezuela, die Kommunalbewegungen in Nicaragua und die Nachbarschaftsräte in Uruguay. Sind BürgerInnen bereit zu diesem Engagement, wo liegen die Hemmnisse, akzeptiert die Politik diese Entscheidungen? Worüber darf entschieden werden? Wie geht die Regierungspartei mit oppositionellen Bewegungen um? Lösen die comunas in Venezuela wirklich die Stadtverwaltung ab, welche Machtbeziehungen entwickeln sich zwischen Staat und Bewegung?

Der zweite Block stellt Formen genossenschaftlichen und kollektiven Eigentums dar, welches gemeinschaftlich gebildet bzw. angeeignet wurde und nach gemeinwohlorientierten Regeln genutzt wird. Hier haben wir Wohnungsbaukooperativen in Uruguay bzw. Ecuador, instandbesetzte Betriebe in Argentinien und kommunitäre Gemüsegärten in Kuba ausgewählt. Sind Wohnungskollektive eine defensive Antwort auf die Sparpolitik eines Staates, der die Bedürfnisse in der Wohnungspolitik nicht mehr erfüllen kann oder will, oder gar die bessere Alternative, weil höhere Form der Selbstbestimmung und verringerte Abhängigkeit von staatlicher Hilfe und marktwirtschaftlichen Angeboten? Sind instandbesetzte Betriebe

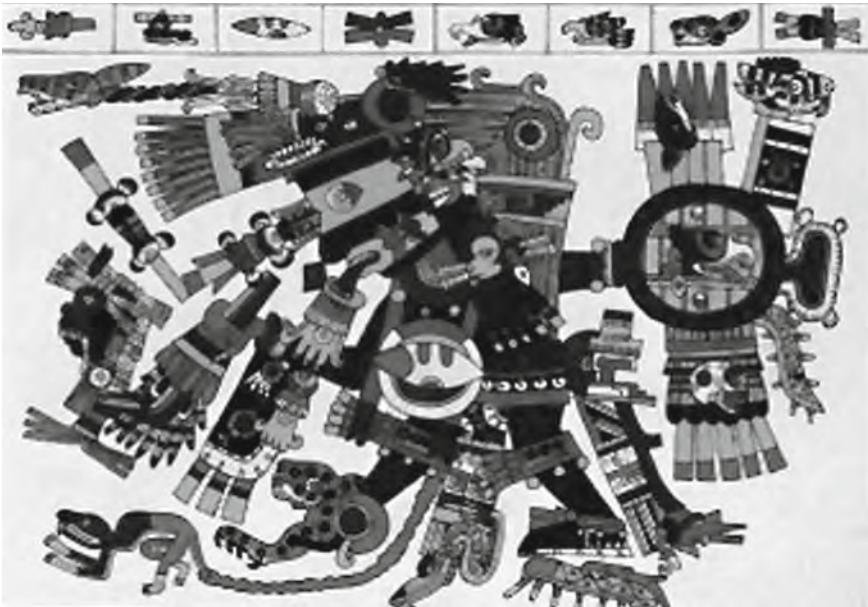
oder kommunitäre Gemüsegärten mehr als nur Einkommensquelle für die Arbeitenden, können sie wie ein Gemeingut gemeinschaftlich verwaltet werden und zur Gemeinwohlorientierung beitragen, indem sie nicht marktwirtschaftlich, sondern für die Bedürfnisse im Stadtteil produzieren und solidarische Produktionsketten organisieren?

Der dritte Block behandelt das Thema der lokalen Autonomie als von der Verfassung garantiertes Recht, auch mit der Möglichkeit eigene Organe, Statuten, Rechtsprechungssysteme auf kommunaler Ebene zu bilden. Auch wenn es hier noch wenig Erfahrungen in der Umsetzung gibt, ist die Frage spannend, wie Konflikte zwischen nationalem Staat und ethnisch bzw. kulturell begründeter Autonomie ausgetragen werden und welche Rechte Individuen gegenüber solchen autonomen Organen haben.

Die aufgeführten Beispiele aus Südamerika sollen Erfahrungen vermitteln und Antworten aus dem Munde der Beteiligten geben, für Fragen die sich auch für uns stellen. Übernahme von Selbstverantwortung durch kollektive Selbstorganisationsstrukturen, durch Ehrenamt, durch Übernahme wirtschaftlicher Aktivitäten in sozialer Orientierung ergänzen staatliche Aufgaben der Daseinsvorsorge bei gleichzeitiger Delegation der Entscheidungsmacht an die aktivierten BürgerInnen: auch ein Modell für deutsche Kommunen? Mit der Antwort zweier im Wuppertaler Aktionsbündnis basta! aktiver Menschen auf diese Frage schliessen wir unsere Broschüre ab. Dabei hoffen wir, mit dieser Broschüre viele Anregungen und Motivationen zum Selbsthandeln geben zu können und freuen uns über Rückmeldungen, zum Beispiel auf unserer Seite www.informationsbuero-nicaragua.org.

Die **Nahua Scripte** gehen auf eine lange Tradition zurück; sie begleiten die Öffentlichkeitsarbeit des Informationsbüro Nicaragua mehr als drei Jahrzehnte. Die erschienenen Titel sind ein Spiegelbild zeitlicher Verläufe von politischen Diskursen gesellschaftlicher Debatten in der Linken.

Mit Titeln zur Blockfreiheit, zur Auseinandersetzung um die deutsche Entwicklungspolitik in Mittelamerika, die Instrumentalisierung von Menschenrechtsfragen um Nicaraguas Miskito-Indianer im Ost-West-Konflikt, zu Wahlen im politischen Prozeß Nicaraguas, zum Würgegriff internationaler Finanzorganisationen waren unsere Themen in der **Mitte der 80er Jahre** auf Interessenlagen von Großorganisationen, Parteien, staatlicher Macht und Internationaler Wirtschafts- und Finanzorganisationen im Zerrbild des Ost-West-Konfliktes ausgerichtet.



Mit dem Zusammenbruch des real-existierenden Sozialismus begann eine Phase, „in der wir die Spielräume für unsere Politik neu erobern (mußten)“¹. Dafür wollten wir erst einmal die Beziehungen zwischen uns als sozialer Bewegung in einem Land der Metropole und den Befreiungsbewegungen auf andere Füsse stellen, denn es war vorher „oft eine Wechselbeziehung, die weniger mit Internationalismus zu tun hatte, dafür umso mehr mit den Formen des bürgerlichen Warentauschs. Wir brauchten ein projektives Ersatzterrain, sie brauchten einen Mentor *im Herzen der Bestie* – und Geld... In der Praxis blieb es meist bei der Verteidigung eines fernen Prozesses, blieben wir dessen Sprachrohr, während die Entwicklung unserer eigenen Praxis und Perspektive eine blasse Utopie blieb.“

Die **Nahua Scripte der 90er Jahre** sollten so zu einem neuen Austausch mit den Bewegungen in Zentralamerika beitragen. Statt „Materialberge“ aus Lateinamerika heranzuschaffen, die wieder in eine „Sprachrohrpolitik“ münden, ...soll die Zeitschrift ... eine authentische Nahsicht

auf die konkreten Aktionen der Volks- und Befreiungsbewegungen Lateinamerikas und deren theoretische Reflexion ermöglichen².

So sind wir in vielen Fragen wie etwa dem Verhältnis von Avantgardepolitik und Massenbewegungen, der nationalen Befreiung oder der Eroberung staatlicher Macht erst sehr spät in den kritischen Austausch getreten, haben versucht, unsere politischen Herangehensweisen und die damit verbundenen Projektionen auf Entwicklungen, Bewegungen und Menschen Nicaraguas kritisch zu hinterfragen. Nur langsam konnten wir uns von bestimmten Bildern und Vorstellungen hinsichtlich einer politischen, sozialen oder ökonomischen Organisierung trennen wie von der sozialistischen Vorstellung, daß Organisierung immer einen Kern besitzen muß, dass Organisation ein Zentrum benötigt, welches für einen größeren historischen oder geografischen Raum Veränderung zusammenfasst, koordiniert und homogenisiert.

So behandelte Nahua Script 10³ die Perspektive revolutionärer Bewegungen in Verbindung mit der Neuen Linken in Lateinamerika und neue Möglichkeiten für einen demokratischen Sozialismus nach dem Verschwinden des Stalinismus. Nahua Script 11⁴ war Ergebnis unserer Neugierde auf die Debatte der lateinamerikanischen Feministinnen, zugleich aber auch Ausdruck unserer eigenen Fragen an die Frauenbewegung in der BRD. Aus der Tatsache dass die neoliberal bestimmten Märkte wie überall in Lateinamerika den Menschen die Lebensgrundlage entziehen würden erstellten wir Nahua Script 12⁵. Nachdenkenswert schien uns die Umkehrung der Rangfolge von Export- und Grundnahrungsmittelanbau zu sein. Unter der Voraussetzung, dass der Anbau von Exportprodukten kein Auskommen ermöglicht sowie ökologische Ressourcen und eine Organisation „benötigt“, die die unmittelbare Verfügungsgewalt über das Gut den ProduzentInnen entzieht, der Grundnahrungsmittelanbau aber mit seiner Selbstversorgungsabsicht das Umgekehrte bedeutet, dann wäre es am sinnvollsten, die Exportproduktion lediglich dort zu organisieren, wo die Selbstversorgung das zulässt oder unbedingt notwendig macht. Diese

2 Alle Zitate aus Nahua Script 10, S.2

3 nahua script 10: Nicaragua nach dem Regierungswechsel – Bilanz und Perspektiven

4 nahua script 11: Leidenschaft und Macht – Frauendebatte in Lateinamerika

5 nahua script 12: LandLos – Berichte und Gespräche zur Landfrage in Nicaragua und Mittelamerika

1 Alle folgenden Zitate: Editorial Nahua Script 10

Umkehrung ist notwendig und möglich:

- der nationalstaatliche Rahmen erodiert – nicht nur in Nicaragua
- Der Sandinismus der 80er Jahre hat ein Selbstbewußtsein geschaffen für erfolgreiche Selbstorganisation.
- Die bäuerliche Produktionsweise mit dezentraler Organisation, ressourcenschonender Ökologie und gesellschaftlicher Ernährungs-souveränität bietet nachhaltige Produktionsstrukturen.

Die unmittelbaren ProduzentInnen können sich der Exportorientierung und damit verbundener national-staatlicher wie auch privatwirtschaftlicher Organisation entledigen, sie bilden neue Wirtschaftssubjekte mit sozialer Orientierung.

Im neuen Jahrtausend haben wir die handelnden ProtagonistInnen, Menschen in ihren konkreten subjektiven und persönlichen politischen Wirkungsfeldern in das Zentrum unserer Öffentlichkeitsarbeit gestellt. In unserer Reihe „Lebenswege“ kommen politisch engagierte Menschen mit ihrer Biografie nicht als funktionalisierte Objekte für eine politische Position, sondern als uns über viele Jahre bekanntes Gegenüber zu Wort, auch ausserhalb ihres zeitlichen und räumlichen bzw. inhaltlichen politischen Wirkungsfeldes. Unsere multimediale Ausstellung „Überlebenswelten“ zeigt Menschen in prekären Arbeits- und Lebensverhältnissen nicht nur als Opfer, sondern als handelnde Subjekte, an den Menschen lassen sich die konkreten Arbeits- und Lebensverhältnisse und die Bedingungen ihrer Überwindung erkennen, nicht umgekehrt.

Mit den jetzt aktuell vorgelegten nahua scripten zum „Recht auf Stadt“ und dem Entwicklungskritischen Süd-Nord-Kolloquium „Her mit dem Guten Leben“ hoffen wir, den in der Reihe formulierten Ansprüchen an Austausch und Begegnung mit den Menschen, mit denen wir nun schon mehr als drei Jahrzehnte einen gemeinsamen Weg gehen, nachzukommen.

Spielräume für ein neues soziales Miteinander Kommunen in Venezuela

Die Organisation der Kommunen im Großraum Caracas hat seit der Amtseinführung von Hugo Chávez 1999 einen langen Weg und viele neue Namen hinter sich: *Círculos Bolivarianos*, Wasser- und Land-Komitees, die Stadtteil-Regierungen *Gobiernos Parroquiales*, die Gemeinderäte *Consejos Comunales* und schließlich die *Comunas*. Die *comunas* sind Strukturen der Selbstorganisation, die im Falle von Venezuela massiv staatlich gefördert werden. Demgegenüber gliedern sich die staatlichen Verwaltungsstrukturen in *Distrito Metropolitano* im Falle von Caracas, die darunter gelegene Ebene heißt *municipios*, und die kleinste staatliche Verwaltungsebene *parroquias*.

Es gibt ein Bestreben, diese Selbstorganisation in Strukturen zu gießen, die sich in einer Gesetzgebung niederschlagen können. Bei jeder Etappe der Entwicklung regnete es von Seiten der Zentralregierung Rechtstitel und Verordnungen, so dass der alte Spruch vom Marsch durch die Institutionen eine neue, leicht beunruhigende Bedeutsamkeit gewinnt. Grundlage für die Mitbestimmung organisierter EinwohnerInnen in wirtschaftlichen und sozialen Belangen ihrer Wohnviertel ist u.a. das Gesetz *Ley Orgánica del*



Consejo Federal del Gobierno, das die finanzielle Förderung der Kommunen⁶ durch die Stadtverwaltung und die öffentliche Hand allgemein regelt. Dieses Gesetz hat einen reformerischen, basisdemokratischen Ansatz. Gleichzeitig ist es aber der Überforderung der zentralistischen Stadtverwaltung geschuldet, die kaum in der Lage ist, eine Millionenstadt, in der die meisten BewohnerInnen in Stadtrandsiedlungen leben, sozial verträglich zu verwalten. Im Dezember 2010 wurde zudem das Gesetz zu den Kommunen, *Ley de Comunas*, beschlossen. Dieses soll die Grundlage für die Handlungsfähigkeit der wirtschaftlichen und sozialen „Keimzellen des Sozialismus an der Basis“ sein. Es ermöglicht den Ausbau des Konzepts des Gemeinschaftseigentums, *propiedad social*, auf Ebene der Kommunen.

Die Flut der Verordnungen hat in diesem Zusammenhang einen sehr positiven Aspekt, nämlich den der Rechtssicherheit für die Beteiligten. Wie bei jeder Beziehung mit starken Hierarchien birgt die enge Zusammenarbeit von Basisorganisationen mit dem Staat aber auch das Risiko der Vereinigung, der Auflösung originärer Forderungen zugunsten der

„Einsicht“ in eine fremdbestimmte Agenda und des Beiseitedrängens unbequemer Initiativen. In diesem Spannungsverhältnis entwickelt sich das Konzept des *Poder Popular*, also der radikal demokratischen Bürgerbeteiligung, aus der alle gesellschaftlichen, politischen und wirtschaftlichen Entscheidungen hervorgehen sollten.

Dass der bolivarianische Prozess eine Revolution der Verordnungen ist, zeigt sich auch daran, dass die verwaltungstechnische Aufteilung der venezolanischen Hauptstadt schon einige Verwandlungen hinter sich hat. So beschloss das venezolanische Parlament im April 2009 die Einrichtung einer Bezirksregierung (*Gobierno del Distrito Capital*), deren Präsidentin, der PSUV-Politikerin Jacqueline Faría, wesentliche Aufgaben übertragen wurden, so die Verwaltung der Finanzen, öffentliche Baumaßnahmen und wirtschaftliche Entwicklungspläne. Für die Neuverteilung von Kompetenzen mag es gute Gründe gegeben haben, die erwähnte Überlastung zentralistischer Behörden ist einer davon. Tatsächlich kam die Einsetzung der Bezirksregierung einer Abkoppelung des „chavistischen“ Teils der Hauptstadt von jenem „der Opposition“ gleich. Dies zur Erbitterung des Oppositionskandidaten, Antonio Ledezma, der gerade zuvor die Wahl zum Oberbürgermeister des Großraums Caracas gewonnen hatte. Er hätte die bolivarianische Politik zugunsten der organisierten Kommunen zumindest behindert, im schlimmsten Fall untergraben. Die Bereitschaft zur Kooperation in Sachfragen zwischen *Chavistas* und Opposition ist auf beiden Seiten trotz gegenteiliger Rhetorik auffallend gering.

Bis zum Amtsantritt von Hugo Chávez hatte sich niemand an entscheidender Stelle etwas anderes als bestenfalls die Verwaltung der Armut in den Stadtrandvierteln auf die Fahnen geschrieben. Ein Beispiel für die Initiative der chavistischen Regierung ist das Wohnungsproblem. In der Folge starker Regenfälle Ende 2010 mussten viele Menschen ihre Häuser mit ihrer gesamten Habe zurücklassen und in Notunterkünften untergebracht werden. Dies wirft ein Schlaglicht auf die prekäre Wohnsituation der meisten EinwohnerInnen von Caracas. Seit Jahren schon arbeiten Ministerien und Kommunen an der Basis an kleineren und größeren Wohnprojekten innerhalb und außerhalb der Stadtteile, ohne das Problem in den Griff zu bekommen. Unabhängige ebenso wie offizielle Baumaßnahmen stoßen auf die komplizierten Strukturen des Nebeneinanders von Initiative und Apathie, von Exklusion und Obrigkeitsgläubigkeit, hoffnungsvollem sozialen Engagement und Kriminalität/Kriminalisierung, die es schwierig

6 „Kommunen“ ist hier nicht als staatliche Verwaltungsstruktur zu verstehen, sondern wird als Übersetzung von comuna für die selbstorganisierte Struktur genutzt.

machen, in den Stadtteilen ein Bein auf den Boden zu bekommen. Auch die nicht-staatlichen *Consejos Comunales* und *Comunas* müssen sich mit der Problematik des Klientelismus, der Korruption und mit paternalistischer Sozialarbeit auseinandersetzen, um einen Weg zum Aufbau eines neuen Selbstbewusstseins zu finden.

Im Februar 2011 kündigte Hugo Chávez die „*Gran Misión Vivienda Venezolana*“ an, in deren Verlauf in den nächsten sieben Jahren zwei Millionen neue Wohnungen entstehen sollen. In den folgenden Monaten beschäftigten sich die bolivarianischen StrategInnen mit der Auswahl geeigneter Standorte, im Mai begann die Einschreibung für die interessierten BürgerInnen. Auch in diesem Programm sollen die *Consejos Comunales* eine wichtige Rolle spielen, unter anderem bei organisatorischen Fragen und als direkte Ansprechpersonen vor Ort, aber auch mit eigenen Baumaßnahmen. In das Programm eingebunden sind neben den Gemeinde-AktivistInnen auch die entsprechenden Ministerien, private Baufirmen, der Ölriese PDVSA, die sozialen Missionen, wie das Ausbildungsprogramm *Misión Sucre*, und die bolivarianischen Milizen. Umstritten ist die Finanzierung des Programms, die eine hohe Neuverschuldung des Landes nötig machte. Die Opposition kritisiert es vor allem unter Wahlkampf-Aspekten: Für Dezember 2012 stehen Präsidentschaftswahlen an. Mit einem erfolgreichen Wohnungsprogramm würde Hugo Chávez erneut bei der Bevölkerung punkten.

Das Interview mit Agustín Torres aus der Kommune Fabricio Ojeda im Stadtteil Catia von Caracas gibt einen Einblick, wie die organisierte Basis ihre Rolle selbst definiert. Im Zentrum von Catia, im Viertel Gramoven, liegt der Sitz der Kommune, ein enteigneter Industriekomplex. Dort haben die AktivistInnen eine Zentrale mit Büros, Sitzungsräumen und Werkstätten eingerichtet. Wichtiger Ansprechpartner für die Kommune sind neben der Stadtverwaltung auch die Ministerien, u.a. das Ministerium für die Kommunen und soziale Sicherheit, *Ministerio del Poder Popular para las Comunas y Protección Social*.

Wie entstand die Initiative, hier im Stadtteil Gramoven eine Comuna aufzubauen?

In den bisher elf Jahren an der Regierung hat Präsident Chávez immer den besonders gefährdeten und den marginalen Gebieten des Landes

spezielle Aufmerksamkeit gewidmet. Das führte zu einer ganzen Reihe von politischen Maßnahmen mit dem Ziel, die Bevölkerung, die Bewegungen in diesen Wohngebieten zu organisieren und zu stärken. Auch hier im Viertel Gramoven fing das 1999/2000 mit einem Círculo Bolivariano an, später kamen dazu die Wasser-Komitees (*Mesas de Agua*), die Komitees für Kommunikation (*Mesas Técnicas de Comunicaciones*), die Boden-Komitees, Komitees für Ernährung und Gesundheit. Später, 2006, wird mit der Verabschiedung des Kommunalräte-Verfassungsgesetzes (*Ley Orgánica de los Consejos Comunales*) die Konsolidierung des Poder Popular, der sozialen Organisationen, stärker wahrnehmbar. Das Interessante an den *Consejos Comunales* ist, dass sie integrierend in den Gemeinden wirkten und weitgehend die Nachbarschaftsvereinigungen (*Asociaciones de Vecinos*⁷) ersetzten, die bis dahin die anerkannteste Form der sozialen Organisation in den Stadtvierteln waren. Den *Consejos Comunales* schlossen sich alle sozialen Organisationen an, die zu dem Zeitpunkt in irgend einer Weise in den Gemeinden tätig waren, d.h. die Leute nahmen das Konzept sehr bereitwillig an und das landesweit. Die *Consejos Comunales* konnten sich in nur wenigen Jahren konsolidieren.

Hier in Caracas, auch spezifisch hier in der *Parroquia Sucre* des Verwaltungsbezirks Libertador, sind die Bürgermeisterwahlen 2008 ein besonders denkwürdiger Einschnitt. Im Allgemeinen ist es ja so – nicht nur in Venezuela, sondern überall – dass die KandidatInnen ein Wahlprogramm vorstellen, in dem sie bekannt geben, was sie vorhaben, wenn sie die Wahlen gewinnen. Aber in diesem Wahlkampf gab Präsident Chávez die Linie aus, dass das Wahlprogramm von den sozialen Organisationen festgelegt werden sollte. Das heißt, die *Consejos Comunales* sollten sich mit den Kandidaten auseinandersetzen und die realen Bedürfnisse der Gemeinden in das Wahlprogramm mit einbeziehen. Und das hat funktioniert. Für uns erwies sich das als sehr sinnvoll und effektiv, denn unser Kandidat, den Chávez und die Regierung unterstützen, hat die Bürgermeisterwahlen hier im *Municipio Libertador* gewonnen, und er hat seine Verpflichtungen den *Consejos Comunales* gegenüber eingehalten. In der *Parroquia Sucre*, genauer gesagt hier im Viertel Gramoven spielten wir eine wichtige, eine aktive Rolle als neue soziale und politische Akteure

⁷ *Asociaciones de Vecinos* wurden in der Zeit vor Chávez von den Regierungen der Parteien AD und Copei, die sich Jahrzehnte lang in der Regierung Venezuelas abwechselten, vor Wahlen stets reich beschenkt und so genutzt, um Stimmen zu „kaufen“.

bei der Umgestaltung der Kommunalpolitik. Die einzelnen *Consejos Comunales* schlossen sich zur Gemeinde-Regierung (*Gobierno Parroquial*) zusammen.

Was ist ein *Gobierno Parroquial*?

Das *Gobierno Parroquial* ist wie eine Verbindungsstelle zwischen den organisierten Gemeinden und den öffentlichen Institutionen. Also in diesem Fall den einzelnen Ministerien und der Stadtverwaltung des *Municipio Libertador*. Als das *Gobierno Parroquial* 2008/2009 hier in Gramoven die Arbeit aufgenommen hat, haben wir die Verantwortung für ein bestimmtes Gebiet übernommen. Es umfasst etwa 300 Hektar, über 7.000 Parzellen mit Wohngebäuden, etwa 12.000 Familien, insgesamt etwa 50.000 – 60.000 EinwohnerInnen. Wir haben angefangen, uns um Investitionen für dieses ganze Gebiet zu kümmern. Es wurden Kabinette gebildet: Die *Consejos Comunales* bestehen aus verschiedenen Komitees. Es gibt 42 *Consejos Comunales* und jeder verfügt etwa über ein Komitee zum Thema Wohnungsbau. Diese Komitees schließen sich zu einem Kabinett zusammen, ein Kabinett ist also eine thematische übergeordnete Struktur. Zum Beispiel: Heute ist Mittwoch, heute trifft sich das Komitee für Habitat und Wohnungsbau. Die meisten der SprecherInnen der einzelnen Komitees nehmen an dem Treffen teil, auf dem gemeinsam über die Situation in den Vierteln diskutiert und eine gemeinsame Planung erarbeitet wird. Das heißt, wenn wir mit dem Ministerium sprechen, geht nicht jeder *Consejo Comunal* mit einem jeweils anderen Plan hin, sondern es wird ein gemeinsamer Vorschlag abgestimmt. Eine Art Masterplan zum Thema Habitat und Wohnungsbau. So haben wir hier seit etwa zwei Jahren einen bestimmten Plan für dieses Viertel, inzwischen haben wir erreicht, dass das Gelände für das Projekt enteignet wurde. Hier war früher eine Lagerhalle von Coca Cola. Das ist ein Gelände von rund 2,5 Hektar. Wir haben sofort damit angefangen, Leute für das neue Wohngelände zu suchen, Familien, deren Wohnungen an besonders gefährdeten Stellen am Berghang liegen. Inzwischen wurde schon der Bau von elf neuen Wohnblocks begonnen. Insgesamt 176 Familien werden dort leben. Elf Gebäude mit je vier Stockwerken, in jedem Stockwerk vier Wohnungen. Die Leute, die dort leben werden, stehen schon fest.

Auf diese Weise werden nach und nach neue Einflussmöglichkeiten für die Gemeinden geschaffen. So haben wir ein Kabinett zum Thema Soziale Produktion. Wir haben sondiert, wie die Bedingungen im Stadtteil aussehen, welche Potentiale es in der Gemeinde und bei den verschiedenen HandwerkerInnen gibt, die hier leben. Daraufhin haben wir Komitees für die Bereiche Schmiedearbeiten, Tischlerei, Bäckereien gegründet. Diese Komitees treffen sich mit den BäckerInnen, den TischlerInnen usw. hier im Viertel und arbeiten Projekte aus. Zurzeit haben wir fünf Projekte, die uns bewilligt wurden. Das sind Betriebe in Gemeinschaftsbesitz. Dazu gibt es eine Politik auf Landesebene, die die wirtschaftliche Umgestaltung nach diesem Vorbild im Rahmen des *Proyecto Nacional Simón Bolívar* vorsieht. Wir haben Präsident Chávez beim Wort genommen und bauen ein neues Produktionsmodell mit neuen Besitzverhältnissen auf. Die Betriebe unterscheiden sich von privaten Unternehmungen, weil sie den Gemeinden gehören und durch einen Rat der ArbeiterInnen geleitet werden. Es gibt ein Ressort für die Finanzierung, für die Verwaltung, für das Controlling und für die Produktion.

Und welche Bedingungen müssen die Leute erfüllen, die dort mitarbeiten wollen?

Sie müssen in der Gemeinde leben. Ein Empfehlungsschreiben des *Consejo Comunal* brauchen sie, aus dem Viertel, wo sie wohnen. Und sie sollten ein bestimmtes Profil haben. Wir haben in nur einem Jahr eine erste Gruppe von ArbeiterInnen organisiert. Diese bekommen die nötige Ausbildung. Sie sollten auch bestimmte soziale Bedingungen erfüllen. Es geht uns ja um sozialistische Prinzipien und Werte wie Solidarität und gegenseitiger Respekt. Es geht um Spielräume für ein neues soziales Miteinander. Wir gestalten die sozialen Produktionsbedingungen um.

Die Überschüsse, die wir erarbeiten, werden in die Gemeinden fließen. Die Kommune braucht zwei Standbeine: das politische und das wirtschaftliche. Und deshalb müssen wir wirtschaftliche Unternehmungen hier vor Ort schaffen, und zwar solche, die auch aufrecht zu erhalten sind. Wir wollen so wenig Abhängigkeit wie möglich vom Staat. Das sind die neuen Wirtschaftsformen, die wir hier in Venezuela „die Saat des Erdöls“ nennen: die Einkünfte des Landes zu diversifizieren, aus vielen Quellen zu schöpfen, damit wir nicht nur vom Erdöl abhängen. Wir haben ein sehr



niedriges Bruttoinlandsprodukt, wir sind nicht sehr produktiv, deshalb ist das, was wir hier machen, ein konkreter Beitrag dazu, die Produktionsbedingungen zu verändern. Aber es muss von innen kommen, aus der Kommune selbst als sozialistischem Raum, mit dem wir uns identifizieren, mit unseren Bräuchen, mit unserer Kultur, unserem ganz eigenen Charakter.

Als direktes Gemeinschaftseigentum haben wir unter anderem eine Werkstatt, die Ziegelsteine herstellt. Dort können 2.000 Ziegelsteine täglich hergestellt werden. Und es gibt eine weitere Werkstatt für Ziegelsteine, aber aus umweltverträglicher Produktion. Für die Ziegelsteine dort kann jede Art Sand verwendet werden, für die gewöhnlichen Ziegelsteine benötigen wir Flusssand. In der ökologischen Werkstatt können bis zu 7.000 Ziegelsteine pro Tag hergestellt werden. Das sind keine kleinen Unternehmen, sondern solche, die ernsthaft mit dem traditionellen System konkurrieren können. Es gibt auch eine Metallwerkstatt, für die haben wir eine Finanzierung von 500.000 Bolívares Fuertes bekommen. Außerdem gibt es die Schreinerei, dort werden Türen hergestellt, Zimmertüren. Klar, Schreinerei – das ist ein weites Gebiet, aber wir werden

uns erst mal auf die Türen beschränken, bevor wir dann zu Möbeln usw. übergehen. Erst mal haben wir das Ziel, 200 Türen am Tag herzustellen. Es gibt Märkte – zum Beispiel den *Mercado Bicentenario* – die unsere Produkte haben wollen. Und hier in der Gemeinde gibt es natürlich ebenfalls genug Absatz dafür. Wir bieten die Sachen zu einem annehmbaren Preis an, für das Unternehmen selbst setzen wir nur einen geringen Prozentsatz als Gewinnzuschlag an.

Was macht ihr mit den Mehreinnahmen...?

Die Projekte starten ja gerade erst, wir sind in der Erprobungsphase. Noch stellt die Ziegelsteinfabrik zum Beispiel keine 2.000 Steine täglich her, und die ökologische auch keine 7.000.

Bekommen die Leute, die da arbeiten, ein Gehalt?

Ja, klar. Diejenigen, die in der Ziegelsteinfabrik arbeiten, bekommen ein Gehalt aus dem Verkauf der Steine. Nur weiß ich nicht, ob „Gehalt“ das richtige Wort ist. Es ist eher eine Zwischenlösung, solange die Unternehmen noch nicht mit voller Kapazität arbeiten. Dann werden sie nicht nur einen Lohn bekommen, sondern nach dem Jahresabschluss einen Anteil als GesellschafterInnen oder MitinhaberInnen. Wir sind überzeugt, dass wir uns hier in Caracas als *Comuna* durchaus sehen lassen können. Die Kommune trägt den Namen *Comuna Socialista Fabricio Ojeda*, das ist ein Name, der uns hier sehr viel bedeutet. Fabricio Ojeda war in den 50er Jahren als Präsident der *Junta Patriótica* maßgeblich am Sturz des Diktators Marcos Pérez Jiménez beteiligt. Ein Symbol für den Kampf des Volkes, für den Klassenkampf.

Wie sieht die Beziehung zur Stadtverwaltung aus? Welche Aufgaben und Befugnisse hat diese dann noch?

Die *Comuna* ist eine neue Art Institution, sie vertritt das Volk, und in ihr spielt das Volk die Hauptrolle, der *poder popular*. Das heißt nicht, dass die Stadtverwaltung verschwindet. Die macht weiter ihre Arbeit, so wie die anderen Institutionen des Staates. Die *Comuna* kommt nicht aus dem bürokratisch angelegten Staat, sie kommt direkt aus der Gemeinde. Die Stadt-

verwaltung unterstützt uns bei der Organisation. Das *Gobierno Parroquial* hingegen hängt eher mit der Stadtverwaltung zusammen. Die Stadtverwaltung spielt eine wichtige Rolle, weil sie die *Consejos Comunales* durch das *Gobierno Parroquial* dabei unterstützt, zu *Comunas* zu werden. Wenn wir uns als *Comunas* organisieren, dann ist das ein Schritt in eine höhere Organisationsform. Deshalb das Gesetz zu den Kommunen. Deshalb gibt es schon ein Gesetz, *Ley Orgánica del Consejo Federal del Gobierno*, das die Bürgermeisterämter und die Institutionen dazu verpflichtet, für die *Comunas* Ressourcen freizusetzen und ihnen Besitz, Dienstleistungen und Kompetenzen zu übertragen. Allein in der *Parroquia Sucre* gibt es zehn *Gobiernos Parroquiales*. Warum hinken wir hier bei den einfachsten Dienstleistungen so hinterher? Zum Beispiel die Abfallentsorgung. Die ist eine Aufgabe der Stadtverwaltung, aber schau dir mal die ganze Fläche an, um die sie sich zu kümmern hat. Durch die *Comunas* wird diese Dienstleistung dezentralisiert, die Stadtverwaltung wird entlastet, weil sie nicht in der Lage ist, den Müll in all den Gemeinden angemessen zu entsorgen. Auf Grundlage des *Ley Orgánica del Consejo Federal del Gobierno* haben wir beantragt, dass die Abfallentsorgung künftig uns übertragen wird. Und auch die Gelder für die Abfallentsorgung. Wie sieht der Etat der Stadtverwaltung für die Abfallentsorgung aus? Oder der Etat des zuständigen Ministeriums für den Bau von Wohnungen und Infrastrukturmaßnahmen hier in der Gemeinde? Wir haben beantragt, diesen Haushalt auf uns zu übertragen und wir kümmern uns ganz spezifisch auf unsere Kommune zugeschnitten um unsere Probleme bezüglich Wohnungsmangel und Infrastruktur. Auf diese Weise wird eine ausgeglichene Entwicklung möglich, eine Entwicklung, die so nicht möglich wäre, wenn sie weiterhin allein in der Hand der Institutionen bleibt. Das ist dem Präsidenten klar, deshalb fördert er die Kommunen, deshalb spricht Präsident Chávez von einem Staat der Kommunen. Und bald wird auch deutlich werden, wie motiviert die Gemeinden diese Möglichkeiten aufgreifen. Ich bin Teil einer Kommune, ich bekomme kein Gehalt für mein Engagement, bin weder bei der Stadtverwaltung noch Staatsbeamter, sondern Sprecher eines *Consejo Comunal*, der gemeinsam mit den anderen GenossInnen an diese Politik glaubt, weil wir uns damit beschäftigt haben, weil wir sie in die Praxis umgesetzt haben und weil dies erfolgreich war. Es war bei uns erfolgreich, deshalb kann es auch überall sonst erfolgreich sein.

Das Gespräch führte Helene Kapolnik.

Literatur

Raul Zelik:
Licht und Schatten in Venezuela,
in: Südamerika. Der eigene Kontinent.
Le Monde Diplomatique, Edition Nr.9, 2011

Dario Azzellini:
Partizipation, Arbeiterkontrolle und die Commune.
Bewegungen und soziale Transformation am Beispiel Venezuela.
2010 (VSA)

Michael Zeuske:
Von Bolívar zu Chávez – Die Geschichte Venezuelas
Rotpunktverlag, 2008

Richard Gott:
Hugo Chávez and the Bolivarian Revolution
Verso, 2. erweiterte Auflage 2005

Martha Harnecker:
<http://www.aporrea.org/autores/harnecker/>.
Besonders folgendes Dokument geht auf die Probleme der Comunas ein:
http://www.aporrea.org/media/2009/09/2009_08_22_comunas_sus_problemas_y_cmo_enfrentarlos__marta_harnecker.pdf

Kommunale Beteiligungsmodelle in Nicaragua – Vom CDS über das CDM zum CPC

Spätestens seit dem Sozialforum von Porto Alegre werden alte Konzepte der direkten Demokratie wie Bürgerhaushalte oder Bürgerbeteiligung in der Kommune oder im Stadtteil wieder breiter diskutiert. Weniger bekannt ist, dass es auch in Nicaragua seit 1997 die gesetzliche Bürgerpartizipation auf Kommunalebene gibt.

Kommunale Bewegungen im weiteren Sinne sind in Nicaragua schon im Zusammenhang mit der sandinistischen Revolution entstanden. Nach dem Muster der kubanischen CDR (*comite de defensa revolucionaria*) organisierten sich Stadtteilkomitees CDS (*comite de defensa sandinista*), verteilten Subventionsgutscheine, führten Nachtwachen durch und unterstützten Gesundheitskampagnen oder Einschreibungen zum Militärdienst. Wie alle anderen Massenorganisationen standen sie zwischen „Basis und Macht“, waren zugleich Parteiorganisation und Bewegung. Bis 1984 hatten sie Sitz und Stimme im Parlament. Oft besetzte die FSLN führende Stellen mit eigenen Kadern, welche meist ihre doppelte Rolle als Parteimitglied und CDS-VertreterInnen nicht zu trennen wussten und sich im Zweifelsfall an die Parteilinie hielten. Die Massenorganisationen



erschienen als „staatstragende Vereinigungen“, als Transmissionsriemen staatlicher Politik, was die eigenständige Organisation von Basisinteressen hemmte. Der Loslösungsprozess von der Partei vollzog sich bereits ab 1988, als Omar Cabezas einen Rückbezug der CDS auf die originären Interessen im Stadtteil und die unmittelbare Wahl aller FunktionärInnen durch die zu vertretenden BürgerInnen einleitete. Mit dem *ley de municipios* 1988 setzten die SandinistInnen noch vor ihrer Abwahl eine Gemeindeautonomie in Kraft, die es in dieser Form vorher nie gegeben hatte mit dem Ziel, dem starken Nationalstaat kommunale dezentrale Instanzen gegenüber zu stellen, lokale Autoritäten zu wählen, eine Verwaltung aufzubauen und über einen Haushalt zu verfügen, um zusammen mit den BürgerInnen Entwicklungsstrategien umzusetzen. Nach den ersten durchgeführten Gemeindewahlen wurde das Gesetz 1997 auch in der neoliberalen Regierungsphase gemeinsam von SandinistInnen und Liberalen noch einmal reformiert und neben der Kommunalverwaltung auch BürgerInnen-Komitees zur Kommunalentwicklung (*comite de desarrollo municipal, CDM*) eingeführt. In weiteren Gesetzen (*ley de régimen presupuestario municipal*, 2001 und 2003) wurde den Kommunen 10 % des Staatshaushaltes dauerhaft zugewiesen und das Verfahren beschrieben, wie der Haushalt bürgerlich aufgestellt, diskutiert und entschieden wird.

Gleichzeitig wurden mit dem *ley de participación ciudadana* die CDM als höchste Instanz für den Dialog zwischen Kommunalregierung und Zivilgesellschaft bekräftigt und geregelt. Danach müssen spätestens zwischen Oktober und Dezember in allen 153 Gemeinden und zwei autonomen Regionen die Kommunalhaushalte mit der Bevölkerung beraten werden. Hierzu können alle öffentlichen Medien und Foren genutzt werden; mindestens aber müssen das Komitee zur Kommunalentwicklung (CDM) einbezogen und eine offene Versammlung einberufen werden. Trotz der gesetzlichen Verpflichtung gab es jedoch nach vier Jahren erst in 34 % der Kommunen – besonders in den sandinistisch regierten – CDM mit Haushaltskommissionen, in 81 % gab es offene Konsultationen.

Das *movimiento comunal* in Matagalpa – eine NGO mit eigener Pro grammatisierung – beteiligt sich im CDM und sieht seine Aufgabe in der Entwicklung einer Gemeindewirtschaft, indem z. B. kommunale Gärten neben dem Schulgebäude angelegt werden, um die Ernährungssicherheit und gleichzeitig die kommunale Selbstorganisation zu verbessern, oder indem sie GesundheitsbrigadistInnen ausbilden. Sie führen auch politische Kampagnen durch wie für eine würdige Behausung, gegen die Wasserprivatisierung oder für eine angemessene Stromversorgung. Aus jedem Stadtteil wird ein zweiköpfiger *consejo popular comunitario* gewählt, der wiederum in der Gemeinde, im Landkreis und auf nationaler Ebene Dachstrukturen wählt. Mittlerweile gibt es 53 Organisationen in allen wichtigen Gemeinden, die sich unter dem Dach des *Red nicaragüense por la democracia y el desarrollo local* koordinieren.

ADIC (*Asociación para el Desarrollo Integral Comunitario*), eine Vereinigung zur Förderung der integrativen Gemeindeentwicklung in Matagalpa und Umgebung, hat die Selbstorganisation der Bevölkerung, Fortbildung/Weiterbildung und Verbesserung der Infrastruktur zum Ziel. Neben praktischen Komponenten, wie z.B. Umweltpolitik (Wiederaufforstung, Latrinenbau) gibt es Gruppen für Reflexionen und Sensibilisierungen, in denen über Selbstbestimmung und

Partizipation gesprochen wird. Es gibt auch Seminare für Männer, die Geschlechtergerechtigkeit und Maskulinität genauso wie innerfamiliäre Gewalt thematisieren. ADIC arbeitet im CDM mit anderen Organisationen und Netzwerken erfolgreich zusammen. Wir interviewten Blanca Herrera (Präsidentin von ADIC) auf einer Veranstaltung des Informationsbüro Nicaragua in Wuppertal.

Was sind Eure Aufgaben?

Wir arbeiten besonders mit der armen Bevölkerung in strukturschwachen Gebieten in Stadtteilen und Landgemeinden in der Nähe von Matagalpa. Die Leute stellen selbst ihre Forderungen und organisieren sich, wir begleiten und unterstützen sie. Wir tragen zur Verbesserung der Lebensqualität bei, stärken die Gemeindestrukturen und fördern direkte Beteiligung. Wir bilden aus in Genderfragen, organisieren Foren und Kampagnen zur Beteiligung von Frauen, zum Umwelt- und Naturschutz. Außerdem stärken wir die kreative, soziale und familiäre Infrastruktur. Mit Wassersammelbecken für Regenwasser, kommunalen Selbstversorgungsgärten fördern wir so etwas wie eine Alternative Ökonomie in kommunalem Eigentum. Wir haben drei Programme: Gemeindeentwicklung, Gesundheit und Umweltschutz und die Durchsetzung von Rechten, wie z.B. Frauen- und Bürgerrechte in Form von Kampagnen.

Welche Möglichkeiten bietet den BürgerInnen Partizipation?

Wir haben vor vier Jahren unsere Positionen festgelegt, um Einfluss auf die Politik zu nehmen und an der aktiven Gestaltung von Politik mitzuwirken. Es gibt ein progressives Gemeindegesetz. Heute ist die Situation leider anders, es gibt eine Rückentwicklung. Alle Gruppen die im Bereich der Menschenrechte arbeiten, waren 2008 auf der Straße (gegen Abtreibungsgesetz), haben ihre Rechte öffentlich verteidigt. Jetzt werden uns die Räume genommen. Die Regierung schafft neue Bürgerräte (CPCs). Die Gemeindebeteiligungsstrukturen geraten zunehmend auf Regierungslinie. ADIC

zum Beispiel arbeitet in 16 Barrios, mit den PromotorInnen der Gemeinden, einige sind in die CPCs eingebunden. Wir sind in vielen Positionen nicht mit der Regierung auf einer Linie, das Vertrauen ist brüchig. Der Haushalt hält 6 % für Frauenthemen bereit, das wurde erkämpft. Jetzt wird der Haushalt im Dezember präsentiert, wir versuchen diese 6 % wieder zu erreichen.

Wie funktioniert die Partizipation am konkreten Beispiel? Wie werden Entscheidungen getroffen und umgesetzt? Wie funktioniert das mit der Bürgerbeteiligung?

Die klassische Situation ist die, dass wir oft gefragt werden, ob wir nicht ein Projekt durchführen können, aber Gelder sind keine da. Daher machen wir zuerst gemeinsam mit der Gemeinde eine Bedarfsanalyse. Was brauchen wir eigentlich? Wenn wir ein Projekt durchsetzen, wollen wir, dass die Leute daran aktiv beteiligt sind. Die Leute müssen ihre eigenen Entscheidungen fällen, danach begleiten wir die Durchsetzung: wo müssen die Forderungen gestellt werden? Die Leute sollen sich am Prozess beteiligen, sich fortbilden und organisieren. Gemeindearbeit leisten heißt mitarbeiten.

Erhebliche Verunsicherung gab es ab 2007, als die neue sandinistische Regierung Ortega durch Regierungsdekret die sogenannten „Consejos del Poder Ciudadano“ (CPC, = Bürgermachtsräte) ins Leben rief, die vom Staat bezahlt und von der FSLN eingesetzt werden. Die offizielle Absicht ist es, eine Demokratie der Bürgerinnen und Bürger zu schaffen, die an der Entwicklung von sozialen Programmen der Regierung teilhaben und meist über deren Umsetzung und Verteilung auch entscheiden. Die Räte decken sämtliche Verwaltungsebenen des nicaraguanischen Staates ab und setzen sich, ganz gleich auf welcher Ebene, jeweils aus 16 KoordinatorInnen zusammen, die für unterschiedliche Sektoren wie Umwelt, Kultur, Bildung oder Gesundheit verantwortlich sind. In den sandinistisch regierten Gemeinden wurden die BürgermeisterInnen angewiesen, künftig nur noch mit den neuen CPC's und nicht mehr mit den (parteiübergreifenden) Entwicklungskomitees



(CDM) zusammenzuarbeiten. Kritiker befürchten, dass das kommunitäre (parteiübergreifende) Denken, das in den lokalen Entwicklungskomitees zum Tragen kam, jetzt geschwächt wird mit Auswirkungen auf vielfältige soziale, wirtschaftliche und politische Beziehungen. So werden die CPCs von der FSLN mit einer wachsenden Menge von attraktiven Verteilungsaufgaben betraut und bilden den Kern einer neuen Klientelwirtschaft. Zum Beispiel waren sie die Struktur, über die die Sozialprogramme „Hambre Cero“ und „Usura Cero“ abgewickelt wurden. Hierbei fehlte es an Transparenz über die Kriterien der Auswahl der Begünstigten, zudem waren die von oben einberufenen CPC häufig organisatorisch und administrativ nicht für solche Aufgaben qualifiziert. Somit begünstigten schließlich auch Programme wie „Hambre Cero“ ein klientelistisches System. Ortega hat die sandinistischen BürgermeisterInnen darauf verpflichtet, dass sie sich den Entscheidungen der CPC „als organisiertes Volk“ beugen, in diesen Kommunen haben die Entwicklungskomitees CDM keine Mitspracherechte mehr.

Nach einer Studie des *Centro de Estudios y Análisis Político* (CEAP) in Managua konkurrieren die CPC an vielen Orten mit den existenten offenen parteiunabhängigen Strukturen der CDM. Teilweise organisieren die CDM kommunale Interessen, während die CPC in Beziehung zur nationalen Regierung treten. In einigen Gemeinden, in denen die FSLN nicht regiert, werden die CPC bei kommunalen Haushaltsentscheidungen nicht einbezogen. Umgekehrt gab es auch positive Erfahrungen. Unter der Parole „Nicht durch wählen verändern wir unsere Gemeinde“ haben besonders Frauengruppen von ihren Rechten Gebrauch gemacht und sich entgegen aller Widerstände in diese Partizipationsmöglichkeiten eingeklinkt. Sie trotzten der landläufigen Feststellung, dass Politik Männerache sei und forderten Veränderungen für ihre Lebensbedingungen, ihre Familien und ihre Gemeinden. In Gemeinden wie Boaco, La Trinidad und San Isidro haben sich Frauen-Organisationen aus verschiedenen Branchen und Gewerkschaften breites Wissen über kommunales Recht angeeignet, Kommissionen für Frauen, Umwelt und Geschlechtergerechtigkeit gebildet und dafür gesorgt, dass ihre Forderungen in den kommunalen Haushalt aufgenommen wurden. Für sie war nicht der Name des Modells entscheidend, sondern die Bereitschaft und Fähigkeit, jeden verfügbaren Raum anzueignen und ihre Interessen zu verteidigen.

Zu den Möglichkeiten der Mitarbeit in den neuen CPC interviewten wir Janeth Castillo, Promotorin im *Movimiento Comunal de Matagalpa* (MCM), Mitglied im *Movimiento Comunal Nicarguense* (MCN):

Wir interessieren uns für die konkreten und örtlichen Erfahrungen zu den neuen Räten der Bürgermacht (CPC). Was sind die Auswirkungen in Matagalpa?

Ganz einschneidend ist, dass sich durch die Einführung der CPC's das Komitee der städtischen Entwicklung CDM aufgelöst hat. Es war für Matagalpa eine sehr kämpferische Einrichtung mit einem starken Einfluss auf die öffentliche Politik, insbesondere in der Ausarbeitung von Maßnahmen für die Geschlechtergleichberechtigung, für eine Umweltpolitik und für einen partizipativen Bürgerhaushalt. Zum Beispiel konnten wir durchsetzen, dass jährlich 6 % der Haushaltsmittel zugunsten von Frauenpolitik und 1 % für Kinderförderung eingesetzt wurden.

Stattdessen gibt es jetzt die Räte der Bürgermacht, eine Instanz, für die die Regierung bestimmt hat, wer zu den Konsultationen eingeladen wird, um zum Beispiel den Komunalhaushalt oder Kampagnen und Aktionen der Regierung zu entwickeln.

Daneben funktioniert aber weiterhin die Kinderkomission, in der das MCN über seine Beteiligung am Centro Las Hormiguitas und weitere Organisationen der Zivilgesellschaft Matagalpas und der Regierung mitarbeiten. Es funktioniert auch das Umweltkabinett der Bürgermacht, in das wir sowie ODESAR (nicaraguanische NGO für ländliche Entwicklung) und ADIC als unabhängige Organisationen eingeladen worden sind. Auch in der AIDS-Komission arbeiten wir vom MCN mit und koordinieren Prävention, Information und Sensibilisierung über dieses Thema.

Es werden auch die öffentlichen *Cabildos Municipales* (Volksversammlungen) fortgesetzt, die nach dem Gesetz (*Ley 40*) jährlich im Februar und November stattfinden müssen. Es gibt Versammlungen von Frauen, Jugendlichen und Kindern. Erst einmal laden sie nur ihre eigenen Leute aus den Bürgermachträten (CPC) und der Sandinistischen Jugend ein, aber da sie öffentlich sind, gehen wir auch hin und stellen unsere Forderungen vor, die wir in den Gemeinden erarbeitet haben. Wir machen also Lobbypolitik, obwohl es immer schwieriger wird.

Ähnlich ist es in allen 105 Gemeinden mit sandinistischen BürgermeisterInnen. In Rancho Grande funktioniert weiterhin das CDM, in dem das Movimiento Comunal mitarbeitet und das *Ley de Participacion Ciudadana* auch weiter angewendet wird.

Führen die neuen Räte der Bürgermacht dazu, dass es eine breitere Beteiligung gibt?

Für uns als Movimiento Comunal Nicaraguense wird es sehr schwierig, da einige unserer Führungspersonen in den Räten der Bürgermacht vertreten sind. Das ist ihr Recht und wir wünschen, dass sie in beiden Initiativen mitarbeiten, damit wir Aktionen zur Entwicklung unserer Gemeinden koordinieren und Konflikte vermeiden können. Erfolgreich konnten wir gemeinsam Gesundheitskampagnen, Wiederaufforstungsmaßnahmen, Demonstrationen für das Recht auf Wasser durchführen; einige Male beteiligten sie sich auch an unseren Protestaktionen gegenüber Frauenmorden, Vergewaltigungen, Verteuerung der Lebenshaltungskosten u.s.w.

Welche Sektoren nehmen an den Räten der Bürgermacht teil?

Angeblich sollen die Räte der Bürgermacht pluralistisch zusammengesetzt sein, mit Liberalen, SandinistInnen, Konservativen, Parteilosen, in der Praxis nehmen nur die SandinistInnen teil, in einigen Fällen haben die Liberalen jetzt auch ein sandinistisches Parteibuch und sind als neue SandinistInnen in den Bürgerräten. Ein anderer Sektor ist der ehemalige Widerstand aus dem Bürgerkrieg (*Contra*), der jetzt in den Räten mitmacht.

Gibt es mehr oder weniger Beteiligung als vorher?

Klar ist es jetzt mehr. Die CPCs gibt es in ganz Nicaragua, in jedem Stadtteil, in jeder Stadt. Viele SandinistInnen hatten sich vorher nicht in kommunalen Aktionen beteiligt und tun dies jetzt. Für das MCN ist es eine Chance der Verbreiterung auf der Suche nach kommunalen Lösungen. Bei Schwierigkeiten und Auseinandersetzungen müssen wir die beste Lösung für die Gemeinden und die kommunale Entwicklung finden.

Was sind eure Themen und Erfolge?

Das sind weiterhin der partizipative Bürgerhaushalt und Projekte für Frauen und Jugendliche. In den CPCs sind es Umweltpolitik, Kultur, Gesundheit, Erziehung, Frauen und Jugendliche.

Repräsentieren die Verantwortlichen viele Sektoren?

Einige haben ihr Vertrauen verspielt, weil sie ihre Versprechen nicht eingehalten, andere sind „ehrenwert“ und halten sich an die Orientierungen, die sie von oben bekommen; es gibt also in Wirklichkeit keine breite Repräsentation.

Die CPCs verteilen Staatsmittel aus dem „PlanTecho“, vergeben Stimmzettel, Produktionsmittel und wählen die Begünstigten für Solaranlagen, Wohnungen und Latrinenbau aus. Die CPC fördern Aktionen, um die Rolle der Regierung zu stärken, damit sie ihr Regierungsprogramm umsetzen können. Viele funktionieren nicht, andere haben einen schlechten Ruf, gefördert werden nur SandinistInnen. Sie haben Führungsprobleme, aber arbeiten weiter in Kampagnen zusammen mit der Regierung.

Die CPC werden von der Regierung genutzt, um zum Wahlerfolg der Präsidentschaftswahlen beizutragen, indem sie als die wahre partizipative Demokratie angesehen werden sollen.

Das Gespräch führte Klaus Heß.

Literatur

Simone Schnabel:
Bürgermacht oder Parteikontrolle?
Daniel Ortegas Partizipationsmodell unterminiert die Autonomie der Gemeinden.
Lateinamerika Nachrichten 420. Juni 2009

Ivo Schnipkowitz, Timm Schützhofer (Hg.):
Der „neue Sandinismus“ in Nicaragua.
Autoritärer Selbstbedienungsstaat oder neues Entwicklungsmodell?
Working Papers 2/2010. Universität Kassel

Informationsbüro Nicaragua, Ökumenisches Büro, LN (Hg.):
Nicaragua – Vom Gestern, Heute und Morgen einer Revolution.
Schwerpunkt dossier in LATEINAMERIKA NACHRICHTEN 423/424

Nachbarschaftskomitee oder Kinobesuch? Bürgerhaushalte und Partizipation in Montevideo

1990 übernahm die Frente Amplio (FA) die Regierung von Montevideo mit dem Bürgermeister Tabaré Vazquez. Das linke Bündnis FA hatte in seinem Regierungsprogramm drei wichtige Säulen vorgeschlagen: Dezentralisierung, bürgerrechtliche Partizipation und die Partizipation der städtischen Angestellten.

Die vorherigen neoliberalen Regierungen hatten sich aus der Sozialpolitik zurückgezogen, die FA hingegen wollte dies wieder stärker in den Vordergrund der Politik stellen und hat die Themen Gesundheit, Straßenverbesserung, grundlegende Verbesserung der Lebenskonditionen aufgenommen. Ziel der FA war, den bis dahin dominierenden Zentralismus, der sehr viele Menschen ausgeschlossen hat, zu durchbrechen und ein neues Modell aufzubauen, durch das die Macht an die BürgerInnen gegeben wird, ihre Stadt zu gestalten und in einem Prozess neue Werte in Richtung einer solidarischeren Gesellschaft aufzubauen.

In Bezug auf die Dezentralisierung hat die FA vorgeschlagen, dass die Hauptstadt in 18 Zonen eingeteilt wird, um die bürgerrechtliche Partizipation besser zu ermöglichen. In den 18 neu geschaffenen Zonen wurden



zunächst beratende Versammlungen durchgeführt, später wurden partizipative Haushalte eingerichtet. Es sollten alle vier Ebenen der Partizipation berücksichtigt werden: die politische (d.h. Transparenz und direkte Partizipation in öffentlichen Entscheidungen und der Verwaltung), die soziale (d.h. Chancengleichheit, das soziale Beziehungsgeflecht), die kulturelle (Zugehörigkeitsgefühl, solidarische Werte) und die wirtschaftliche (Arbeit, Gehälter). 2005 kam die FA auch landesweit an die Macht, sie gewann die Präsidentschaftswahlen zunächst mit dem Sozialisten T. Vazquez und später mit P. Mujica, einem Mitglied der ehemaligen Stadtguerilla Tupamaros. 2009 wurde das Dezentralisierungsgesetz auf das ganze Land ausgeweitet, wodurch in jedem Department eine dritte Regierungsebene eingeführt wurde.

Walter Cortazzo war 17 Jahre in der Stadtverwaltung von Montevideo beschäftigt, zeitweise als Direktor der Abteilung für Dezentralisierung. 11 Jahre davon war er in einem der 18 Stadtbezirke von Montevideo im

Rahmen der Dezentralisierung tätig. Heute ist er Vorsitzender der Casa Berthold Brecht. Wir sprachen mit ihm über die partizipativen Haushalte in Montevideo.⁸

Wie begann die FA mit der Umsetzung von mehr Partizipationsmöglichkeiten?

Die FA sah vor, dass in jeder der 18 Zonen ein Delegierter der FA beratende Versammlungen einberufen sollte. Die ersten beratenden Versammlungen, die wir durchgeführt haben, waren sehr erfolgreich, es gab sehr viel Zulauf. Viele Leute kamen, es gab großes Interesse an der linken Regierung und die Mehrheit der aktiven FA-Basis beteiligte sich an den beratenden Versammlungen. Sie hatten keine bestimmte vorgegebene Form: keine Struktur, keine Ansprüche von lokalen Organisationen, sondern waren Treffen von BürgerInnen, die sich an der Entwicklung eines neuen Partizipationsmodells, wie der Dialog zwischen Regierung und BürgerInnen gestaltet werden könnte, beteiligen wollten. Es wurde auch am 5-Jahresplan der Stadtregierung von Montevideo mitgearbeitet. Jede der beratenden Versammlungen hatte eine KoordinatorIn, der/die die Vorschläge aus den Vierteln in die Stadtverwaltung transportierte.

Das Besondere an den beratenden Versammlungen war, dass den BürgerInnen zum ersten mal die Fähigkeit zugesprochen wurde, mit ihrem gesunden Menschenverstand zu entscheiden, wofür der Haushalt eingesetzt werden sollte. Die Regierung sollte in die Viertel verlagert werden.

Gleichzeitig wurde in der Stadtverwaltung von Montevideo diskutiert, wie das neue Modell politisch umgesetzt werden könnte, weil die Opposition sich dem widersetzt. Als Resultat der Verhandlungen mit der Opposition wurden Ende 1993 zwei Rechtsverordnungen verabschiedet. Erstens wurden die *Juntas Locales* als neues politisches Organ gegründet. Die Junta Local ist so etwas wie eine Bezirksverwaltung, ihr müssen fünf Personen in einer bestimmten Zusammensetzung angehören: drei Mitglieder der Regierungspartei und zwei von der Opposition. Die *Junta Local* ist eine dezentralisierte Struktur, in einem kommunalen Zentrum angesiedelt. Und zweitens wurden zusätzlich die Nachbarschaftsräte (*Consejos vecinales*) geschaffen. Sie waren aber stark an die formalen Institutionen

⁸ Montevideo und Porto Alegre sind die meiststudierten Beispiele für partizipative Haushalte.

gebunden und damit haben sie nicht ihre volle Schlagkraft entwickelt. Die *Junta Local* und die Nachbarschaftsräte sind ehrenamtliche Aufgaben, sie erhalten nur Aufwandsentschädigung.

Wie funktionierten die neuen Nachbarschaftsräte?

Nach 1993 wurden durch das neue Verfahren die Räte in geheimer Wahl gewählt. Nach uruguayischem Wahlrecht dürfen die BürgerInnen bei dieser Wahl mit dem Personalausweis wählen gehen, es gibt keine Kontrollen durch das Oberste Wahlgericht, nur die Leute aus dem Viertel selbst bilden die Kontrolle. Wer nicht im Viertel bekannt war, konnte dort nicht wählen. Diese Information wurde angesichts der recht großen Bezirke durch die Parallelstruktur der FA mit den kommunalen Zentren ergänzt. Daran wird deutlich, dass sehr vieles von der Parteistruktur der FA getragen wird. Die Amtszeit eines Nachbarschaftsrates beträgt drei Jahre. In einer Zone gab es 25-40 Ratsmitglieder und jeweils eine Vertretung, je nach Größe der Zone. Aber es sind nicht alle zu den Sitzungen erschienen oder haben sich aktiv beteiligt.

Die traditionellen Parteien Blancos und Colorados haben auch ihre lokalen Strukturen und haben ihrerseits ihre KandidatInnen für die Nachbarschaftsräte aufgestellt, aber in der Regel wurden 70-80 % der Räte von FA-Mitgliedern besetzt.

Durch diese Regulierung wurde das Modell grundlegend verändert. Die Kraft der beratenden Versammlungen wurde sehr stark geschwächt; die Freiheit der Partizipation geht verloren. Es entstand ein formales Partizipationsmodell mit Regeln und Reglement, und jeder Nachbarschaftsrat bekam vorgeschrieben, wie er zu partizipieren hat und welches genau seine Aufgaben sind. Es zeichnete sich schnell ein Wandel im Verhalten der gewählten Räte ab: nachdem sie gewählt waren, verloren sie die enge Bindung an ihr Viertel und ihre unmittelbare Nachbarschaft. Sie haben sich eingebildet, dass sie wüssten, was für die Leute gut ist, weil sie die RepräsentantInnen sind. Der alltägliche Kontakt ging verloren.

In dieses veränderte Modell haben viele Menschen aus den Vierteln sich nicht mehr eingebbracht. Sie haben zwar mit den Nachbarschaftsräten zusammengearbeitet, aber sich nicht mehr wirklich an dem Prozess beteiligt. Der Nachbarschaftsrat wird angegliedert an die *Junta Local* und ist damit ein offizielles politisches Organ. Das hat in Uruguay eine große

Bedeutung, weil wir hier Gesetzlichkeit sehr hoch hängen. Legalität hat viel mehr Wert als Legitimität. Eine führende Persönlichkeit eines Viertels kann eine sehr hohe Legitimität haben, aber wenn sie nicht vom Gesetz her eingesetzt ist, wird sie keinen Einfluss haben.

Uruguay hat eine Geschichte starker sozialer Organisierung: In den Arbeitervierteln gab es Kämpfe und es konnten Forderungen durchgesetzt werden. ArbeiterInnen partizipieren nicht über die formalisierten Nachbarschaftsräte, sondern sind traditionell in anderen Strukturen organisiert. Die Organisationen in den Arbeitervierteln hatten sehr weitgehende Ziele: Frauenrechte, Kinderrechte, Recht auf Wohnung. Die Organisationen in anderen Vierteln haben für alltägliche Dinge gekämpft wie die Kanalisierung, die Straßen, Elektrifizierung. Mensch muss sich die Frage stellen: Haben soziale Räume, die vom Staat, von der Stadtverwaltung geschaffen werden, den gleichen Wert wie die eigenen Strukturen, Basisorganisationen, Nachbarschaftsräte? In Wirklichkeit gab es bereits lange vorher Beteiligung und soziale Organisierung, nur hatten sie keine RepräsentantInnen im Nachbarschaftsrat und in der *Junta Local*.

Es ist wichtig, zu verstehen, dass die Partizipation in Haushalts-Anlegenheiten ein machtvolles Werkzeug für die lokale Organisierung ist, und damit für die Verbesserung der Lebensbedingungen in der Stadt. Klar birgt es auch Konflikte, den Haushalt mit den traditionellen Interessengruppen zu diskutieren, weil sie oft entgegengesetzter Auffassung sind. Aber viele Menschen in Montevideo kennen den Haushalt nicht, wissen nicht, wie er zusammengesetzt ist, welches die Einnahmen und Ausgaben sind.

Welche Themen wurden in den Nachbarschaftsräten behandelt?

Die Themen waren beispielsweise: Wo sollte eine Ampel platziert werden, kulturelle Aktivitäten, Theater, Musikworkshops, Straßenreinigung, oder die Asphaltierung einer Straße.

Die Menschen sind sehr stark mit ihrem Viertel verbunden und es ist wichtig, die Bedingungen dort ganz konkret zu verbessern. In einem Viertel, in dem vor allem MüllsamplerInnen und – WeiterverwerterInnen leben, ist es wichtig, dass sie mit ihren Kutschen in ihr Viertel fahren können und die Straße gut ist. Es gibt einen kleinen Fluss, der ist sehr verschmutzt und gleicht eher eine Kloake. Aber sie wollen nicht für ein schöneres Haus woanders hinziehen. Sie leben dort seit Generationen,



schon ihr Großvater lebte dort, sie haben ihre eigenen Regeln des Zusammenlebens. Obwohl sie RepräsentantInnen der Regierung nicht offen widersprechen, z.B. befürworten sie die Einrichtung einer Kommission für Wohnungen, bewegen sie sich de facto keinen Millimeter weg.

Um die soziale Wirklichkeit zu verändern, müssen wir sie kennen, nicht nur hinsichtlich des Zustandes der Infrastruktur, der Anzahl der Schulen und der Gesundheitsposten, sondern auch die Basisgruppen, die Menschen, die in dem Viertel leben. Und natürlich müssen wir nicht nur die Probleme kennen, sondern auch die Potentiale.

In einer Krisenzeiten können sich die Strukturen und die sozialen Zusammenhänge in der Stadt sehr schnell verändern. Wenn in einem Viertel eine Fabrik geschlossen wird, verändern sich die Bedürfnisse der Leute ganz unmittelbar. Die Arbeitsquelle ist weg, und damit haben auch die kleinen Läden keine Grundlage mehr, weil die Leute kein Geld mehr haben, dort einzukaufen. Die Aktivität der Nachbarschaftsräte muss kontinuierlich und ein Ort der Begegnung der Nachbarn sein, stattdessen wurde sie mehr zu einem Verhandlungsraum zwischen der Regierung und den Leuten.

Wie ist die Partizipation strukturiert?

Die Partizipation bleibt oft auf einen kleinen Teil der Bevölkerung beschränkt, zu klein für den hohen politischen Aufwand, der betrieben

wird, um die Partizipation zu erreichen im Vergleich zu den vielen Netzwerken und Gruppen, die es in Montevideo als organisierte Zivilgesellschaft gibt.

Die Räte haben ihre Basis in der Mittelschicht. Die Reichen beteiligen sich nicht, weil sie nicht glauben, sich dafür engagieren zu müssen oder zu wollen. Und die ganz Armen beteiligen sich dort auch nicht. In den völlig verarmten Vierteln herrscht eine Exklusion oder Autoexklusion, die schwer zu durchbrechen ist. Die Leute sind kaum organisiert und es herrscht Passivität. Sie fühlen sich nicht als Teil der Gemeinschaft.

Durch die wirtschaftliche Krise 2002 mussten viele ArbeiterInnen aus den traditionell organisierten Vierteln in diese ganz armen Viertel gehen. Sie hatten noch die Verhaltensweisen und Verbindungen in ihr soziales Netz von vorher. Diese ArbeiterInnen, die aus stark organisierten Vierteln kommen und Erfahrungen haben, könnten eine Brücke bauen zu den Leuten, die dort schon länger leben, weil es sonst fast unmöglich ist, dort anzudocken. Die Menschen gehen nicht raus, weil ihre NachbarInnen sie beklauben, es gibt dort nicht diese Kultur der nachbarschaftlichen Vertrauens, man kümmert sich nicht umeinander.

Wozu nützt ihnen die Partizipation, wenn es nicht zu einer konkreten Verbesserung in ihren Lebensbedingungen führt? Wenn in den verschiedenen Vierteln in der Stadt trotzdem die Kluft zwischen arm und reich immer größer und immer deutlicher sichtbar wird? Die FA ist aber durch Basisarbeit und Prozesse der Bewusstseinsbildung an die Regierung gekommen. Macht ist sehr verführerisch, die Regierung war nicht das Ziel, sondern ein Mittel, um die Lebensbedingungen zu verbessern. Du hast plötzlich die Macht, darüber zu entscheiden, ob jemand eine Verbesserung in seinem Leben erlebt oder nicht. Das ist sehr schwer und die FA hat sich dieser Frage nicht gestellt. Es kann passieren, dass du es einer Gruppe genehmigst und bei der anderen stellst du fest, dass du die Mittel nicht mehr hast, ihnen das gleiche auch zuzugestehen, du musst Entscheidungen treffen. Dein Budget ist begrenzt.

Wie entwickelte sich der partizipative Haushalt weiter?

Ende der 90er nahm die Beteiligung an den Räten stark ab, die Enttäuschung war groß, es gab die Wahrnehmung, dass sich auch auf diesem Wege nicht wirklich etwas ändert. Eine Schwäche des Montevideaner

Modells war, dass die gesetzlichen Normen für ein zentralistisches Modell geschaffen waren, und die wurden nicht geändert, um ein partizipatives Modell zu unterstützen. Wenn du als Bürgerin kleine Schutzhäuschen oder Überdachungen an den Bushaltestellen bauen willst, musst du die Möglichkeit haben, dies auch zu tun. Aber das geht so einfach nicht: Du musst eine Reihe von Verwaltungsschritten durchlaufen und Vorschriften beachten. Und am Ende sagt dir der Verkehrsminister: „Nein, das darfst du nicht.“ Das war also ein großes Hindernis, dass die Regelungen nach wie vor dem zentralistischen Modell entsprachen. Manchmal haben wir Probleme gelöst, indem wir die Vorschriften außer Acht gelassen haben, aber das ging auch nicht immer.

2005 haben wir daher einen neuen Vorschlag für ein partizipatives Modell entwickelt, das Modell des frei verfügbaren Budgets (*Proyecto participativo de libre disponibilidad*). Wir hatten vorgeschlagen, dass ein bestimmtes Budget den BürgerInnen zur freien Verfügbarkeit übergeben wird, damit sie entscheiden, was damit gemacht wird und welches Projekt umgesetzt wird. Wenn das Geld nur für das Projekt mit den meisten Stimmen reicht, dann wird nur das realisiert, und wenn es für mehr reicht, um so besser. Sie konnten unabhängig von der zentralen Stadtverwaltung entscheiden. Dagegen gab es Widerstand in der Stadtverwaltung, weil die BürokratInnen aus der Stadtverwaltung lieber selbst über das Geld verfügen wollten. Das führte zu Konflikten. Die Zentralverwaltung hat die Projekte auf dem bürokratischen Weg blockiert.

Bei der ersten Durchführung des Projektes der freien Verfügbarkeit wurde das Budget gleichmäßig auf die 18 Zonen verteilt. Aber die gleiche Summe Geld bedeutet in einem Viertel nicht das gleiche wie in einem anderen, so dass in späteren Runden die Summe angepasst wurde. In Brasilien wurde nach 3 oder 4 Kriterien gewichtet, wie Qualität der vorhandenen Infrastruktur, die Anzahl der EinwohnerInnen, damit sie einen unterschiedlich großen Anteil des Budgets bekommen. Aber in Montevideo hat die Opposition sich dagegen gewehrt und so konnte es nicht umgesetzt werden.

Das Modell des frei verfügbaren Budgets hat Interesse auch bei den Leuten wachgerufen, die sich vorher nicht daran beteiligt hatten. Die Projekte mussten 3 Konditionen erfüllen: Sie mussten von den Normen her umsetzbar sein, also nicht mitten auf der Straße, sie mussten ökonomisch umsetzbar sein, also das Budget nicht sprengen, und sie mussten technisch umsetzbar sein. Wenn sie die drei Konditionen erfüllt haben,

wurden sie zur Wahl gestellt. Manchmal standen in einer Zone 40 Projekte zur Wahl: Kauf eines Projektors für die Gemeinschaftsraum für kulturelle Veranstaltungen, die Renovierung des zentralen Platzes des Viertels, aber das letztere hat natürlich das Budget einer Periode gesprengt.

Wie schätzt du die Zukunft des Modells ein?

2009 gab es in Montevideo noch eine Änderung: die 18 Zonen wurden in 8 zusammengefasst, die jeweils von einer gewählten Person ähnlich einem lokalen Bürgermeister angeführt werden. Bis zu 250.000 Menschen leben nun in einer solchen Verwaltungseinheit, das ist sehr komplex. Und es wird einen Bürgerhaushalt geben, aber welches Modell zur Anwendung kommt, ist unklar.

Die Qualität der Partizipation ist nicht nur anhand der Anzahl der Personen zu messen, die konsultiert wurden, sondern ob dem auch eine nachhaltige Partizipation zu Grunde liegt, eine wahrhaftige Möglichkeit, die Entscheidung zu beeinflussen. Das kann nur erreicht werden, wenn die Institutionen, wie die Nachbarschaftsräte, ausreichend Ressourcen zur Verfügung haben, Information, Weiterbildung, technische Unterstützung und direkten Zugang zur Entscheidungsebene. Zur Partizipation müssen die Leute motiviert werden. Es ist ein Aufwand, zu partizipieren. Du musst zur Versammlung gehen, statt sich mit deinen FreundInnen zu treffen oder ins Kino zu gehen.

Als die FA an die Regierung kam, wussten wir nicht, wie die Dinge anzugehen sind, weil wir immer in der Opposition waren. In der ersten Regierung der FA waren die MinisterInnen alle führende Mitglieder der FA gewesen, das war ein Fehler. Es wäre besser gewesen, nur einige in diese Ämter und an die Spitze einer Verwaltung zu stellen, aber die meisten in der konkreten politischen Arbeit lassen, die ihnen ja auch liegt.

Man geht nicht von Jahrzehntelanger Opposition an die Regierung ohne die geringste Veränderung. Daher ist es jetzt an der Zeit, eine Neu-positionierung vorzunehmen. Die Ideen zur Veränderung müssen ständig neu definiert werden. Aber es ist auch eine zentrale Aufgabe, in den Vierteln darüber zu informieren, wie der Weltmarkt funktioniert und warum Uruguay ein abhängiges Land ist. Das ist Basisarbeit.

Das Gespräch führten Ina Hilse und Klaus Heß

Literatur:

Cappuccio Rodriguez, Mauricio:

El presupuesto participativo en la descentralización de la intendencia municipal de Montevideo 1990-2008,
Tesis Ciencias Sociales, Universidad de la Republica Oriental del Uruguay

Echevarría, Elena:

Presupuesto participativo en Uruguay. Montevideo 2007.

Corazzo, Walter:

La descentralización en tiempos de crisis.

Unveröffentlichtes Manuscript, Montevideo 2001

Ders: Descentralizacion – participation.

Unveröffentlichtes Manuscript, Montevideo 2007

Ders: Modelos de descentralización. Unveröffentlichtes Manuscript.

Montevideo 2009

Zibechi, Raul:

20 años es mucho, poquito, nada.

La cultura politica, lapida de la participacion

Casa Bertold Brecht:

Tomándole el pulso al territorio subnacional.

Participación y gobiernos locales. Montevideo 2010.

-> www.casabertoldbrecht.org

Wohnungsbaukooperativen in Südamerika: bessere Alternative zum sozialen Wohnungsbau?

Wohnungsbaukooperativen gibt es in ganz Südamerika. Exemplarisch hierfür stellen wir den Wohnungsbaukooperativen-Dachverband FUCVAM in Uruguay vor und geben anschließend ein Interview wieder, das wir in Quito mit der Wohnungbau-Genossenschaft Solidaridad führen konnten.

In Uruguay ist die Kooperativenbewegung noch vor der Gewerkschaftsbewegung die stärkste soziale Bewegung. Der Wohnungsbaukooperativen-Dachverband FUCVAM (Uruguayischer Verband von Wohnungskooperativen auf Gegenseitiger Hilfe) vereinigt mehr als 330 Genossenschaften mit fast 20.000 Familien in unterschiedlichen Etappen, in der Gründung, im Bau und mit bereits bewohnten Häusern. Diese Bewegung der „Wohnungskooperativen auf Gegenseitiger Hilfe“ entstand aus den arbeitenden Klassen selbst, um die Wohnungsnot zu lösen. Aus dieser konkreten Notwendigkeit heraus schufen sie ganze Stadtviertel, um ein würdiges und anständiges Leben für die BewohnerInnen gewährleisten. So mobilisieren die Genossenschaften nicht nur für Wohnungsbau, sondern verteidigen öffentliche Unternehmen und helfen Arbeitsmöglichkeiten und soziale Gerechtigkeit zu schaffen.



Als Körperschaft will FUCVAM⁹ das Wohnen für ArbeiterInnen mit niedrigem Einkommen aus einer ganzheitlichen Perspektive lösen: das sind der Wohnungsbau, der Zugang zu Land, Finanzierungswege, Rendite, kurz: das Einmischen in die Wohnungspolitik aus authentisch sozialer Perspektive mit Forderungen für eine höhere Lebensqualität der ArbeiterInnen.

FUCVAM sieht seine Rolle im Austausch, in der Systematisierung, der Orientierung und konkreter Hilfe für das Handeln der kooperativen Gruppen in der Sicherung ihrer unterschiedlichen Erfahrungen. Dabei sind es meistens ArbeiterInnen ohne Vermögen, die eine Kooperative gründen und ihre eigene Arbeitsleistung in den Bau der Wohnungen und in die Selbstverwaltung der Aufgaben einbringen. Dadurch wird eine gesamte Siedlung errichtet, in die jedes Mitglied und seine Familie mit seinen Arbeiten zur Verwirklichung der Gesamtheit des Komplexes, der Wohnungen und der zusätzlichen Gemeinschaftsräumen beiträgt. Sobald das Projekt beendet ist, werden die Wohnungen mittels einer Verlosung zugewiesen. Die Organisierungserfahrung und die solidarische Arbeit während des Häuserbaus werden anschließend in der Etappe des Zusammenlebens mittels

Programmen der sozialen und gemeinschaftlichen Entwicklung weiter genutzt. Der Dachverband fördert Austausch, Systematisierung von Erfahrungen und Hilfe bei den Verhandlungen der kooperativen Gruppen.

Das in fast 40 Jahren entwickelte Modell ist tragfähig, um würdige Wohnungen auf der Grundlage von gegenseitiger Hilfe, Selbstverwaltung, direkter Demokratie und gemeinsamem Eigentum zu bauen. Unter gegenseitiger Hilfe wird die gemeinsame Ausführung der Bauarbeiten durch die NutzerInnen verstanden, die soweit notwendig durch VorarbeiterInnen und bezahlte FacharbeiterInnen unterstützt werden. Indem die Familien selbst (mit der entsprechenden Hilfe) die Wohnungen mit eigenen Händen bauen, entstehen enge soziale Bindungen. Indem die Gruppe selbst die Entscheidungen trifft, wird das Zugehörigkeitsgefühl und die Bindung der Gruppe an das Projekt verstärkt. Durch die Selbstorganisation werden die Kosten des Baus gesenkt. Die Wohnung wird dreißig Prozent oder mehr billiger, indem die Zwischenvermittlungskosten gesenkt werden können. Das ermöglicht mehr Personen einen Zugang zu Wohnungen. Die Selbstorganisation schafft bei den ArbeiterInnen die Überzeugung, ihre Lebensqualität selbst gestalten zu können.

Die direkte Demokratie ermöglicht, dass die Entscheidungen direkt von den Beteiligten ohne Vermittlung getroffen werden. Die Mitglieder der Vereinigung nehmen direkt an der politischen Entscheidungsfindung teil, indem sie gemeinsame Vorschläge ausarbeiten und Entscheidungen treffen. Die Cooperativistas wissen, dass ihnen die genossenschaftliche Organisierung die Erlangung einer würdigen und anständigen Wohnung garantiert. Gemeinsam wird gebaut und gemeinsam auch die Rückzahlung und die Erhaltung der Wohnungen organisiert. NutzerIn sein bedeutet, die Wohnung als ein soziales Gut und nicht als Ware zu begreifen. Das Gemeinschaftseigentum hat einen höheren Wert als das private Eigentum.

Solidaridad – eine Genossenschaft in Quito nicht nur für Wohnraum, sondern für Integrale Bildung

In Quito konnten wir mit drei Vertreter/innen des Genossenschaftsverbandes *Solidaridad* sprechen. Das Besondere an den Genossenschaften von Solidaridad ist, dass es nicht nur um eine Selbstorganisation zur Erreichung eines Ziels, z.B. einer eigenen Wohnung ist, sondern dass die Genossen und Genossinnen aktive Teilnehmer/innen der Gesamt-

⁹ Die nachfolgenden Zielsetzungen und Bewertungen gründen auf eigenen Interviews und der Selbstdarstellung von FUCVAM

gesellschaft sein und Verantwortung für das Gemeinwesen im Rahmen der solidarischen Ökonomie übernehmen wollen.

Unsere Gesprächsteilnehmer/innen waren:

- Blanca Taco (Vorstand der Genossenschaft *Solidaridad* und Geschäftsführerin der Genossenschaft *Vivienda Alianza Solidaria* und schon 18 Jahre Mitglied der Genossenschaft)
- Manuel Morendo (Genossenschaft für die Gemeindedienste – *Servicios comunitarios*, seit acht Jahren Mitglied)
- Beatriz Cabrera, Geschäftsführerin der *Unidad Ejecutora Solidaridad Quitumbe*, seit 10 Jahren Genossin in der Baugenossenschaft.

Warum organisiert Ihr Euch in der Genossenschaft?

Viele haben den Traum, ihre Lebensqualität zu verbessern. Manche gehen dazu in die USA oder nach Europa, andere aber – wie wir – sehen ihren Lebenstraum darin, in den Stadtteilen von Quito die Lebensqualität zu verbessern.

Wie hat sich Quitos Wohnstruktur entwickelt?

Der koloniale Kern Quitos wurde im 16./17. Jh. von den SpanierInnen angelegt. Später erfolgte zunächst die Ausdehnung der Stadt mit Wohnsiedlungen nach Norden. Im Süden gab es in der Kolonialphase die großen landwirtschaftlich geprägten Haciendas, als Kornspeicher der Stadt, aber auch mit Gemüsegärten und Milchwirtschaft. Erst später – als viele vom Land in die Stadt migrierten, wurde auch der Süden Quitos für Wohnungsbau – vor allen Dingen der armen Leute – nach und nach genutzt. Auf dem Weg von der Innenstadt nach Quitumbe im Süden Quitos kann man deutlich die Unterschiede zwischen der Siedlungsstruktur im reicheren Norden und im ärmeren Süden erkennen. Im Norden haben die Baugrundstücke eine Mindestgröße von 300 qm, hier im Süden baut man auf viel kleineren Grundstücken – manche kleiner als 100 qm.

Wie kam es zur Gründung von Solidaridad?

Die Gründung der Genossenschaft Solidarität hängt eng mit den hohen Migrationsraten nach Quito in den 50er bis 70er Jahren des vorigen Jahrtausends zusammen. 60 % der Bewohner/innen Quitos in den 70er Jahren waren Migrant/innen aus dem gesamten Land. Viele waren LandarbeiterInnen, die keine Arbeit mehr fanden und mit ihrer ganzen Familie nach Quito zogen. Die meisten haben sich im Süden von Quito angesiedelt, weil dort die Lebenshaltungskosten niedriger waren und es Arbeitsplätze in den Fabriken gab. Die großen Familien vom Land brauchten große Wohnungen, die meisten Wohnungen in Quito waren für diese Familien jedoch zu klein. Einige haben in Quito Land besetzt und sich dort eine Unterkunft gebaut. Das nannte man „Invasiones“. Eine besonders große „Invasion“ besetzte das Gelände, auf dem heute der Großmarkt von Quitumbe steht. Die Regierung hat das Gelände 1989 mit Polizei und Militär räumen lassen, ohne Rücksicht auf Kinder, Alte und Frauen zu nehmen und ohne mit den Besetzer/innen zu reden.

Der Rechtsanwalt Dr. Fabian Mello war im Kampf für die Armen engagiert und bekannt dafür, dass er den Unterdrückten half. Er wurde gerufen, da er viel Erfahrung in Rechtsstreitigkeiten hatte und wusste, wie der juristische Apparat auf staatliche Aktionen reagieren würde. Er hat vorgeschlagen, dass sich die Betroffenen organisieren sollten und ein Angebot zum Kauf des Grundstücks abgeben sollten. Das war der Ursprung der Genossenschaft „Solidaridad“, die etwa 1.000 Familien umfasste, die vom besetzten Grundstück vertrieben worden waren.

Wie hat sich Solidaridad im Laufe der Jahre weiterentwickelt?

Die Organisationsentwicklung war ein langer Prozess mit vielen Mediationen, denn man musste dem Bedürfnis der Leute gerecht werden, Wohnungen zu bauen. Wir hatten damit zu Beginn viele Kunden/Kundinnen (clientes), aber nicht unbedingt Bürger und Bürgerinnen (ciudadanas/os) der Stadt.

„Solidaridad“ musste sich von einer paternalistischen und kundenorientierten Struktur in eine demokratische Struktur mit aktiven Teilnehmer/innen wandeln. Wir wollen eine Bürgerbewegung werden – noch fehlt uns einiges dazu, aber wir sind auf gutem Wege.



Die Genossenschaft „Solidaridad“ umfasste zehn Wohnungsbaugenossenschaften und eine Handelsgenossenschaft. Sie wurde 1992 juristisch anerkannt und ist eine Organisation zweiten Grades – das heißt ihre Mitglieder sind andere Organisationen. Alle Genossenschaften haben revolutionäre Namen. In den 70er/80er Jahren hat Latein- und Zentralamerika einen revolutionären Prozess erlebt. Die Namen lauteten Salvador Allende, Libertad y Justicia, Oscar Arnulfo Romero, Poder Popular, La Patagonia, 1. August, usw.

Die erste Etappe von „Solidaridad“ war ein Grundstück an der Panamericana sur km 10 ½, dort gab es das Dorf Solidaridad. Die Genossenschaft hat dort für die 10 Mitglieds-Genossenschaften eine große Hacienda (San José) gekauft und die Mitglieder haben für ihren Anteil einzeln an die Genossenschaft gezahlt. Es gab individuelle Titel für die geteilten Grundstücke. Die Leute sparten innerhalb der Genossenschaft für die Wohnungen.

Die Genossenschaft hat sich um die Infrastruktur gekümmert, den Anschluss an Elektrizität, Telefonnetz und Trinkwasser. Es gab Verhandlungen mit dem Bürgermeister von Quito. 50 % der Kosten dafür bezahlte die Gemeinde und 50 % bezahlten die Genossenschaftsmitglieder. Die Kommune hat sehr schnell gebaut. Es gab Verträge mit der Trinkwasser-, der Elektrizitäts- und der Abwasserfirma, damit die 20 Hektar des Projektes

Villa Solidaridad schnell angeschlossen wurden. Es gab auch Verhandlungen mit dem Wohnungsbauamt. Diese wollten mit Krediten für die GenossInnen aushelfen, allerdings waren die bürokratischen Prozesse dort so langsam, dass einige mit privaten Krediten bauen mussten.

Aufgrund der Stärke und der Verhandlungskraft der Genossenschaft „Solidaridad“ hat die Gemeinde dann eine Bauordnung zu ihren Gunsten erlassen. Auf der Basis dieser Bauordnung konnten Gebäude mit bis zu drei Etagen gebaut werden. Man konnte mit der ersten Etage beginnen und wenn es weitere finanzielle Mittel gab, die anderen bauen. Das war Teil der Bauordnung des sozialen Wohnungsbaus. Die Verabschiedung einer Bauordnung war auch Voraussetzung, um Kredite zu bekommen.

Warum ist Solidaridad nicht nur eine Wohnungsbaugenossenschaft?

In diesem ersten Prozess gab es Diskussionen bei „Solidaridad“, die zu der Erkenntnis führten, dass nicht das Grundstück allein die Lösung für die Wohnungsprobleme der Menschen sein kann. Denn – auch wenn die Leute Besitzer/in eines Grundstückes sind, haben sie noch lange kein Geld, um ein Haus zu bauen. Es gab auch Leute, die das Grundstück dann zu einem höheren Preis weiter verkauft haben. Bis heute gibt es in Villa Solidaridad Grundstücke, die nicht bebaut sind, weil die Leute kein Geld für den Hausbau haben. Es gab ernste Diskussionen innerhalb der Vorstände der Kooperativen, denn man war sich im klaren, dass das nicht das Ziel einer Genossenschaft sein kann.

Wie kann man Genosse/Genossin werden?

Es gibt drei Bedingungen, um Genosse in der Wohnungsbaugenossenschaft zu werden:

- Man muss an 80 Stunden Minga (Gemeinschaftsarbeit) teilnehmen.
- Man nimmt an einem Bildungsprozess zur integralen menschlichen Bildung im Umfang von 120 Stunden teil.
- Man spart für den Hausbau.

Das sind die drei Basisbedingungen. Wir wollen eigenständige Bürger/innen in der Kooperative, diese Kooperative hat keine KundInnen und

sie verkauft keine Häuser. Wir wollen die Selbstständigkeit der Kooperativenmitglieder durch 120 Stunden integrale Bildung fördern. Wir sind keine Objekte, sondern Subjekte unserer Realität mit Rechten und Verpflichtungen.

Wie verläuft der Planungsprozess beim Hausbau?

Unsere Kooperative ist gemeinnützig. Wir stellen Häuser in guter Qualität zur Verfügung und zu einem guten Preis, denn es muss kein Überschuss erwirtschaftet werden. Diese Wohnmöglichkeit bietet den BewohnerInnen großen Spielraum, sich selbst zu verwirklichen.

Vor dem Bau neuer Häuser setzen wir uns mit den Interessierten zusammen und besprechen ihre Wünsche und Pläne für ihr neues Haus. Wir planen zusammen mit den Leuten, die dann dort wohnen werden. Die Leute wollen in der Regel konventionelle Bauweise mit Steinen, Zement und Eisenarmierung. Unsere Planungen werden immer besser, denn wir haben mittlerweile schon einiges an Erfahrung. In den Workshops malen die Interessierten auf, wie sie sich ihre zukünftigen Häuser vorstellen. Diese Zeichnungen geben wir dann den ArchitektInnen und PlanerInnen, damit sie die Ideen aufgreifen und umsetzen. Die ArchitektInnen stellen dann die Planungen vor und bitten die Leute, das zu überprüfen und Änderungen vorzuschlagen. Danach entsteht der endgültige Plan.

Der Bau wird durch das von den Genossen und Genossinnen vorher Angesparte finanziert. Bei der Bauplanung müssen wir uns natürlich an den Bauleitplan des Stadtteils halten. Hier in diesem Gebiet dürfen z.B. nur dreistöckige Häuser gebaut werden. Es gibt zwei Typen von Häusern in dieser Gegend, ein Typ ist für eine Familie, diese dürfen nicht mehr als drei Stockwerke haben und Häuser mit mehreren Appartements, die nicht mehr als acht Stockwerke haben dürfen. Architektonisch ist man frei, aber die Grundlagen des Bauleitplanes müssen eingehalten werden.

Wasser kaufen wir von der Stadtteilregierung. Wir haben einen Vertrag mit der Stadtteilregierung, dass sie die Infrastruktur erstellen und wir die Kosten in acht Jahren zurück zahlen. Nichts war kostenlos.

Die gemeinsame Arbeit, die „Minga“, gibt es nur bei der Pflege der Außenanlagen, die Arbeit beim Bau der Häuser wird bezahlt.

Welche politischen Ziele hat die Genossenschaft über den Wohnungsbau hinaus?

Die Schaffung von Wohnungsmöglichkeiten ist nur Teil eines Prozesses, die Menschen zu StaatsbürgerInnen zu machen. Wichtig ist die Ausbildung in Rechten und Pflichten. An diesen Prozessen arbeitet die Genossenschaft, mit dem Programm PDCI – Programma de Desarrollo Comunitario Integral (integriertes Gemeindeentwicklungsprogramm). Das ist wie eine kurz-, mittel- und langfristige Planung. Es ist wichtig festzuhalten, welche Projekte „Solidaridad“ hat und welches die philosophischen, politischen und kulturellen Zielsetzungen von „Solidaridad“ sind.

Man hört oft die Meinung, dass soziale Organisationen nicht politisch seien. Wir sehen das anders, die Genossenschaft hat soziale und politische Aspekte. Aber dabei geht es nicht um partikulare politische Interessen, es geht um das integrale Wohlergehen der Mitglieder. Wir sind demokratische Bürgerbewegungen und wir werden intern immer stärker. Es gibt vier sehr wichtige Ziele: Selbstbestimmung, Partizipation, Demokratisierung und Gleichheit. Diese vier Prinzipien erlauben es uns, Organisationen zu entwickeln, die partizipativ sind, die Arbeitsmöglichkeiten schaffen und Dienstleistungen erbringen. Organisationen, die ihre eigene Autonomie haben und mit dem Menschen als Mittelpunkt und Ziel arbeiten. Es geht darum, als Mensch ein integriertes, ein intellektuelles und spirituelles Leben zu führen in Harmonie mit der Natur. Das ist das Ziel der Genossenschaft. Es geht um die Bildung des Menschen, nicht nur um die (Fach-) Ausbildung, sondern auch um Respekt, Selbstständigkeit, Solidarität, Ethik, das tägliche Zusammenleben, wir sprechen nicht nur von der Solidarität, wir leben die Solidarität.

Wie wird das Bildungsprogramm umgesetzt?

Im Jahr 2000 wurden 15 Mio. Sucres (knapp 700 €) mit Hilfe des Ministeriums de Bienestar social (Sozialministerium) investiert, um 20 gute ModeratorInnen auszubilden, die die Methodologie der menschlichen Entwicklung gut beherrschen. In der Armut entstehen gesellschaftliche Krankheiten, wie Drogenabhängigkeit. Durch unsere Arbeit steigt die Selbstachtung der Menschen, auch wenn das Leben nicht allen Menschen die Möglichkeit gibt, an der Universität zu studieren. Wir setzen den

gesellschaftlichen Krankheiten etwas entgegen. Wir wollen uns weiter entwickeln und noch mehr Leute einbinden. Die Summe der Talente und Erfahrungen aller Mitglieder hat die Organisation groß gemacht. Jeder Mensch sollte seinen Talenten entsprechend arbeiten.

Wieviele Mitglieder hat die Genossenschaft?

Die „Alianza Solidaria“ ist die größte Genossenschaft – sie umfasst 2.500 Familien. Nur zwei Wohnungsbaugenossenschaften sind von den ursprünglichen geblieben. Bei den ersten Genossenschaften haben leider viele Mitglieder nur etwas nehmen wollen: ihr Grundstück, den Bau, die Struktur – aber sie wollten nicht in der Organisation mitarbeiten.

Wie haben sich die anderen Genossenschaften gegründet?

In den (Wohnungsbau-) Genossenschaften gab es einige Mitglieder, die arbeitslos waren – eine Gruppe Lehrer/innen, BauarbeiterInnen und auch IngenieurInnen. Die Organisation hat uns geschult, eigene Firmen zu gründen und hat einige Maschinen für uns besorgt.

Die Lehrer/innen haben dann eine Erziehungskooperative gegründet, diese betreibt eine Vorschule, eine Grundschule und ein Gymnasium bis zum Abitur und funktioniert bis heute. Das sind GenossInnen, die aus den Wohnungsbaugenossenschaften ausgeschieden sind.

Es gibt eine Genossenschaft für kommunale Dienstleistungen und eine Genossenschaft für die Lebensmittelversorgung. Jede/r hatte einen individuellen Arbeitsplatz und hat einen individuellen Beitrag geleistet, aber zusammen haben sie eine Kooperative geformt. Sie kochen z.B. für die GenossInnen, die im Bau beschäftigt sind.

Was sind die „Mingas“?

Es werden regelmäßig „Mingas“ durchgeführt. Minga ist ein Quechua-Wort und bedeutet gemeinsame Arbeit oder Arbeit für die Gemeinschaft. Man holt z.B. gemeinsam den Müll vom Grundstück. Minga ist für uns nicht nur physisch, sondern es gibt auch intellektuelle Mingas zum Gedankenaustausch. Was wir jetzt machen, ist z.B. eine intellektuelle Minga, denn wir machen einen Erfahrungs- und Kenntnisaustausch.

Jeden Sonntag kommen die Leute und arbeiten im Park. Wir haben 12 Tonnen Erde aus dem Grundstück geholt, um es in das zu verwandeln, was es heute ist. In der „Minga“, der Gemeinschaftsarbeit, wird das Grundstück in Ordnung gehalten, es werden ökologische Pfade und Spielplätze gebaut, es wurden bereits 6 km Fahrradwege gebaut und es ist geplant, weitere 5 km zu bauen. Der Bach soll über eine Länge von 15 km gepflegt werden, dieses allerdings mit Hilfe der Stadtteilverwaltung. Auch die Kinder helfen mit. Bei der Minga wird das gesamte Grundstück gepflegt, die Wege, die Spielplätze für die Kinder, der Heckenschnitt, die Bachufer. Besonders Samstags und Sonntags kommen die Leute zusammen. Die ganze Familie kommt mit Essen und Zelten. Nicht nur die Männer helfen bei der Minga, sondern auch Frauen und Kinder ab acht Jahren helfen gerne.

Wie sind die aktuellen Aktivitäten und Planungen in Quitumbe?

Die Genossenschaft „Solidaridad“ hatte zwei Phasen, in der ersten war die Genossenschaft etwas paternalistisch und hat die Mitglieder versorgt, in der zweiten Phase seit 2002 wollen wir eine soziale Bewegung der Bürger/innen fördern. Als wir nach Quitumbe hier im Süden von Quito kamen, haben wir dieses Grundstück, auf dem wir uns gerade befinden, von der Stadt Quito gekauft. Der Aktionsradius der Genossenschaft ist im wesentlichen in Quitumbe. Dieses Grundstück hier ist von zwei Bächen umgeben, der Bach Ortega und der Bach El Carmen. In Quito werden oft die Bachbetten verfüllt, um das Grundstück zu vergrößern und mehr Bauland zu gewinnen, das führt aber zu Problemen bei Regen. Wir haben auch überlegt, den Bach aufzufüllen und unser Grundstück damit zu vergrößern, oder den Bach so zu belassen. Die Vorstände der Kooperative haben entschieden, den Bach so zu belassen. Eine unserer Richtlinien ist es, Wohnbebauung in einem gesunden Umfeld und in Kontakt mit der Natur durchzuführen. Viele GenossInnen waren aber nicht einverstanden. Sie wollten die Bäche verfüllen und sie wollten auch nicht in den „Mingas“ arbeiten, die die Bachläufe pflegten.

Wie sind die sozialen Beziehungen in den Genossenschaften?

Die Genossenschaften stehen auf solider Basis, weil wir uns untereinander gut kennen. Alle NachbarInnen kennen sich untereinander, das



ergibt sich automatisch aus den Mingas, an denen die Leute teilnehmen. Wenn sie dann in ihre Häuser einziehen, kennen sie schon ihre NachbarInnen und haben Vertrauen zu ihnen. Es gibt nicht die üblichen Diebstähle und Einbrüche wie an anderen Orten. Man fühlt sich sicher. Manchmal heiraten auch die Kinder der NachbarInnen untereinander. In unserer Wohnungsbaugenossenschaft ist der Prozess anders als in den meisten anderen Bauprojekten, die sich nur dem Verkauf ihrer Häuser widmen. Wir machen eine ganz andere Arbeit hier.

Unsere Schule gehört zu den besten im Stadtteil, wir unterrichten auf einer integralen Basis. Wir unterrichten auch Tanz, Kunst und Musik.

Dieses Haus, in dem wir uns gerade befinden, nennen wir die interpretative Aula. Wir konnten sie noch nicht beenden, weil wir nicht genug Geld hatten, die Fenster fehlen noch, aber es ist ein Gemeinschaftshaus der Genossenschaft. Es ist entstanden durch die Selbsthilfe der Leute. Wir hatten weder nationale noch internationale Zuschüsse.

Die Fehler, die wir bisher in unserer Organisation gemacht haben, haben uns nur stärker gemacht. Wir haben zweimal Preise und die Aner-

kennung der Stadt Quito erhalten, einen für Selbsthilfe und Schaffung von Arbeitsplätzen, und den anderen für die Erstellung von Sozialwohnungen mit Erhalt der Umwelt und unter Beachtung des Umweltschutzes. Wir haben auch eine Medaille des Nationalkongresses bekommen.

Allerdings bekommen wir wenig finanzielle Unterstützung. Wir haben hier in Quitumbe eine Abgeordnete, die aus den sozialen Bewegungen kommt. Mit ihr haben wir eine Vereinbarung, dass wir Partner für Verträge mit der Stadtverwaltung sein können. Z. B. könnte die Kooperative für soziale Dienste alle Gärten von Quitumbe pflegen. Aber die Stadtverwaltung hat uns nie beauftragt, sie beauftragt immer private Unternehmen. Wir haben bisher nur Aufträge aus dem Netz der solidarischen Ökonomie bekommen.

Was ist die solidarische Ökonomie?

Die Kooperative „Vivienda Alianza“ arbeitet mit dem Netzwerk der solidarischen Ökonomie zusammen. Wenn ich von der solidarischen Ökonomie rede, dann heißt das, das wir uns zusammensetzen und gemeinsam arbeiten.

Wohnung schaffen ist erst mal die Leitidee, aber es entstehen interne und externe Beziehungen. Intern zu den verschiedenen Kooperativen, die Teil von „Solidaridad“ sind, und externe Beziehungen bauen wir zur Stadtteilverwaltung auf, zu den Ministerien und den Dienstleistern, die wir brauchen, um die Häuser zu bauen. Als die *Alianza Solidaria* sich entschlossen hat, Häuser zu bauen, wurde eine strategische Partnerschaft mit einem privaten Bauunternehmer eingegangen, um den ersten Bauabschnitt zu erstellen. Aber es gab eine Absprache mit dem Bauunternehmer, dass das Know How des Bauens auf die Mitglieder der Bau-Kooperative übergehen sollte. Das bedeutet, dass wir mit dem privaten Bauunternehmen zwei Bauabschnitte gemeinsam bauten – den zweiten und den dritten. Den vierten Bauabschnitt bauten wir dann schon alleine mit der Baukooperative. In der Baukooperative arbeiten TechnikerInnen und BauarbeiterInnen. Sie arbeiten acht Stunden und essen dort. In Ecuador sagt man, dass das Mittagessen der Handwerker aus einer Coca Cola, einer Banane und einem Brot bestehe. Das ist nicht sehr gesund und für uns ist Gesundheit ein wichtiges Gut. Deshalb bringt die Restaurant-Kooperative das Essen zu den BauhandwerkerInnen. Die BauhandwerkerInnen bezahlen 50 %

des Essenspreise und die anderen 50 % zahlt die Kooperative. Als die Häuser fertig gebaut waren, mussten die Außenanlagen erstellt werden. Die Kooperative der Gemeindedienste (*servicios comunitarios*) hat die Gärten und Parks erstellt. Wie man leicht sehen kann, sind bei diesem Prozess drei Kooperativen beteiligt gewesen, das nennen wir das Netz der solidarischen Ökonomie. Zum Zeitpunkt des Einzuges in die Häuser gehen viele Kinder noch auf Schulen, die sehr weit entfernt sind. Sie haben dann die Möglichkeit, bei der Erziehungskooperative in die Schule zu gehen, diese ist für alle Kinder offen. Sie wird autonom von uns geführt und finanziert. Wir erstellen den Haushalt der Schule.

Welches sind die Pläne für die Zukunft?

Wir haben vor kurzem ein Grundstück gegenüber vom großen neuen Busbahnhof gekauft, auf dem wir vier Türme bauen wollen. Zwischen den Wohntürmen mit jeweils 20 Stockwerken soll ein großer Platz entstehen, der Platz der Solidarität. Der Platz soll Möglichkeiten für den Fairen Handel und die Solidarische Ökonomie bieten, aber auch für Kultur, Kunst, Muße und Freizeit. Ebenso sollen dort Arbeitsplätze geschaffen werden. Durch die Lage gegenüber vom großen Busbahnhof lohnen sich kleine Geschäfte. Der Vorteil ist, dass wir alle über die Kooperative BesitzerInnen dieser kleinen Firmen wären. Wir sind gleichzeitig Besitzer/innen und Arbeiter/innen.

Das Interview führten Ulla Sparrer und Klaus Heß.

Literatur

Barbara Scholz:
Lernprozesse. Ehemalige AktivistInnen aus Quito
sind mittlerweile politische FunktionsträgerInnen.
In ILA 337 Juli/August 2010 Quito – Gesichter einer Metropole
http://www.ila-web.de/artikel/ila337/quito_aktiv.htm

Boom der Stadtgärten Gemüseproduktion gegen die Mangelwirtschaft auf Kuba

Einkaufen quasi um die Ecke, zu niedrigen Preisen und garantiert ökologisch – die zahlreichen kleinen Plantagen in Kubas Städten machen es mittlerweile möglich. Doch bevor es zu der von der Regierung mit ihren Reformen beabsichtigten signifikanten Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion kommt, sind noch einige Hindernisse zu überwinden. Etwa der Nachwuchsmangel in der Landwirtschaft. Ein Beispiel aus der „Provinz“.

Die Schlange ist keineswegs lang, für kubanische Verhältnisse eher ungewöhnlich kurz. Sechs Personen warten vor einem schlichten Verkaufsstand eines *huerto intensivo* (Gemüsegartens) darauf, bedient zu werden. Ohne Eile, stattdessen in angeregte Gespräche verwickelt. Lange anstehen müssen sie nicht. Elraida Gaitán Placeres, eine drahtige Frau, legt drei kleine Bündel Salat auf den Tisch, die sie gerade erst fünf Meter weiter links auf einem der vielen Beete der zwei Hektar großen landwirtschaftlichen Nutzfläche geerntet hat. „Macht sechs Peso“, sagt sie. Die Kundin gibt ihr zehn, nimmt noch etwas Knoblauch und einige grüne Tomaten dazu. Ebenfalls frisch geerntet, womit ein Weg vom Produzen-



tInnen zum VerbraucherIn garantiert ist, der kürzer kaum sein könnte. Es ist Salatzeit, der etwa vor etwa 40 Tagen wurde gesät wurde. Weiterhin gibt es Zwiebeln und Gurken. Im Februar können die EinwohnerInnen dann mit roten Tomaten, (grünen) Bohnen, Rettich, Rote Beete und Möhren rechnen. Etwas später mit Spinat und Kürbis. Insgesamt sind im Jahr sechs Fruchtfolgen vorgesehen, die das Angebot bestimmen. Sonnenblumen, stark von Gläubigen nachgefragt, gibt es das ganze Jahr, ebenso Kräuter, Knoblauch, und Paprika, deren Sträucher alle zehn Monate ersetzt werden müssen.

Ein Angebot, das die EinwohnerInnen von Nuevo Condado, einem Stadtteil im Süden von Santa Clara, der drittgrößten Stadt Kubas, gerne annehmen. Einkaufen quasi um die Ecke und das zu niedrigen Preisen, diese Möglichkeit besteht für sie seit April 2009. Die Idee zu einer kleinen Plantage mitten im Viertel entstand Anfang 2009 aus der dringenden Notwendigkeit einer besseren Versorgung der dortigen Bevölkerung mit Obst und Gemüse heraus. Insbesondere angesichts der verheerenden Folgen, die drei aufeinander folgende Zyklone im Jahr 2008 auf ganz Kuba hinterlassen hatten.

Die Eheleute Elraida Gaitan Placeres und Denio Roja Muro – Bauern, die seit über 40 Jahren in Nuevo Condado leben und beide mittlerweile in Rente sind – erklärten sich bereit, ein Terrain von zwei Hektar im südlichen Teil des Viertels zu kultivieren. „Auch“, so Elraida, „weil es sonst keiner machen wollte“, und beide darüber hinaus an harte Arbeit auf dem Land gewöhnt sind. Sie als ehemalige Arbeiterin in einer Tabakkooperative und er als langjähriger Viehhirte.

Hilfreiche PartnerInnen waren und sind zum einen die *granja urbana* (städtische Farm), eine staatliche Einrichtung, die in Kuba Gärten dieser Art verwaltet. Konkret bedeutet das, dass sie entsprechenden Personen das Recht verleiht, auf eigene Rechnung für einen bestimmten Zeitraum Staatsland landwirtschaftlich zu bearbeiten. Sie half zu Beginn des Projekts mit Werkzeugen und Materialien etwa für Zäune und zahlte die ersten vier Monate ein bescheidenes Gehalt an die BetreiberInnen. Zum andern leistete die ACTAF (Kubanische Vereinigung von Agrar- und Forstexperten), eine Nichtregierungsorganisation, die auch eigene Gärten betreibt und ansonsten die verschiedenen staatlichen Programme zur Erhöhung der landwirtschaftlichen Produktion anschieben soll, technische Hilfe.

Sie erstellte im September 2009, fünf Monate nach Beginn des Projekts, eine schonungslose Bestandsanalyse unter Hinweis auf zahlreiche Probleme hinsichtlich des Gartens und speziell seiner Beete. Ebenso verbesserungsbedürftig: die Düngung und Bewässerung der angebauten Pflanzen sowie deren Schutz vor Plagen. Trotzdem war es nicht die Absicht der ACTAF, die ArbeiterInnen des Gartens zu kritisieren. „Wir wollen dabei helfen, dass dieses Projekt im Sinne eines nachhaltigen Wachstums verwirklicht wird. Dazu bieten wir unsere Kenntnisse, Erfahrungen und konkrete Lösungen für die vorhandenen Probleme an“, erklärt Grisell Díaz Martínez, Präsidentin der ACTAF in der Provinz Villa Clara. Dazu gehören beispielsweise die vorgeschlagenen Maßnahmen zu einer effektiveren Arbeitsorganisation und zur allgemeinen Verbesserung des Zustands der kleinen Plantage.

Für Elraida durchaus eine „nützliche Orientierung bei der Aufbauarbeit“, wobei die 67-Jährige allerdings zu bedenken gibt, dass sie zum Erreichen des angestrebten Ziels, nämlich die gesamten zwei Hektar zu kultivieren, Zeit brauchen. Und bis dahin gelte es, „sich auf das Wichtigste zu konzentrieren“. Ein „großer moralischer Antrieb“ war für sie und ihren

Mann eine Spende. Der angestrebte Erwerb von Arbeitskleidung und Werkzeugen wie Harken, Schaufeln, Macheten, Rechen, Zangen, Beilen, Sägen wurde erstaunlich schnell und ohne die gewohnten bürokratischen Probleme in Devisen über die ACTAF abgewickelt.

Trotzdem sind von den zur Verfügung gestellten konvertiblen 2.400 CUC (1,20 CUC entspricht einem Euro und 25 kubanischen Peso) immer noch 1.500 übrig, auch weil es nicht gelang, eine Turbine für die Bewässerung des gesamten Terrains zu beschaffen. Die aktuelle wird mit häufig knappem Öl angetrieben und reicht höchstens für ein Drittel des kultivierten Bodens. Eine Lösung könnte laut Elraida und Denio ein noch zu installierender Wassertank sein, der über eine kleinere elektrische Turbine mit Wasser aus dem Brunnen gefüllt wird und von dem aus über Schläuche und Fontänen die Pflanzen, Sträucher und Bäume je nach Bedarf bewässert werden. Ein Problem, das zwischen den Bauern und Bäuerinnen sowie den TechnikerInnen von ACTAF kontrovers diskutiert wird, weil diese auf eine Turbine mit ausreichender Kapazität für die gesamten zwei Hektar drängen.

Trotz dieser Anfangsschwierigkeiten konnte in den ersten vier Monaten nach dem Beginn des Projekts die Produktion mehr als versiebenfacht werden. Sie stieg von 283 auf 2.126 Kilogramm pro Monat. Der nötige Dünger wird noch von der ACTAF geliefert, doch die eigene Kompostierung hat bereits begonnen. Dazu trägt auch der Dung der Pferde der weit verbreiteten carretones bei, der von den Kutschern täglich abgeliefert wird. Bislang wurde von Elraida und Denio knapp die Hälfte des Terrains landwirtschaftlich erschlossen. Ziel ist die Bewirtschaftung der gesamten zwei Hektar, wobei sie schon den Anbau von Guave-, Mango- und Avocadobäumen ins Auge gefasst haben. Der Steigerung von Produktivität und Ertrag steht das Fehlen weiterer Arbeitskräfte gegenüber. Es ist wie im gesamten Land auch in Nuevo Condado schwer, Leute für diesen harten Job zu finden. „Das Land ist für die Vögel“, gibt Elraida die weit verbreitete Antwort auf ihr Werben wieder. Trotzdem stehen sie und ihr Mann derzeit mit einer dritten Person in Verhandlungen, die sogar einen Ochsen mit einbringen würde, womit das Problem des Pflügens mit einem Schlag gelöst wäre.

Unabhängig davon ist und bleibt Denio laut des Vertrages, den er mit der *granja urbana* abgeschlossen hat, für fünf Jahre Besitzer der zwei Hektar Staatsland. Und ist damit für das gesamte Terrain, Maschinen, Werkzeuge, Produktion und den Verkauf verantwortlich. Kontrolliert wird er durch die Räte auf Gemeindeebene, die *consejos populares*, der *granja*

urbana und der Kleinbauernorganisation ANAP, deren Mitglied er ist. Mit der Landvergabe strebt die Regierung eine Steigerung der seit längerer Zeit unbefriedigenden landwirtschaftlichen Produktion an, um mittelfristig eine Selbstversorgung der Provinzen und Gemeinden zu erreichen und knappe Devisen einzusparen. Derzeit muss weit über eine Milliarde US-Dollar für Nahrungsmittelimporte aufgewandt werden. Mehr Wettbewerb, mehr Produktion, niedrigere Preise lautet inzwischen die marktwirtschaftlich anmutende Parole im sozialistischen Kuba. Als Eigentümer oder gar als Unternehmer fühlt sich der 71-Jährige aber keineswegs. Eher auf Mission für die Revolution. „Ich gehe dahin, wo man mich braucht“, sagt er angesichts der angespannten Versorgungslage und den in den letzten Jahren steigenden Preisen für fast alle landwirtschaftlichen Produkte. Materiell lohnend ist diese Mission für ihn und seine Frau noch nicht. Da sich die Preise für ihre Produkte an den vom Staat subventionierten Märkten orientieren, sind sie entsprechend niedrig. Erschwinglich eben für die eher arme Bevölkerung von Nuevo Condado. Steigende Einnahmen sind also nur über eine steigende Produktion möglich. Verkauft wird, wann es die Leute wollen. Die VerbraucherInnen haben auch keine Scheu davor, beim Haus der beiden, das circa einen Kilometer vom Garten entfernt ist, anzuklopfen und nach Gemüse zu fragen.

So kommen Denio und Elraida derzeit auf ein monatliches Einkommen von jeweils 200 Peso, was ohne ihre Rente (Denio 270 Peso und Elraida 242 Peso) nie reichen würde. Denn davon müssen sie auch noch Steuern (30 Peso pro bearbeiteten und 75 Peso für brachliegenden Hektar Boden) und Sozialversicherung (60 Peso an die *granja urbana*) zahlen. Statt reich zu werden – für viele der neuen, privatwirtschaftlich produzierenden LandwirtInnen in Kuba durchaus ein Ansporn – hoffen sie darauf, mit ihrem nimmermüden Einsatz ein Projekt zum Wohl der Gemeinde anstoßen zu können. Um es sobald wie möglich in jüngere Hände zu legen. Auch wenn die noch nicht in Sicht sind.

Städtische Landwirtschaft auf Kuba

Organopónicos und *huertos intensivos* sind zwei ähnliche Organisationsformen der städtischen Landwirtschaft auf Kuba. *Orga-*

nopónicos werden auf unproduktiven, vorzugsweise ebenen Flächen angelegt, in räumlicher Nähe zu den AbnehmerInnen, um Transporte zu vermeiden. Es handelt sich um Hochbeete, die mit verschiedenen Materialien eingefasst und mit einem Substrat aufgefüllt werden, das aus einer Mischung aus organischer Substanz, Erde und anderen Materialien hergestellt wird.

Die *huertos intensivos* sind Gemüsegärten, die auf freiem Feld errichtet werden. Voraussetzung sind fruchtbare Böden, die Entbeziehungsweise Bewässerung sowie eine gute Belüftung ermöglichen. Die Beete werden im vorhandenen Boden ohne Einfassungen angelegt und mit organischem Material angereichert. Die privaten ProduzentInnen dieser *organopónicos* und *huertos intensivos* sind in der *granja urbana* zusammengeschlossen. An diese städtische Farm müssen sie beispielsweise ihre Sozialversicherung bezahlen. Weiterhin wird versucht, die städtische Landwirtschaft im Rahmen der angestrebten Selbstversorgung der Gemeinden in Hausgarten und auf kleinen, privaten hausnahen Grundstücken zu fördern. Allen Organisationsformen gemein ist die nachhaltige, ökologische Produktion von Lebensmitteln, das heißt unter anderem die Verwendung von organischem und Wurmkompost sowie ein integrierter Pflanzenschutz (Einsatz von Barriere- und schädlingsbekämpfenden Pflanzen statt chemischen Substanzen). In Santa Clara, einer Stadt im geografischen Zentrum Kubas mit 201.087 EinwohnerInnen und einer Fläche von 40,6 Quadratkilometern, gibt es 85 *organopónicos* und 72 *huertos intensivos*; im Bezirk Condado Sur (20.610 EinwohnerInnen) hingegen vier *organopónicos* und vier *huertos intensivos*.

Den Beitrag verfasste Ralf Ohm.

Instandbesetzte Betriebe in Argentinien: Keimzellen einer solidarischen Ökonomie oder doch nur Arbeitsplatzerhalt?

Das Hotel B.A.U.E.N¹⁰ liegt im Zentrum von Buenos Aires. Bei unserem Besuch im April 2011 führt uns Fabian durch den Empfangsraum, die Bibliothek, das große Auditorium und die Salons. Auf den ersten Blick nichts Besonderes. Doch: das zwanzigstöckige Hotel mit seinen 500 Betten wird als selbstverwaltete Arbeitskooperative geführt. Als Luxushotel 1978 zur Fußball-WM entstanden, wurde es in 2001 wegen der Insolvenz des Besitzers geschlossen; 80 Beschäftigte standen auf der Strasse. Die Betroffenen erfuhren große Solidarität, als sie zur Verteidigung ihrer Arbeitsplätze auf die Straße gingen, später den Betrieb besetzten und ihn seit 2003 mit einer wachsenden Anzahl von Beschäftigten als selbstverwaltete Kooperative weiterführten. Arminda Palacios erinnert sich¹¹: „Wir führten eine Versammlung durch in der ebenfalls besetzten Druckerei Chilavert. Als wir den Plan fassten, war klar, wir mussten schnell handeln, sonst hätte der

10 = Buenos Aires Una Empresa Nacional

11 Ausschnitt aus einem Film über die Besetzung aus www.agoratv.org



Besitzer die Polizei geholt. So aßen wir alle bei einer Kollegin, die in der Nähe des Hotels wohnte, und übernachteten dort, um am nächsten Morgen gemeinsam schnell vor Ort zu sein. Es gab da nur ein kleines Schloss, das wir öffneten, dann gingen wir rein. Es gab sogar noch Strom. Dann haben wir ein Schild gemacht: „BAUEN ist besetzt“ und die Arbeit verteilt“. Am Anfang fehlte es an allem: Es gab keine KöchIn, keine Lebensmittel, Reinigungsgeräte mussten beschafft, ein Wasserreiniger installiert werden. Bei Geld- und Materialsammlungen auf der Straße zeigte sich, dass es große Solidarität gab, um die Lücken zu füllen. Für Renovierungen und später den Dauerbetrieb wurden viele Hände gebraucht, schnell wuchs die Arbeitskooperative und zählt inzwischen 157 arbeitende Mitglieder.

Marcelo Ruarte: „Wir wollen nicht mehr zum alten Profil des Hotels, einem Symbol der Bourgeoisie zurück. Das Hotel ist jetzt verknüpft mit einem anderen sozialen Sektor. Die Salons, Büros, das Auditorium werden für soziale und politische Veranstaltungen genutzt, für Stadtteil-Konferenzen oder für Solidaritätsveranstaltungen für andere besetzte Betriebe. (...). Wir fordern unsere Rechte und finden unsere Würde, indem wir uns jeden Tag gemeinsam in der Arbeit erleben.“

Es gibt in Argentinien etwa 250 Betriebe mit ca 20.000 Beschäftigten¹² in Selbstverwaltung der Arbeitenden, darunter Schlachthöfe, Textilbetriebe, Metallverarbeitung, grafische Betriebe, Nahrungsmittelproduktion und andere Bereiche. Die meisten dieser Betriebe sind 2001/02 während der Staatskrise entstanden, nachdem die Besitzenden insolvent wurden, ihr Geld abzogen oder den Betrieb schließen wollten. Solche Betriebe heißen in Argentinien meist *empresa recuperada*, was sich am besten mit instandbesetzt übersetzen lässt. 73 % dieser selbstverwalteten Betriebe entstanden durch eine Besetzung und 50 % haben in den letzten Jahren eine juristische oder polizeiliche Sanktion bis hin zur mehrmaligen Räumung erlitten¹³. Durchschnittlich war jeder Betrieb seit der Übernahme etwa 150 Tage stillgelegt. Meist wird die volle Kapazität noch nicht ausgeschöpft, nur 7 % schöpfen mehr als 80 % ihrer Kapazität aus. Das liegt wesentlich an erschwerten Marktzugängen, an der Rohstoffbelieferung und an der Maschinenqualität, Faktoren, die die Kooperativenmitglieder mangels Reserven mit persönlichen Ersparnissen angehen.

In vielen Fällen gab es gerade in den ersten Jahren heftige Auseinandersetzungen. So überzogen die ehemaligen BesitzerInnen oder ihre Gläubiger die Betriebe mit Klagen oder ließen gar polizeilich räumen, was aber meist zur Wiederbesetzung führte. Die heute weiter stark wachsende Anzahl der selbstverwalteten Kooperativen zeigt, dass die Weiterführung eine wichtige Option für die ArbeiterInnen ist, um ihre Einkommen zu verteidigen, aber auch um neue Formen von Eigentum, von Entscheidungsfindung und Beziehungen zum Markt und sozialen Umfeld zu erproben.

Staat oder Kooperativen, Arbeiterkontrolle oder klassische Betriebsführung

Durch die Bewegung zieht sich seit Anfang eine grundsätzliche Diskussion. Welche rechtliche und politische Strategie sollen die instand besetzten Fabriken verfolgen? Der weitestgehende Vorschlag bestand in der Übernahme der Betriebe durch den Staat, ohne die Rechtsform einer Kooperative zu bilden, wobei die ArbeiterInnen durch den Staat bezahlt

12 MNFRT, Juni 2011; nach anderer Quelle waren es im Oktober 2010 205 Betriebe mit 9362 ArbeiterInnen

13 Autogestion, PAGINA12, 24.10.2010 (suplemento)

werden, aber sie die Geschäftsleitung und die Produktion kontrollieren. Nur wenige Arbeiterkollektive wie das der Keramikfabrik Zanon halten diese Forderung heute noch aufrecht.

Im Gegensatz dazu hat sich die Mehrheit entschieden Kooperativen zu bilden. Damit werden die Führungsaufgaben nicht an Instanzen außerhalb des Arbeitskollektivs delegiert, sondern selbst alle Verantwortlichkeiten und Risiken bis hin zur Vermarktung der Produkte übernommen.

Aber auch innerhalb der Kooperativen gibt es eine große Bandbreite. Dem pragmatischen Teil geht es hauptsächlich um die Absicherung der Betriebe in Eigentum der ArbeiterInnen, die dann möglichst ohne Experimente traditionell hierarchisch geführt werden. Er wird repräsentiert durch Luis Caro, Rechtsanwalt, Mitglied der perronistischen Partei und Präsident des *movimiento nacional de fabricas recuperadas por los trabajadores* (MNFRT).

Ein anderer Teil, wie die Arbeitskollektive in der Fabrik ZANON, der Druckerei Chilavert oder im Hotel B.A.U.E.N., setzen ihre VorarbeiterInnen ab und stellen die klassisch fordristische Arbeitsorganisation in Frage. 88 % der instand besetzten Betriebe führen regelmässige Versammlungen durch, davon die Hälfte sogar wöchentlich, auf denen wichtige Entscheidungen gemeinsam diskutiert und getroffen werden. 73 % verteilen die Erlöse gleichmäßig an die Mitglieder, was bei gleicher Arbeitszeit einem Einheitslohn entspricht¹⁴. Die Angestellten im Hotel B.A.U.E.N. hatten vorher keine gewerkschaftliche Erfahrung; sie bildeten jetzt eine vierköpfige Verwaltungsjunta, die im Auftrag der monatlichen Vollversammlung handelt und alle zwei Jahre wechselt. Auf gleiche Weise rotiert auch der sogenannte „Sektorverantwortliche“ – sonst eine klassisch hierarchische Funktion in Hotels – aufgrund der Wünsche und Fähigkeiten der Mitglieder und nach Entscheidung der Mitgliederversammlung. Auch hier gibt es Einheitslöhne, mit einem „Kampfaufschlag“ für die BesetzerInnen der ersten Stunde, die ja im Entstehungsjahr gratis gearbeitet hatten.

Solche positiven Erfahrungen im Kampf um die Selbstverwaltung im B.A.U.E.N., aus der breiten Solidarität von sozialen und politischen Gruppen und Menschenrechtsorganisationen, will die *Federacion Argentina de Cooperativas de Trabajadores Autogestionados* (Dachverband der selbstverwalteten Arbeitskooperativen; FACTA) weiterverbreiten. FACTA hat

in Ablehnung des vorherrschenden Unternehmensmodells ein eigenes Aktionsprogramm zur Unterstützung seiner zur Zeit 65 Mitgliederkooperativen aufgestellt; es beinhaltet folgende Maßnahmen:

- Enteignung aller Produktionseinheiten, die keine Löhne mehr zahlen, und Übereignung an die ArbeiterInnen, die den Betrieb als Kooperative fortführen wollen
- Abtretung von Hypotheken und Krediten an die instandbesetzten Kooperativen
- Schaffung eines Rotationsfonds für den Kooperativensektor, der von Staat, Banken und Kooperativen gemeinsam verwaltet wird
- Priorisierung von Produkten der Arbeitskooperativen im öffentlichen Beschaffungswesen
- staatliche Unterstützung bei der Bildung eines Rentenfonds
- Informationsnetze und -medien zur Verbreiterung der praktischen Erfahrungen der Kooperativen
- soziale, politische und methodisch-technische Ausbildung der ArbeiterInnen, die „Kunst der Selbstverwaltung“ (Einkauf, Verkauf, Kosten)

Zum Zeitpunkt der Betriebsbesetzungen hatte die Politik zeitweise ihre Legitimation verloren. Im Zuge eines allgemeinen Aufstandes traten mehrere Regierungen zurück und es entstand ein Machtvakuum. Zwar gab es anfangs unter dem Druck der ehemaligen BesitzerInnen einige Räumungen von besetzten Betrieben, doch angesichts des großen Rückhalts in der Bevölkerung erwies sich die repressive Methode als nicht sehr erfolgreich. Zudem sicherten die Betriebsfortführungen ja auch Einkommen und Wirtschaftskraft in einer Phase, in der dies die UnternehmerInnen nicht mehr garantierten. Mit Hilfe des Konkursgesetz von 2002 konnten die Betriebe „vorübergehend“ enteignet und bis zur endgültigen Abwicklung einer Arbeitskooperative übertragen werden. In einem Zeitraum von zwei Jahren sollten die ArbeiterInnen den Betrieb wieder flott kriegen, um ihn anschließend zu kaufen. Später wurden auch „endgültige Enteignungen“ auf den Weg gebracht, wobei die ArbeiterInnen nach einer Schonfrist den Betrieb innerhalb von 20 Jahren abbezahlen sollten. Inzwischen sind alle Besetzungen in irgendeiner Form legalisiert. Mit dem neuen Konkursgesetz vom Juni 2011 werden die Rechte der ArbeiterInnen entscheidend

14 vgl. autogestion, a.a.o.



verbessert: so müssen sie sich nicht in der Rechtsform einer Kooperative organisieren, sie können ein Angebot unterbreiten und alle nicht gezahlten Löhne der ArbeiterInnen werden als ihr Guthaben anerkannt.

Beziehungen zum und im Stadtteil

Die meisten Betriebsbesetzungen sind 2002 erfolgt. Während der Staatskrise in Argentinien blockierten die als *piqueteros* organisierten Arbeitslosen die Straßen und organisierten die als *asambleas populares* benannten Stadtteilversammlungen ihr Leben mit gemeinschaftlichen Einkäufen, Tauschhandel und der Einrichtung von Volksküchen und kleinen Produktionszentren. Ein interessanter Punkt sind die Verbindungen zwischen den Initiativen. Die *asambleas* und die *piqueteros* schließen sich mit selbstverwalteten Fabriken zusammen, um Produkte zu tauschen, sehen aber auch in den Betrieben eine Perspektive gegen ihren Niedergang.¹⁵ Bei der Ver-

marktung gehen die Betriebe davon aus, dass der/die KonsumentIn der/die beste Verbündete ist. Deshalb appellieren sie an die Nachbarschaftsversammlungen und andere Teile der Bewegung, auf einen „bewussten Konsum“ umzustellen. Sie stützen sich aber auch auf die Kommunen und versuchen, Krankenhäuser und Schulen zu beliefern. Die Beispiele selbstverwalteter Produktion gehen über die Fabriktore hinaus und breiten sich tendenziell aus, wie z. B. bei Nachbarschaftsversammlungen, die eine leer stehende Kneipe besetzten und dort eine Volksküche einrichteten, selbst Brot backen und an Volksküchen und BewohnerInnen des Stadtteils verkaufen. So arbeiten Stadtteilversammlungen und instandbesetzte Betriebe zwar von verschiedenen Ausgangspunkten, aber aufeinander zu. Die soziale Beziehung der Unternehmen zum Stadtteil und umgekehrt spielt eine ganz andere Rolle als bei kapitalistischen Unternehmungen. Ein gutes Drittel bietet heute eine offene Tür für kulturelle, bildende oder politische Aktivitäten, 30 % der Betriebe spenden für politisch-soziale Aktivitäten und ein Viertel arbeitet mit Stadtteilorganisationen zusammen.

Beim Hotel B.A.U.E.N. erfuhren die ArbeiterInnen große öffentliche Unterstützung im Moment der Besetzung, später bei der juristischen Auseinandersetzung um die Enteignung und schließlich auch durch die wirtschaftliche Kooperation mit anderen selbstverwalteten Betrieben. Umgekehrt bietet das Hotel jetzt Bars, Salons, Bibliothek und Auditorium für öffentliche Veranstaltungen, soziale oder kulturelle Aktivitäten. Wenn die ArbeiterInnen der besetzten Keramikfabrik ZANON nach Buenos Aires kommen, übernachten sie im B.A.U.E.N. Seit Anbeginn steht für die ArbeiterInnen fest, das sie das Hotel nicht als „eigenen kommerziellen Luxus“ erobert haben, sondern als Klasse, die die Solidarität in die Gemeinschaft zurückgibt. Auch die instandbesetzte Druckerei Chilavert in Buenos Aires ist nach 10 Jahren Selbstverwaltung mehr als eine Druckerei: „Wir wollten von Anfang an eine offene Fabrik, mit offenen Türen. Sie soll nicht nur uns Gewinn bringen, sondern ein Gewinn für alle ArbeiterInnen sein“. Der erste Stock wurde zu einem Kulturzentrum ausgebaut, in dem Ausstellungen, Diskussions-, Film- und Musikveranstaltungen stattfinden. Zusammen mit Leuten von der Universität wird ein Dokumentationszentrum zu *empresas recuperadas* betrieben. Im Pausenraum können Leute aus dem Stadtteil ihren Schulabschluss nachholen. Jugendliche lernen als PraktikantInnen Druck und Bindung, aber auch vieles über Selbstorganisationsprozesse.

15 Colectivo Situaciones (Hrsg.): Que se vayan todos! Krise und Widerstand in Argentinien. Berlin 2003

Solidarische Ökonomie

In der Kritik am traditionellen Peronismus und der staatstragenden Gewerkschaftsbund CGT entstand seit Anfang der 90er Jahre durch Abspaltungen vom CGT eine neue Einheitsgewerkschaft CTA¹⁶, die das Selbstverwaltungskollektiv als ihre organisatorische Basis versteht. Danach sind die ArbeiterInnen auch ArbeiterInnen, wenn sie nicht in Abhängigkeit zu einer UnternehmerIn stehen sondern in einer Beziehung zu ihrer Position als BürgerIn. In diesem Sinne entwickeln sie auch eine nationale Politik. Aus diesem Ausgangspunkt entsteht eine wichtige Diskussion im Kollektiv, zwischen den Kollektiven und in der Beziehung zur Gesellschaft: In welchem Maße kehrt die Kooperative, nachdem die Besetzung erfolgt, der Widerstand aufgebaut und die effiziente Produktion gestartet ist, zu einer Logik als kapitalistisches Unternehmen zurück? Dies wäre ein Rückschritt, nachdem neue Formen der Solidarität und der Verteilung begonnen wurden. Diese könnten fortgesetzt werden zu regionalen Produktionsketten von unabhängigen Kooperativen, wie die Belieferung von Möbeln oder von Keramik aus dem Kooperativenbereich für das Hotel B.A.U.E.N.. Wenn sich diese Austauschbeziehungen stabilisieren, könnten auch die Einkünfte gleichmäßig auf die Mitglieder aller Einheiten verteilt werden.

Entscheidend ist auch, welche Position der Staat gegenüber dem Selbstverwaltungssektor einschlägt, um die soziale Ökonomie zu einem wichtigen produktiven Sektor zu entwickeln. So schlägt die ANTA¹⁷ eine nationale Förderung der Wirtschaftsaktivitäten des Arbeitsselbstverwaltungssektor vor. Diese beinhaltet Projekte wie

- Erfüllung von Grundbedürfnissen im Wohnen und im Ernährungsbereich
- Belieferung der Industrie und der öffentlichen Hand mit Dienstleistungen und Güter
- Substitution von Importen
- Entwicklung neuer Produkte in strategischen Bereichen von sozialem Interesse, wo das private Kapital nicht investiert bzw nicht investieren soll

16 Central de los Trabajadores Argentinos

17 Asociación Nacional de Trabajadores Autogestionados, Teil der CTA

- finanzielle Förderung und technische Hilfe für Selbstverwaltungsprojekte
- Subventionen in Energie- und Brennstoffversorgung.

Im April 2011 besuchten wir das Hotel B.A.U.E.N. Und konnten auch ein Interview mit Jorge Bevilacqua, dem Präsidenten von FACTA führen.

Wir haben auf dieser Lateinamerika-Reise viele Kooperativen kennengelernt. Zielsetzung ist nicht, Lösungen stellvertretend zu entwickeln, sondern die Betroffenen müssen sich dabei selbst organisieren. Welches quantitative und qualitative Gewicht kann der selbstverwaltete Sektor, können die besetzten Betriebe in Argentinien spielen?

Ökonomisch gesehen hat er nur ein symbolisches Gewicht, politisch hat er große Strahlkraft als ein Beispiel. Mehr oder weniger beweisen wir dass es ohne UnternehmerInnen geht. Wie ihr beim Hotel B.A.U.E.N. gesehen habt, können dabei neue Probleme auftauchen. Bis zum Tag, an dem wir mit anderen Unternehmen auf dem kapitalistischen Markt konkurrieren können, ist noch ein weiter Weg. In Punkt Marketing und kapitalistische Rendite sind wir „weniger“ entwickelt.

Diese Suche der Betriebe nach Märkten ist eine Aufgabe, die die Föderation FACTA übernommen hat. Ist sie als Kooperativismus zweiten Grades ein Dienstleister für die Kooperativen?

Ja. Wir haben solidarische Ketten gebildet. In Mendoza haben wir eine Kooperative, die Tomaten produziert. Die Tomaten werden jetzt so verkauft, dass sie einen Vorteil für KäuferInnen und VerkäuferInnen bringen. Saisonal bedingt sind die Tomaten mal sehr teuer und mal sehr billig. Wir vereinbaren Austauschbeziehungen, die unabhängig vom Klima oder der Marktlage stabil und solidarisch sind, die BäuerInnenkooperative erhält ihren festen Preis für die Tomaten, auch wenn der Marktpreis niedriger wäre, und die Fabrik braucht nur den vereinbarten Preis zu zahlen, auch wenn der Marktpreis teurer wäre. Das machen wir auch zwischen Textilbetrieben und GarnproduzentInnen. Wir organisieren solidarischen Handel in den Produktionsketten, in einem einfachen Stadium.



Unterstützt die Regierung die besetzten Betriebe?

Es gibt keine entschiedene Politik zu unseren Gunsten, wohl aber gewisse Unterstützung für unseren Weiterbetrieb. Für Entwicklungsschritte setzt die Regierung eher auf den kapitalistischen Sektor. Da müssen wir selbst für eigene Märkte, aber auch für Effizienz sorgen. Es gibt aber auch ein kulturelles Problem. Am Anfang waren die ArbeiterInnen nicht vorbereitet auf den Kooperativismus. Es gibt ja auch einen Unterschied zwischen dem „formalen“ Kooperativismus und der echten Selbstverwaltung. Am Anfang haben die ArbeiterInnen den Betrieb aus purer Notwendigkeit besetzt, um ihre Einkommen abzusichern. Dies ist ein Prozess. Alles hat damit angefangen, dass AktivistInnen bei den Betriebsbesetzungen die Richtung bestimmt haben. Wir hatten in unserem Land zu Beginn des 20. Jahrhundert eine revolutionäre Gewerkschaftsbewegung mit AnarchistInnen, KommunistInnen und SozialistInnen, welche Versammlungen als kollektive Orte der Entscheidungen propagiert hatten. Dann kam der Peronismus mit einem Modell der Stellvertreterdemokratie, indem die Repräsentation an Gewerkschaftsvertreter delgiert wurde. Je nachdem

welche dieser historischen Richtung die KollegInnen in den besetzten Betrieben vertraten, wurde unterschiedlich vorgegangen.

Die ArbeiterInnen, die einen Betrieb besetzen sind nicht von Beginn an revolutionär per se, sie tun dies aus purer Notwendigkeit, sie brauchen Arbeit, deshalb besetzen sie den Betrieb. Zuerst also suchen sie eine/n InvestorIn, damit die Fabrik weiter fortbesteht.

Wenn diese Alternative wegfällt, kommt die kooperative Verwaltung in den Blick. Das ist eine Herausforderung: zuerst das Modell des/ der FabrikdirktorIn kopieren, also die Funktion des Patrons durch eine andere Person ersetzen. Dann ist es die Kooperativenversammlung, die die exekutiven Funktionen delegiert. Bis die Versammlung diese Funktion wirklich selbst ausübt, ist ein längerer Prozess. Den schlagen wir ein, mal nach vorne, mal zurück.

Konkret funktioniert das dann zum Beispiel hier im Hotel B.A.U.E.N. so: Die Versammlung entscheidet über die allgemeine Betriebspolitik, sie findet einmal monatlich statt. Hier werden alle wichtigen Informationen ausgetauscht und Entscheidungen getroffen. Die ArbeiterInnen haben häufig ein unterschiedliches Ausbildungs-Niveau, einige sind AnalphabetInnen. Manche Sektoren sind direkt mit der Gelderwirtschaftung verbunden, andere sind mehr im Verwaltungs- oder Servicebereich tätig. Das ist ein komplexer Prozess, jeder/m ein würdiges Gehalt zahlen und gleichzeitig die Kollektivverwaltung zu entwickeln.

Die Vollversammlung entscheidet auch über die Löhne, über Investitionen, über Kredite?

Ja, da gibt es noch den Verwaltungsrat, der Entscheidungen vorbereitet, die aber von der Versammlung getragen werden müssen. Alle ArbeiterInnen sind jetzt Kooperativenmitglieder. Im Hotel B.A.U.E.N. haben anfangs 13 Angestellte den Betrieb besetzt. Das Hotel wurde vom Besitzer verlassen, weil er die Staatskredite nicht zurückzahlen wollte. Sie haben dann die Cafeteria betrieben und konnten sich so ein Einkommen schaffen. Dort sind dann viele Linke hingekommen und haben mitgeholfen, den Betrieb auszuweiten.

Wir haben verstanden, dass fast alle Betriebe nach der Besetzung unmittelbar wieder angefangen haben, zu produzieren, und dass der Staat die

Bürgschaft als formaler Eigentümer übernommen hat. Am Anfang während der Krisenjahre 2002/2003 hatte der Staat sicher ein politisches und wirtschaftliches Interesse die Existenz der Betriebe und dadurch der Absicherung der Arbeitsplätze durch Subventionen?

Am Anfang konnte der Staat nichts machen, denn es gab nicht nur den betrieblichen Konflikt, das ganze Land war bankrott. Wir stellen auch keine Forderungen an den Staat, außer, dass er uns durch Marktzugänge im Wettbewerb unterstützt. Stattdessen müssen wir uns selbst qualifizieren, in Produktionsplanung, in Organisation, in Information, das fällt uns schwer. Wir haben nicht die Kultur der Selbstverwaltung, wir sind als ArbeiterInnen sozialisiert wurden, wir sind Kinder, Enkel, Neffen von ArbeiterInnen. Die UnternehmerInnen sind Kinder, Neffen von UnternehmerInnen, sie beherrschen die Kultur der Administration, des Verhandelns, des Geschäfts von der Wiege an. Wir stehen also vor der Herausforderung, unsere eigene Arbeitskraft zu organisieren; es fällt uns schwer ökonomisch zu denken und darüber hinaus auch noch ökonomisch in einer alternativen Art und Weise, wir müssen also gleichzeitig kreativ und effizient sein, nach den Regeln des Marktes und gleichzeitig in anderen Arbeitsstrukturen.

Dafür sind verschiedene Dinge gleichzeitig nötig: den Geist der Selbstverwaltung, die Aneignung der notwendigen Fähigkeiten und Freiräume zum Lernen neben der Arbeitszeit.

Mit den besetzten Betrieben stehen wir in einer prekären Situation: Wir haben nur unsere Fähigkeit, zu arbeiten. Es fehlt an allem: an Kapital, an Arbeitsmitteln. Wir müssen Hilfsmittel, Arbeitsmittel selbst kaufen, die Arbeitsdisziplin verbessern, alles während wir arbeiten zum Überleben. Es gibt neue experimentelle Formen, deren Erfolg man erst langfristig erkennen wird. Wir sind sehr optimistisch, dass wir unser Hauptziel, die Unternehmen am Leben zu halten und zu entwickeln, erreichen, mit der Vision einer zukünftigen neuen Gesellschaft ohne Ausbeutung.

Wer sind eure Verbündeten?

Wir haben eine Konföderation CNT (confederacion nacional de trabajadores), darin sind 21 Föderationen zusammengeschlossen, die aus ver-

schiedenen Erfahrungen und verschiedenen Zeiträumen herrühren. Einige kommen aus der Zeit vor der Krise 2001. Die *Federación de Cooperativas de Trabajo de la República Argentina* (FECOOTRA) existiert schon 30 Jahre, sie besteht aus Betrieben die schon vor der Zeit von Peron existierten, vom Staat aufgegeben und von den ArbeiterInnen besetzt worden sind. Die ältesten sind COPTA und Cita. In der CNT gibt es Kooperativen der Regierung, wie im Bau, diese werden regional oder nach Branchen zusammengefasst. Die einzige Föderation auf nationaler Ebene in der CNT ist unsere, die FACTA. Und wir betonen, dass wir nicht irgendwelche Kooperativen sind, sondern selbstverwaltete. Dieser Kampf ist aber noch nicht gewonnen. In den Parteien, im Parlament, haben wir generell Verbündete bei den Linken. Die unterstützen uns zwar nicht in direkten Konflikten, aber in unseren Forderungen z. B. nach Enteignung zugunsten der Kooperative.

In Brasilien und Argentinien spricht man von der solidarischen Ökonomie. In Brasilien erhalten sie mehr staatliche Unterstützung und sind radikaler, sie haben dort eine längere Geschichte in der Selbstverwaltung. In Argentinien war es anfangs mehr eine kleinbürgerliche Bewegung, die sich zu Unternehmen entwickelt. Die Landlosenbewegung in Brasilien war immer viel radikaler. Sie knüpften direkt an Notwendigkeiten der Bevölkerung an, sind Teil einer Volksbewegung, so wie jetzt auch in Argentinien. Heute ist die Kooperative dauerhafter angelegt, man denkt dran, ob man auch den Bruder, die Familie, die Söhne integrieren kann. Damit gewinnt die Idee an Dauerhaftigkeit, man denkt nicht mehr nur an sich, sondern an seine Familie, da ja kein wirklicher Arbeitsmarkt mehr existiert. Wenn wir hiermit eine andauernde Institution gründen, kann die auch in eine andere Gesellschaft reichen.

Ist die Kooperative offen für neue Mitglieder?

Das entscheidet der Rat, der akzeptiert das Votum der Versammlung. Die Kooperativen sind grundsätzlich offen für neue Mitglieder, sie wurden schließlich gegründet, um Arbeit anzubieten, nicht um Kapital zu akkumulieren. Haben wir Überschüsse, können wir diese investieren oder Arbeit schaffen. Über neue Mitglieder entscheidet die Versammlung auf Vorschlag des Rates.

Das Interview führte Klaus Hess.

Literatur

Alix Arnold:

...übernehmen wir dann selber die Fabriken?
Selbstverwaltete Betriebe in Argentinien,
ila 300

ders: Grenzüberschreitungen.

Chilavert, Buenos Aires:
Große Pläne in der kleinen Druckerei,
ila 308

Besetzte Fabriken in Argentinien –

Bewegung gegen das Kapital oder Selbstverwaltung
des kapitalistischen Elends,
wildcat 70

Jorge Luis Bevilacqua:

Gestion Colectiva y Poder Popular
Selbstverständnis FACTA: Von der Besetzung zur Organisierung
-> http://www.factautogestion.com.ar/index.php?option=com_content&view=article&id=103&Itemid=166

13.4.2011: modificacion de la ley de quiebras

-> <http://www.factautogestion.com.ar/>

Mitgliedskooperativen in FACTA

-> http://www.factautogestion.com.ar/index.php?option=com_content&view=article&id=105&Itemid=168

Steiniger Weg Lokale Autonomie in Bolivien

Das Ziel der Ausarbeitung einer neuen Verfassung in Bolivien war kein geringeres, als die Republik „neu zu gründen“ und der indigenen Bevölkerungsmehrheit zur Anerkennung ihrer Rechte zu verhelfen. In der 2009 verabschiedeten Verfassung wird Bolivien als plurinationaler und kommunitärer Sozial-, Rechts- und Einheitsstaat definiert, frei, unabhängig, souverän, demokatisch, interkulturell, dezentralisiert und mit Autonomien. Das Prinzip der Autonomien taucht schon im ersten Artikel der Verfassung auf und wird immer wieder aufgegriffen, vor allem zur Begründung der Selbstbestimmung und Selbstverwaltung der indigenen bäuerlichen Nationen und Völker, die bereits vor der Kolonialisierung existiert haben und nun das Recht auf Anerkennung ihrer Kultur und ihrer Institutionen sowie auf Konsolidierung ihrer Territorien erlangen. Autonomie ist also nicht nur darauf beschränkt, die bestehenden Departments sowie Regionen und *Municipios* im Sinne eines weitergehenden Föderalismus mit mehr Kompetenzen auszustatten (dies wird im Rahmengesetz über Autonomie und Dezentralisierung geregelt) sondern bezieht sich vor allem auf die Selbstorganisation der indigenen Völker in ihren angestammten Territorien. Die Autonomie



der indigenen bäuerlichen Bevölkerung umfasst auch eigene Autoritäten und kulturelle Werte sowie eine eigene indigene Rechtsprechung.

Die neue bolivianische Verfassung benutzt statt des Begriffes „indigene Völker“ nun „*naciones y pueblos indigena originario campesino*“, der für alle Gemeinschaften angewandt wird, die bereits vorkolonial (1492) existierten, auch wenn etliche von ihnen es vorziehen, sich aus historischen, politischen oder ideologischen Gründen nur indigen oder *originario* oder kleinbäuerlich zu nennen.

Indigene Autonomie ist eine Form von sub-nationaler autonomer Regierung, die die Verfassung anerkennt und sich auf Grund der Willensäußerung der lokalen Bevölkerung in indigenen Territorien und Kommunen etabliert. In Bezug auf indigene Rechte bedeutet sie die Durchsetzung des Rechtes auf Eigen-Regierung und freie Selbstbestimmung der Völker. **Munizipale Autonomie** hingegen ist ein Status, der im Rahmen der staatlichen Dezentralisierung seit 1994 erlangt wird, und der den *Municipios* weitgehende Kompetenzen und Anteile an den staatlichen Einnahmen zuspricht.

Der aktuell in Umsetzung befindliche Prozess einiger indigener Gemeinden zum indigenen Autonomiestatus findet zwar meist in ländlichen Regionen statt. Wir haben uns entschlossen, dieses spannende Thema dennoch in diesen Band aufzunehmen, weil verschiedene Fragen der gemeinwohlorientierten Selbstorganisierung auch hier berührt werden und Anstöße geben können. Dazu gehört z. B., dass Gemeinschaften eigene Organe bilden können oder eigene Regeln des Zusammenlebens, der Entscheidung und Rechtssprechung entwickeln können, die nicht vom Staat definiert werden, aber in der Verfassung garantiert sind. Auch die Tolerierung der Verschiedenheit der Organisationssysteme ist ein wichtiger Aspekt, also wie Menschen unterschiedlicher Kulturen auf einem Raum leben können.

Paulino Guarachi ist Mitarbeiter der Fundacion Tierra in Bolivien, die mit indigenen Gemeinschaften zusammenarbeitet, um sie bei der Umsetzung ihrer Rechte zu unterstützen. Aktuell begleitet er elf *Municipios* bei dem Prozess zu Erlangung des Status „indigene Autonomie“.

Wie begann der Prozess der indigenen Autonomie in Bolivien, die in der neuen Verfassung festgelegt ist?

Ende 2006 fand gleichzeitig mit der Verabschiedung des Gesetzes zur Einberufung der Verfassungsgebenden Versammlung die Einberufung für die Autonomie der Provinzen statt. Es gibt 2 Prozesse: den Dezentralisierungsprozess, der bereits 1994 begann und aus dem autonome *Municipios* hervorgingen, die bereits recht umfassende Kompetenzen haben und auch Gelder aus dem staatlichen Haushalt erhalten, also an den Staats-einnahmen teilhaben. Diese *Municipios* haben die munizipale Autonomie, dafür brauchen sie nun keinen einzigen zusätzlichen Verwaltungsschritt zu gehen. Nur eine Satzung, die durch ein Referendum beschlossen werden muss, und sie sind auch weiterhin als autonomes *Municipio* anerkannt. Das können sie jetzt gleich machen oder in drei bis vier Jahren.

Der zweite Prozess ist der der indigenen Autonomie. Als die Verfassungsgebende Versammlung 2006 anfing, zu tagen, wurde diskutiert, was unter indigener Autonomie und regionaler Autonomie zu verstehen sei, wobei regionale Autonomie eher in dem Rahmen der Dezentralisierung gehört. Z. B. hat die Provinz Gran Chaco de Tarija als einzige erreicht, dass

sie gleichzeitig mit der Verabschiedung der neuen Verfassung als autonome Region anerkannt wurde. Inzwischen haben alle neun Provinzen den Weg der regionalen Autonomie eingeschlagen. Einige im Osten, wie Santa Cruz und Benin, hatten ihre Statuten als autonome Regionen bereits entworfen, bevor die Verfassung selbst und das Rahmengesetz über die Autonomie verabschiedet waren.

Wie funktioniert dieser Prozess, indigenes Autonomiegebiet zu werden?

Es gibt zwei Ausgangssituationen. Erstens: Die Gemeinschaft ist bereits als kollektives indigenes Territorium anerkannt. Dann muss sie einige Bedingungen erfüllen: Sie müssen nachweisen, dass sie mehr als 4.000 EinwohnerInnen haben, wenn sie nahe der Grenze wohnen, und 10.000 im Landesinneren und sie müssen ein großes Gebiet haben, sowie die vom Ministerium für Autonomie festgestellte Fähigkeit, öffentliche Gelder zu verwalten.

Zweitens: Die *Municipios*, die jetzt existieren, verwandeln sich in indigene Autonomiegebiete. Dafür müssen sie fünf Schritte durchlaufen. Erstens: Sie müssen eine indigene Bevölkerungsmehrheit haben, die sich auf ihren Versammlungen dafür ausspricht, indigenes Autonomiegebiet zu werden, und auch die Stadträte müssen sich dafür aussprechen. Zweitens müssen sie nachweisen, dass sie öffentliche Gelder verwalten können. Drittens muss ihnen das Ministerium der Autonomiegebiete ein Zertifikat ausstellen, dass die Bevölkerung eine indigene Tradition aufweist. Dafür benötigt es Veröffentlichungen von HistorikerInnen und AnthropologInnen.

Danach müssen 30 % der Wahlberechtigten durch ihre Unterschrift auf einer Liste mit ihren Namen, Anschrift und Beruf bestätigen, dass sie sich dafür aussprechen, dass diese Region indigenes Autonomiegebiet wird. Mit dieser Liste wird das Wahlgericht gebeten, ein Referendum einzuberufen, um indigenes Autonomiegebiet zu werden. Die Durchführung des Referendums ist der 5. Schritt. In den elf *Municipios*, die diesen Weg bislang eingeschlagen haben, haben weniger als 10 % der Wahlberechtigten unterschrieben, damals waren die Bestimmungen noch anders. Inzwischen aber wurde der Prozentsatz erhöht, damit wenige *Municipios* diesen Weg einschlagen können. Im Wahlgesetz sind die Schritte für die Durchführung eines Referendums festgelegt.

In diesen elf *Municipios*¹⁸, die den formellen Weg zur indigenen Autonomie beschreiten, wurde also ein Referendum mit der Frage durchgeführt „Sind Sie einverstanden mit der indigenen Autonomie in Jesus de Machaca?“ Und dann kann die Person „Ja“ oder „Nein“ ankreuzen. In den elf *Municipios* hat das „Ja“ mit mehr als 50 % gewonnen. Die *Municipios* haben durchschnittlich 5000 EinwohnerInnen und sind alle rurale Gemeinschaften.

Wie geht es nach dem Referendum weiter?

Danach wird eine Instanz gegründet, die die Statuten des Autonomiegebietes entwirft. In einigen *Municipios* heißt sie Autonomer Rat (*Consejo Autonomico*), es gibt unterschiedliche Namen. Wichtig ist, dass es eine Gruppe gibt, die nach bestimmten Merkmalen und Verfahren gewählt wurde, in einigen ist z.B. 50 %-Parität zwischen Männern und Frauen als Bedingung bestimmt worden. Oder die Personen müssten bereits vorher Ämter in der Gemeinschaft bekleidet haben, und junge Menschen sollten auch repräsentiert sein. Oder politische Gruppierungen, denen jeweils nur einige in den *Municipios* angehören. Alle wollen politisches Gewicht haben, daher gibt es auch Schwierigkeiten, die Gruppe zusammenzustellen, die die Statuten definieren soll.

Die 50 %ige Beteiligung von Frauen wurde nie erreicht. Oft sind Frauen auf den Listen, aber kommen nicht zu den Versammlungen und arbeiten nicht aktiv mit. Es ist auch im Rahmengesetz erwähnt, dass Frauen 50 % beteiligt sein sollten. Wir versuchen Frauen in eigenen Versammlungen zusammenzurufen, um die maskuline Vision in den Statuten auszugleichen. Wenn du sie so liest, sind sie recht machistisch geschrieben und die Sichtweise von Frauen fehlt. Diese Gruppen bestehen aus 50-100 Personen. In so großen Gruppen ist es natürlich schwer, zu einer Einigung zu kommen. Keine hat bislang die Statuten fertig, vier schaffen es vielleicht bis Ende des Jahres 2011, dann werden sie dem Verfassungsgericht vorgelegt.

18 Diese 11 *Municipios* sind im Department La Paz: Charazani und Jesus de Machaca. In Oruro: Totora Marca, Salinas Garci Mendoza, Chipayas und Pampa Aullagas, in Potosí Chanyanta, in Chuqisaca sind es Huacaya, Mojocoya und Tarabuco, in Santa Cruz Charanga.



Wird das indigene traditionelle Recht mehr Gewicht in den indigenen Autonomiegebieten haben?

Von der Idee her sollen die autonomen Regionen in ihren Statuten festschreiben, welches politische und organisatorische Gewicht die indigenen Völker haben sollen. Da gibt es noch Schwierigkeiten, die Dynamik der indigenen Völker zu verstehen. Welches werden die Rechte auf dieser Ebene sein?

In Santa Cruz und in Benin, die ihre Statuten ja schon hatten, werden sie als Minderheiten (*pueblos en minoría*) bezeichnet, mit viel Entmündigung bezüglich des Ausmaßes an Autonomie, damit sind die indigenen Völker nicht einverstanden.

In La Paz, Potosí und Oruro entstehen gerade erst die ersten Entwürfe für die Statuten der autonomen Provinzen. Da hier die Bevölkerungsmehrheit Aymara ist, und im Süden Quetchua, ist eher gewährleistet, dass die indigenen Rechte in den Statuten der autonomen Provinzen aufgenommen werden.

Wenn mensch aber zwischen den Zeilen liest, wird deutlich, dass die kollektiven indigenen Rechte noch nicht das Gewicht haben, das ihnen zusteht. Es schlägt sich eher in den individuellen Rechten nieder.

Ein anderer Punkt ist: Da die neue Verfassung die indigenen Rechte und Rechtsprechung erwähnt als Teil des Rechtssystems, gab es die Hoffnung, dass dieser Geist sich in dem Gesetz über die Abgrenzung der Rechtssysteme (*Ley de deslinde jurisdiccional*) niederschlägt. Der Hochkommissar und einige Menschenrechtsorganisationen haben Befragungen bei indigenen Völkern durchgeführt, daraus wurde ein Gesetz formuliert, das die indigene Rechtsprechung aufnimmt, um das staatliche Recht auszugleichen. In der Parlamentsdebatte im Mai 2011 wurde dieses Gesetz aber fast auf ein Nichts ausgehöhlt. Sehr wenig indigene Rechte sind enthalten geblieben.

Einige indigene Gemeinden versuchen, sich gegen dieses Gesetz zu wehren und zu erreichen, dass es annulliert wird, oder dass es vom Verfassungsgericht als nicht anwendbar deklariert wird. Von der Regierung aus wird versucht, es durchzusetzen, aber es gibt Widerstand von den indigenen Völkern.

Ist der Prozess mit der Vorlage der Statuten beim Verfassungsgericht abgeschlossen?

Nach der Neuwahl aller Organe der staatlichen Rechtsprechung können die neuen Statuten anerkannt werden.¹⁹ Das Gericht muss einen Spruch abgeben, ob dieses Statut mit der Verfassung übereinstimmt, oder nicht. Dann wird das Statut wiederum einem Referendum unterzogen. Und erst wenn dieses Referendum die Statuten bestätigt, beginnt die formelle indigene Autonomie. Bis dahin befinden sich diese Gemeinden im Übergangsprozess.

Diese Bedingungen verhindern, dass viele den Weg zur indigenen Autonomie gehen oder einschlagen wollen. Wir haben eine Studie über diese Territorien gemacht, wie viele den Status der lokalen Autonomie erlangen könnten: Im Tiefland sind es fünf territorios indigenas. Das heißt wir werden in Zukunft wohl sehr wenige *territorios indigenas* mit indige-

¹⁹ Dies ist mittlerweile geschehen. Mit 80% Wahlbeteiligung wurden im Oktober 2011 in der weltweit ersten Richterwahl per Stimmzettel 56 Spitzenämter in Verfassungsgericht, Obersten Gerichtshof, Verwaltungsgericht sowie Land- und Umwelttribunalen direkt gewählt.



ner Autonomie haben. Auch sehr wenige *Municipios* werden den Weg zur indigenen Autonomie einschlagen.

Gibt es eine Methode oder einen bestimmten Ablauf für die Ausarbeitung der Statuten?

Gemeinsam mit dem *Ministerio de Autonomias* gibt es Organisationen, die die *Municipios* unterstützen und eine Methode entwickelt haben, die eine breite Partizipation gewährleistet. Das macht den Prozess auch langsam. Wenn die Gruppe gewählt ist, die die Statuten formulieren soll, gibt es eine Eröffnungsversammlung, in der sie ein Regelwerk festlegen, wie oft sie sich treffen, wie sie die Vorschläge entgegennehmen, wie die Kommissionen gebildet werden. Es gab keine Vorgaben, kein Schema, wie die Statuten aussehen sollen, und auch die Methode wurde im Prozess entwickelt.

Für die Methode haben wir z. B. den Stern Cruz del Sur genommen, der heißt hier Chakana. Es gibt einen Mythos um dieses Sternbild aus vier Sternen, dass es einem immer Orientierung geben kann. Auf dieser Basis

haben wir die Planungsmethoden entwickelt. Diese vier Quadranten als Fundament, der erste für Prinzipien und Ziele, ein anderer für die Organisationsstruktur und Verwaltung, ein anderer für ökonomische Entwicklung und Produktion, und der vierte menschliche und soziale Entwicklung, Kultur und Bildung. Wir haben gefragt: Welches ist die Vision für jeden einzelnen dieser Quadranten?

Am Ende muss noch festgelegt werden, wie die Statuten wieder verändert werden können. Das ergibt einen Ablauf. Die ersten waren wie klassische Statuten mit einigen Anhängen, die aber keine Kohärenz hatten. Die Struktur der Statuten musste natürlich auch mit dem Ministerium der Autonomiegebiete und mit JuristInnen abgestimmt werden.

Wie ist es in anderen Gebieten, zum Beispiel in den Städten?

In der Stadt fühlen sich die Menschen häufig nicht mehr als Indigenas, sondern als StädterInnen. Vielen scheint es besser, den Status als *Municipio* zu behalten und nicht den Weg zur indigenen Autonomie einzuschlagen. In anderen Regionen wie in Potosí ist es wiederum so, dass die Ayllus indigene Autonomie wollen, der urbane Teil aber nicht. Die MinenarbeiterInnen wollen auch keine indigene Autonomie aufgrund der Angst, dass die Minenunternehmen dann Konsultationen zur Mitbestimmung unterzogen werden.

Wie ist es mit der politischen Repräsentanz?

In der Mehrheit der elf *municipios* hat das MAS²⁰ gewonnen. Außer im Tiefland, in Charagua in Santa Cruz hat die Gruppe Los Verdes²¹ gewonnen, eine Bürgerinitiative, und in Guacaya hat das Movimiento sin Miedo²²

20 Movimiento al Socialismo, Konglomerat indigener BäuerInnenorganisationen und Gewerkschaften, Partei von Präsident Morales.

21 Los Verdes ist eine Wahlplattform in Santa Cruz des Präfekten Ruben Costas, die eher neoliberal ausgerichtet ist. Grün ist die Farbe des Department Santa Cruz.

22 Das MSM ist die Mitte-Links-Bewegung/Partei von Juan del Granado, erfolgreicher und anerkannter ehemaliger Bürgermeister von La Paz. Das MSM ist vor den Wahlen 2006 eine Allianz mit dem MAS eingegangen, die es aber vor den letzten Präsidentschaftswahlen gekündigt hat. Juan del Granado war Präsidentschaftskandidat. MSM war in den letzten Kommunal- und Regionalwahlen recht erfolgreich und stellt eine ernste Bedrohung für den MAS dar, da sie gerade die bürgerliche Mittelschicht anspricht, die dem MAS 2006 mit zum fulminanten Wahlsieg verholfen hat.



gewonnen. Diese Regierungen wollen die vollen 5 Jahre ihrer Amtszeit ausschöpfen, für die sie gewählt wurden, daher behindern sie manchmal den Prozess der indigenen Autonomie. In den Statuten kann festgelegt werden, ob es sofort Neuwahlen gibt oder ob die vorhandenen Autoritäten die vollen 5 Jahre bleiben. Aber die, die bereits Ämter innehaben, haben ein Interesse daran, die 5 Jahre zu bleiben.

Welches ist der Unterschied zwischen indigener Autonomie und munizipaler Autonomie?

Für die indigene Autonomie müssen sie den ganzen Prozess durchlaufen, den ich beschrieben habe, um erst dann die indigene Autonomie zu erreichen. Viele Menschen denken, das ist zu viel Aufwand, besser, wir bleiben bei der munizipalen Autonomie.

Gründe, doch zur indigenen Autonomie zu gehen, wären:

Die Form der Demokratie. Die munizipale Autonomie bedeutet repräsentative Demokratie. D. h. es gibt politische Parteien, um die lokalen Autoritäten zu wählen. Während bei der indigenen Autonomie die

lokale Demokratie herrschen wird. Die Wahl der lokalen Autoritäten wird nach ihren eigenen Normen und Verfahren durchgeführt. Daher ist dann keine politische Partei mehr nötig. Auch die Funktionsweise der lokalen Autorität entspricht dann den indigenen Traditionen.

Ein anderer Grund ist, dass in den indigenen *Municipios* das indigene Recht gelten wird. In den Statuten der autonomen indigenen Gebiete muss noch festgelegt werden, wie die indigene Rechtsprechung umgesetzt wird. Es gibt Schwierigkeiten bei der Formulierung und bei der Definition der Verfahren. Es gibt HistorikerInnen und AnthropolologInnen, die sich dafür aussprechen, dass alles als orale Tradition erhalten bleibt und nicht niedergeschrieben wird, weil ihrer Ansicht nach damit der Geist des indigenen Rechtes zerstört wird. Das ist Teil der Diskussion bei der indigenen Autonomie. Die Statuten brauchen ein ganzes Kapitel über indigenes Recht. Hingegen bei der munizipalen Autonomie müssen sie das nicht festlegen und keine neuen Statuten schreiben.

Vielleicht ist der zentrale Grund, warum die Leute indigene Autonomie als Status anstreben, dass das Land dann auch als indigenes Territorium anerkannt wird. Das wird in der Verfassung nicht ganz deutlich, aber sie können das anstreben. Und wenn sie diesen Status haben, müssen sie konsultiert werden, wenn in ihrem Gebiet natürliche nicht erneuerbare Ressourcen vorhanden sind. Und sie haben auch das Recht, an den Gewinnen beteiligt zu werden.

Viele *Municipios* warten auch ab, ob es von Seiten der Regierung mehr Offenheit gegenüber der indigenen Autonomie gibt. Die Regierung ihrerseits will lieber erst mal abwarten, wie es mit diesen ersten elf *Municipios* funktioniert.

Hast du den Eindruck, dass der Staat das erschwert?

Die ganzen Bedingungen erschweren es, den Status der indigenen Autonomie zu erreichen. Ich glaube, der Staat will das absichtlich behindern. In der Verfassung steht es sehr hübsch, aber in dem Moment, in dem es ernst wird, dass die indigenen Völker sich selbst regieren wollen, und ihre Selbstbestimmung ausüben wollen, gibt es Hindernisse. Das lässt mich annehmen, dass es Absicht ist. Es wird ein Land mit Autonomiegebieten sein, aber es werden mehr munizipale Autonomien sein als indigene Autonomiegebiete.

Eine der Ängste ist wohl die vor den Konsultationsrechten der indigenen Völker. Ein aktuelles Beispiel ist der Nationalpark Isiboro Sécuré. Das ist ein Nationalpark, in dem es kollektive Landtitel von indigenen Völkern gibt. Durch dieses Gebiet soll eine wichtige Straße von Trinidad nach Cochabamba gebaut werden, und die indigenen Völker wurden nicht vorher konsultiert. Im August 2011 gab es große Demonstrationen, mit denen sie dagegen protestieren, dass ihre Rechte nicht beachtet wurden²³.

Das ist einer der Gründe, die die Regierung zögern lässt bei der Umsetzung der Verfassung in Bezug auf die indigenen Autonomiegebiete, weil die indigenen Völker ihre Rechte einfordern werden. Der Staat hat Angst davor, sie sagen das verhindert Investitionen. Es war leicht, das alles in die Verfassung zu schreiben, aber in dem Moment, in dem es umgesetzt werden soll, fangen sie an zu bremsen. Die in der Verfassung festgelegten Rechte werden nicht eingehalten.

Das Gespräch führte Ina Hilse

Literatur

Fundacion Tierra (Hg):

Bolivia Post-Constituyente.

Tierra, territorio y autonomías indígenas.

Seminar-Dokumentation, La Paz 2009.

Fundacion Tierra:

Reconfigurando Territorios.

Reforma agraria, control territorial y gobiernos indígenas en Bolivia.

La Paz 2009.

Albo, Xavier und Carlos Romero:

Autonomías indígenas en la Realidad Boliviana y su nueva constitución.

La Paz 2009.

-> www.fundaciontierra.org

²³ Nach fortdauernden Protesten hat der Präsident Morales das Straßenprojekt im Oktober 2011 zurückgezogen.

Von Südamerika lernen? Zwei im Wuppertaler Aktionsbündnis basta! aktive Menschen versuchen eine Antwort

Das Wuppertaler Aktionsbündnis basta! fand im Frühjahr 2010 im Kampf gegen ein kommunales Haushaltssicherungskonzept zusammen. Nach anfänglich großem Zulauf aus verschiedenen betroffenen Initiativen und kulturellen Gruppen ist heute ein aktiver Kern übrig, der sich als Teil einer weitergehenden „Recht auf Stadt für Alle“-Bewegung versteht. Lokale Aktivitäten und Aktionen wurden in den letzten 18 Monaten durch die Kontaktaufnahme zu internationalen Gruppen – wie etwa zur Bewegung der HüttenbewohnerInnen „Abahlali“ aus Südafrika – ergänzt. Heute steht das Bündnis vor neuen inhaltlichen Herausforderungen, nicht zuletzt, weil sich die Krise der öffentlichen Haushalte weiter verschärft und teilweise auf andere administrative Ebenen verlagert hat: der Adressat der Forderungen ist nicht mehr (nur) der Stadtrat oder die Verwaltung, sondern die relevanten Entscheidungen werden in Brüssel, Frankfurt oder Berlin getroffen.

In einem Gespräch haben zwei Beteiligte versucht, die Frage zu beantworten, ob europäische urbane Bewegungen aus neueren Erfah-

rungen in Lateinamerika lernen können. Teile des Gespräches werden in diesem kollaborativen Artikel wiedergegeben, der nicht den Anspruch erhebt, für basta! Wuppertal insgesamt zu sprechen.

1. Unterschiede hier & dort – Perspektivlosigkeiten

[**Track**]: Von Lateinamerika lernen? Das sollten wir wohl besser tun, angesichts der maroden öffentlichen Haushalte, der Schuldenkrise und der fortgesetzten Demontage von sozialstaatlichen Strukturen. Die ersten reden ja schon von einer „Trikontisierung der Städte“. Insofern findet eine globale Angleichung der Lebensbedingungen der Vielen statt.

Nur ist die Bewegungsrichtung der Angleichung eine gegenläufige ist. Ich denke zumindest in den Ländern mit sogenannten ‚linken‘ Regierungen dürfte das der Fall sein: dort gab es ja z. T. nie so etwas wie einen funktionierenden Wohlfahrtsstaat; der wird mittels Umverteilung der gesellschaftlichen Reichtümer erst peu a peu aufgebaut. Und öffnet Klassen und gesellschaftlichen Gruppen Teilhabe- und Lebenschancen, die zuvor ausschließlich in informellen Strukturen ihr Überleben sichern mussten.

Wobei diese informellen Strukturen natürlich auch – wenn man das Verhältnis der Menschen zum Staat in den Blick nimmt – gewissermaßen Räume der Autonomie, außerhalb staatlicher Kontrolle und Zugriffsmöglichkeiten bedeuten. Wir sollten uns zumindest daran erinnern, dass für viele der paternalistische Wohlfahrtsstaat mit seiner bürokratischen Kontrolle nie das erstrebenswerte Modell gewesen ist.

[**Trick**]: Wenn das Verschwinden öffentlicher Systeme als Rückzug des kontrollierenden Staates verstanden wird, dann ermöglicht das hier wie da neue Freiräume und vielfältige, wenngleich auch aus der Not geborene autonome und solidarische Handlungsweisen. Aber du hast natürlich Recht in Hinblick auf die Unterschiede zwischen den traditionellen, europäischen Großstädten und den Städten des Globalen Südens, die es unmöglich machen, die Situationen direkt zu vergleichen. Denn die Nutzung der Freiräume ist abhängig von den Menschen, die sie füllen. Urbane Kämpfe im Trikont werden nicht nur mit anderen, rudimentäreren Forderungen geführt – Recht auf Wohnen, Elektrizität, sanitäre Anlagen – sie entstehen auch im Kontext eines Optimismus und der Hoffnung auf eine

bessere Zukunft für sich und die eigenen Kinder. Es besteht der – manchmal verzweifelte – Glaube an eine zukünftig verbesserte Lage – auf neue Möglichkeiten, die eigene Wirklichkeit mitzustalten, auf gerechtere Aufteilung des Wohlstands.

[**Track**]: Das trifft vielleicht auf Länder wie Ecuador, Bolivien oder auch Chile zu, wo tatsächlich eine große Hoffnung auf die Veränderbarkeit der Verhältnisse herrscht und es starke soziale Bewegungen gibt. Die Vorstellung hingegen, die hierzulande in den 50er oder 60er Jahren vorgeherrschaft haben mag: dass es immerzu Wachstum geben und es allen immer besser gehen wird – dieser Glaube an die „nachholende Entwicklung“ war zumindest in Lateinamerika eigentlich in den 70er, 80er Jahren schon nicht mehr sehr verbreitet. Es mag durchaus immer wieder in einzelnen Regionen Phasen des wirtschaftlichen Wachstums geben. Aber: Der zunehmende Wohlstand kommt nicht bei den Armen und den prekären Menschen an. Das ist häufig sogar noch weniger der Fall als hier. Es profitieren hier wie da nur die Besitzenden.

[**Trick**]: Er könnte aber ankommen. In der Zukunft finden inzwischen reine Verteidigungskämpfe statt. Paradox daran ist, daß in diesen Rückzugsgefechten teilweise eine Verteidigung alter – zum Teil früher heftig bekämpfter – öffentlicher Strukturen stattfindet. Geändert hat sich bei diesen Institutionen gar nichts. Nach wie vor sind kommunale und staatliche Strukturen zumeist Instrumente der Gängelung. Was sich in den letzten dreissig Jahren geändert hat, ist der persönliche Erwartungshorizont an das Morgen.

[**Track**]: Ich glaube eher, die Erwartungen in die individuellen Aufstiegschancen und der Glaube an diese neoliberalen Anrufung „wenn du dich anstrengst, dann kannst du es auch schaffen“, – die sind jeweils auf Null. Sowohl in Nordafrika oder Lateinamerika, als auch in Spanien oder Griechenland – die berufliche Perspektive junger Leute besteht oft in dauerhafter Arbeitslosigkeit.

[**Trick**]: Das wird ja auch als Erklärung für die verschiedenen Rebellionen in Nordafrika und Südeuropa herangezogen: Den Menschen dort wird gegenwärtig allgemein Perspektivlosigkeit attestiert. Diese Perspektivlo-



sigkeit bedeutet jedoch in Madrid, Athen oder Barcelona mental etwas anderes als in Tunis oder Kairo. In Europa basiert die Perspektivlosigkeit auf der Erkenntnis, daß die Wachstumsmöglichkeiten des Wirtschaftssystems – mithin die Voraussetzung des kapitalistischen Glücksversprechens – teilweise schon überschritten sind. Die wenigsten jungen Menschen glauben, daß es ihnen besser gehen wird als ihren Eltern.

Was ich außerdem einen wichtigen Unterschied finde: Die Anteile der jungen Leute an der Gesamtbevölkerung sind außerhalb Europas wesentlich höher. Das klingt banal – aber das Zahlenverhältnis zwischen den Etablierten, die sich irgendwie arrangiert haben und denen, die ihre Teilhabe einfordern, ist für den Glauben an einen eigenen Einfluss auf die Lebensentwicklung von nicht zu unterschätzender Bedeutung. In Europa befinden sich die jüngeren Generationen fast überall in der Minderheit. Der Perspektivlosigkeit ist inzwischen die Hoffnung auch noch abhanden gekommen.

Während bei uns das Ganze in allerletzten Verteidigungskämpfen um öffentliche Bibliotheken, Schwimmbäder oder auch Wohnungen in Stadtzentren endet, beginnt anderswo der Kampf um Teilhabe, Freiheit und Urbanität erst. Strukturen des Widerstands erscheinen in Europa temporärer, partikularer, auch weniger ausdauernd, die Ziele urbaner Bewegungen in Europa weniger tragfähig. Hinter der Forderung nach bezahlbaren Mieten, nach Freiräumen für prekäre KünstlerInnen und dem Weiterbestand bestimmter sozialer Initiativen verschwinden Visionen einer ‚freien Stadt‘, die grundsätzlicher an die Sache herangehen.

Wenn manche von einer ‚Trikontisierung der Stadt‘ sprechen, dann übersehen sie, dass die ‚Stadt‘ ein ‚natives‘ Umfeld für uns ist. Mit bereits enttäuschten Erwartungen. Wir gehen nicht in eine Stadt, um Überleben zu sichern, mit all den daraus entstehenden Erwartungen an ein urbanes Umfeld, sondern wir leben ‚schon immer‘ in ihr. Wir projizieren da keine Bedürfnisse mehr, wir verteidigen Privilegien, die mit dem Status eines Städters, einer Städterin verbunden sind. Deshalb sind ‚urbane Kämpfe‘ in europäischen Metropolen und Städten per se eurozentristische Angelegenheiten, die zunächst wenig mit den Kämpfen im Trikot zu tun haben.

2. Identifikation und soziale urbane Netze

[**Track**]: Wobei dann zu fragen wäre, was denn das „Freie“ an der Stadt eigentlich ausmacht. Meiner Ansicht nach geht es bei der positiven Erwartungshaltung an ‚Stadt‘ nicht nur um Materielles oder vielleicht einen besseren Zugang zu Bildung, sondern auch um die Suche nach neuen Entwicklungsmöglichkeiten für junge Leute. Für junge Frauen beispielweise, die, weit weg von der sozialen Kontrolle eines Dorfes und ihrer Familie, in einer Großstadt vollständig andere Teilhabemöglichkeiten erfahren als außerhalb der Metropolen. Womit sie natürlich auch das Risiko eingehen, darin unterzugehen. Das macht Großstadt schließlich auch aus: die Möglichkeit, sich darin zu verlieren und in ihr unterzugehen; zumindest solange soziale Netze noch nicht ausgebildet sind.

Oder, schlimmer noch, wenn diese urbanen Netzwerke beginnen zu zerfallen, und es für die StadtbewohnerInnen keine traditionellen – etwa familiären – Netzwerke mehr gibt: Die Gefahr besteht gerade in den Städten, die den „Peak“ der Wirtschaftsentwicklung, der Kulturprägung und der Prosperität überschritten haben – aus zerfallenden urbanen Netzen, die zuvor gebildet wurden aus Nachbarschaft, Kollegen und Kolleginnen und kulturellen Gruppen. Dann geht man unter, weil sie nicht mehr funktionieren.

[**Trick**]: Dann wird auch erfahrbar, dass uns ‚nativen‘ GroßstadtbewohnerInnen die Handlungsmodelle abhanden gekommen sind, die uns eine Loslösung vom Konstrukt ‚Stadt‘ ermöglichen würden, wenn ‚Stadt‘ als bevorzugte Lebensumgebung irgendwann nicht mehr erträglich oder –

einfach nicht mehr finanziert werden kann. Die Abhängigkeit von urbaner Infrastruktur lässt die Verteidigungskämpfe der vereinzelten Individuen teils verzweifelt und planlos erscheinen – oft fehlen Ideen, die wegfallenden Strukturen durch neue, eigene zu ersetzen. Jenseits von ALG II hört die Phantasie häufig auf. So verlagert sich der europäische Kampf um die Städte auf ein etwas undefiniertes Terrain, das ‚Freiräume‘ genannt wird. Diese ‚Freiräume‘ stehen dabei als Platzhalter für unterschiedliche Partikularinteressen.

Teilweise erscheint es daher notwendig, den Diskurs um ‚Stadt‘ und ‚Freiraum‘ nochmals zu beginnen. Nur in einer Überwindung der defensiven Erwartungshaltung ließe sich eine beständiger Dynamik zurückgewinnen, die nicht in sich zusammensackt, sobald das eigene Partikularinteresse als Thema vom Tisch ist.“

3. Die soziale Kontroll-Frage, Öffentliche Haushalte & Entsolidarisierung

[Track]: Wenn wir versuchen wollen, uns darüber zu verständigen, was denn nun die gemeinsamen Visionen von Stadt, Teilhabe und ‚Freiraum‘ für uns sind, dann sollten wir dabei im Blick behalten werden, dass ‚Freiraum‘ zunächst voraussetzt, daß die materiellen Grundlagen der Menschen gesichert sind. Der alltägliche Kampf um die eigene Existenz verhindert die Möglichkeit, selbstbewusst und kreativ mit entstehenden ‚Freiräumen‘ umzugehen. Eine soziale Absicherung ist und bleibt Voraussetzung eines selbstbestimmten Lebens. Ein Kampf um vermeintliche ‚Freiräume‘ muss deshalb immer auch soziale Auseinandersetzung sein, und das Entwickeln von Überlebensstrategien zum Inhalt haben. Das Bündnis basta! entstand in Wuppertal nicht zuletzt als Reaktion auf absehbare und bereits eingetretene soziale Verwerfungen innerhalb der Stadt. Denn das Geld ist ja da – allem Schuldengerede zum Trotz. Es ist nur dem allgemeinen Zugriff entzogen – es steht den öffentlichen Haushalten nicht zur Verfügung. Die viel zitierten Schulden zur Bankenrettung verwandeln sich doch an anderer Stelle tatsächlich in Vermögen. Das steht schon in der ‚basta! – Erklärung No 1‘: „Wir leben in einer verarmten und hoch verschuldeten Stadt, und wir leben mitten in einer allgemeinen Krise. Aber die Schuldenkrise ist nicht unsere Schuld. Wir sagen sogar: Diese Krise ist nicht unsere Krise.“

[Trick]: Mittlerweile würden wir vielleicht eher formulieren: „Aber die Schuldenkrise ist nicht unsere Schuld. Wir sagen deshalb: Diese Schulden sind nicht unsere Schulden. Wir wollen den Kredit nicht mehr...“

[Track]: Deshalb beginnen ja auch die ersten, die Debatte um illegitime Schulden, die lange ausschließlich in Bezug auf IWF und Trikotländer geführt wurde, auf den europäischen Kontext zu übertragen. Die Krise der öffentlichen Haushalte ist das Zukunftsproblem europäischer Staaten und Kommunen. Wuppertal ist da nur relativ weit vorne und deshalb in mancher Hinsicht quasi illustrativ. Auch, was das zunehmende Demokratiedefizit betrifft – der Wuppertaler Stadtrat und die kommunale Verwaltung sind schon lange nicht mehr entscheidend für Entwicklungen der Stadt, die uns alle betreffen. Die konkreten Bedingungen der lokalen Politik werden auf den übergeordneten Ebenen – im Bundestag, im Landtag, bei der Bezirksregierung – gesetzt.

[Trick]: Da haben Wuppertal und andere überschuldete Kommunen eher etwas mit Griechenland zu tun als mit Deutschland. Ein lokales ‚Aktionsbündnis gegen das Totsparen‘ in Deutschland muss inhaltlich eigentlich Anschluss finden an den Syntagma-Platz oder an die ‚Democracy Now!‘ Akteure in Spanien, wenn es nicht autistisch agieren will. Die grundlegenden Diskurse, die in den ‚permanenten Volksversammlungen‘ in den Zelten geführt werden, werden auch um das Bild von ‚Stadt‘ und ‚Staat‘ geführt, deren Wesen sich ebenso grundlegend gewandelt hat. Die neoliberalen Systeme einer unzureichenden sozialen Grundversorgung führen zum Beispiel beabsichtigterweise zu einer umfassenden Entsolidarisierung. So ist ‚Hartz IV‘ zu einem Großteil durch die Kommunen finanziert, indem die Kosten der Unterkunft die städtischen Haushalte belasten. In Kombination mit der Krise kommunaler Haushalte ist eine Renaissance gegenseitiger sozialer Kontrolle eigentlich schon angelegt. Irgendwann werden Nachbarn, denen zwecks Haushaltskonsolidierung das Schwimmbad geschlossen wird, kontrollieren, ob du dich um Arbeit bemühest. Zum mindesten wird die Akzeptanz erzwungener Ein-Euro-Jobs gesteigert. Die Wuppertaler Broschüre des Jobcenters ‚Arbeitslose verschönern ihre Stadt‘ ist da nur ein Anfang.

[Track]: Womit dann eine wichtige Qualität von ‚Stadt‘ vor die Hunde geht. ‚Stadt‘ bedeutet eben auch eine gewisse Anonymität, gekoppelt mit

selbstgewählten Verbindungen und Kontakten zu Menschen, mit denen ich etwas teile oder teilen will. Zuviel gegenseitige Kontrolle erschwert eine sinnvolle inhaltliche und tatsächliche Besetzung von ‚Freiräumen‘, denn der Begriff ist auch eine Umschreibung für die Möglichkeit, in verschiedenen urbanen Zusammenhängen verschiedene Rollen einzunehmen.

[Trick]: Thematisiert wurde das ja auch schon bei der Diskussion um einen ‚Quartierhausmeister‘ am Wuppertaler Ölberg. Ob ein ‚Quartierhausmeister‘ Platzverbote ausspricht oder nicht, hängt von der ‚Güte‘ der Immobilienbesitzer, die ihn einstellen, ab. Soziale Kontrolle verhindert das. Wenn’s das Jobcenter nicht tut, dann tut’s eben der Viertelwart.

Strukturen, die zumindest demokratisch kontrolliert werden könnten, sind da den Willkürentscheidungen Einzelner vorzuziehen.

[Track]: Genauso spannend und erschreckend finde ich den zunehmenden Appell an das gemeinnützige Engagement der BürgerInnen: Weil öffentliche Infrastruktur wie Theater, Schwimmbäder oder Maßnahmen wie der Bau von Fahrradwegen nicht mehr aus dem kommunalen Haushalt finanziert werden, springen nun zunehmend Bürgerinitiativen oder Fördervereine als Betreiber und Maßnahmeträger ein. Das kann man als eine Form von bürgerschaftlicher Partizipation und Selbst-Organisation natürlich gut finden. De facto kommen solche Appelle jedoch meist aus der Trickkiste zur Verschleierung von Privatisierungen oder Schließungen. Denn wenn die bürgerschaftlichen Projekte nicht unterfüttert werden, sind sie von vorneherein zum Sterben verurteilt. Sie brauchen ermöglichte Strukturen und auch eine hinreichende finanzielle Ausstattung. Im schlechten Fall führt bürgerschaftliches Engagement sogar zu einem Demokratiedefizit: Räume, also Plätze, Wege, Schwimmbäder, Gebäude, Einrichtungen, werden öffentlicher Kontrolle oder sogar dem öffentlichen Zugang entzogen, weil alle auf das Good-Will derjenigen angewiesen sind, die die jeweilige Raumverfügung bekommen. Das sind immer nur bestimmte Akteure. Nicht alle können sich an solchen Initiativen oder Fördervereinen beteiligen – dafür werden finanzielle und kulturelle Ressourcen benötigt. Es muss Zeit und Energie dafür aufgebracht werden, die diejenigen, die sich mit Gelegenheitsjobs durchs Leben schlagen oder mit dem Jobcenter herumärgern müssen, oft nicht haben.

4. Failed Quarters & Die Arbeit an der Basis

[Trick]: Wenn wir also davon ausgehen, dass der Rückzug des Staates auch Spielräume und Brachen eröffnet, die durch selbstorganisierte Aktion gefüllt werden können, dann ist das nicht für sich schon etwas Positives. Das hängt von den Akteuren ab, die in diese Brachen hineingagieren. An die Stelle untereinander vernetzter urbaner Bezugsgruppen treten manchmal eben auch solitär agierende Nachbarn, Trägervereine, oder sogar Bandenstrukturen, die vielleicht Identität stiften, aber konträrr und feindlich zu anderen Teilen der Bevölkerung agieren. Die Nazis in Vohwinkel sind dafür ebenso ein Beispiel wie die Kontrolle bestimmter Gegenden durch semi-kriminelle Gruppen. Wenn wir – aus politischen oder existentiellen Gründen – nicht in der Lage sind, identitätsstiftende Angebote zu machen, erscheinen andere Akteure auf der Szenerie, die die Auflösung kommunaler und demokratischer Strukturen zum Schaden vieler für sich ausnutzen.

[Track]: Sozusagen: einzelne Quartiere als Mini-‚Failed States‘.

[Trick]: ...die lieber sich selbst überlassen werden, als dass tatsächlich solidarische Selbstorganisationen der StadtbewohnerInnen zugelassen würden. Eine Entwicklung, die in anderen europäischen Ländern bereits manifestierter ist. Aber auch diese ‚Failed Quarters‘ können sehr unangenehm werden, wie die Banlieues und zuletzt auch Großbritannien gezeigt haben.

[Track]: Eine zentrale Frage, die sich einem Bündnis wie basta! stellt, ist: Wollen wir tatsächlich ‚Failed Quarters‘ riskieren? Ist das nicht viel zu risikant, weil wir (noch) gar keine Antworten haben, und auch keine Ressourcen, um die ‚Freiräume‘ zu füllen? Und daher Angst haben müssen, dass von staatlicher Sozialkontrolle freie Räume von Nazis, Salafisten, Drogenbanden oder anderen Arschlöchern gefüllt werden? Das hieße: Ein reines Laissez-Faire auf der Ebene von Kommune funktioniert nicht – der Kampf um die alten kommunalen Strukturen müsste parallel geführt werden. Wenn uns das als zu defensiv erscheint, ginge es also am Anfang vor allem darum, als Reaktion auf den sozialen Angriff von ‚Oben‘ die Nischen sozialer Infrastruktur und sozialer Absicherung, die es noch gibt, zu verteidigen und auszuweiten, z. B. bei Aktionen vor den Jobcentern. Und gleichzeitig neue,



selbstorganisierte zu schaffen – bei Sperrmüllaktionen oder öffentlichem Kochen in der 4. Woche, wenn am Ende des Geldes noch Monat übrig ist. Was wir dabei tun, ist im Grunde das (Wieder-)Aufgreifen von informellen Wirtschaftsformen, von Subsistenz, die hier im globalen Norden in Vergessenheit geraten sind, während sie in den Trikont-Ländern immer praktiziert wurden. Dass diese Form der Wieder-Aneignung und Selbstermächtigung dann eher einen offensiven Charakter hat, zeigt die Repression gegen diejenigen, die urbane Survival-Strategien praktizieren wie Containern, Kostenlos einkaufen, Schwarzfahren, sogenannten Sozialbetrug begehen, Sperrmüllen usw. – kurz: Es geht um Selbst-Organisierung im Quartier.

[Trick]: Die wir vielfach ganz neu erlernen müssen. Wenn ein urbanes Bündnis in einer schrumpfenden, bankrotten Stadt wie Wuppertal die Lethargie überwinden will, muss es den alltäglichen Kampf um die ‚Hoods‘ führen – und manchmal weniger partikularistisch agieren. Auch, um überhaupt erst wieder jene Strukturen zu schaffen, die Zugriffsbemühungen von dissozialen Akteuren auf das entstehende Vakuum etwas Wirkungs-

volles entgegensezten können. Insofern lässt sich von Selbstorganisationen und Strukturen in Lateinamerika oder anderswo für hiesige Kämpfe und Strategien absolut einiges lernen.

[Track]: Tatsächlich passiert es ja bereits, dass bestimmte Formen informeller Ökonomien aus dem Süden hierher übernommen werden. Natürlich sind das teilweise auch parallelgesellschaftliche Strukturen, die wenig menschenfreundlich daherkommen. Aber es gibt eben auch andere, in positiver Weise auf das Gemeinwesen ausgerichtete Formen.

Ich denke zum Beispiel an die – inzwischen auch in Wuppertal entstehenden Nachbarschaftsgärten, an Guerilla Gardening auf städtischen Brachgeländen oder an Recycling-Werkstätten, an Tauschringe oder Food-Koops. Aber auch an den Kunst- und Kulturbereich: die vielen Ateliers, die leeren Fabrikgelände, die von der freien Kunstszene zu Theatersälen und Galerien umgestaltet werden, die sozialkulturellen oder autonomen Zentren. Für all diese Projekte bietet eine schrumpfende Stadt wie Wuppertal schliesslich ein geradezu ideales Umfeld. Hier bilden sich neue Formen sozialer Produktions- und Reproduktionsbeziehungen heraus.

Diese Formen verweisen aber auch auf eine Lücke, auf etwas, was den Menschen fehlt – z.B. Grün in den Städten, ökologische und soziale Nachhaltigkeit, soziale und räumliche Nähe zwischen Produktion und Konsum und allgemein nicht-kommerzielle öffentliche Räume.

Dabei ist natürlich auffällig, dass die Akteure gerade nicht diejenigen sind, die am stärksten an den gesellschaftlichen Rand gedrängt werden und die am stärksten unter der sozialen Verunsicherung leiden. Viele der Projekte, wie etwa die Nachbarschaftsgärten, haben ihre Wurzeln wohl in den prekären Überlebensökonomien der Slums und Favelas, kommen aber hierzulande eher als Lifestyle einer bildungsbürgerlichen Elite daher. Ebenso wie bei den Fördervereinen, die nun vormals öffentliche Schwimmbäder betreiben, stellt sich auch bei diesen die Frage, ob die Akteure nicht genau die aktivierten neoliberalen Subjekte sind, die – im besten Sinne des bürgerschaftlichen Engagements – bereitwillig die Lücken füllen, die der Staat nicht mehr zu füllen bereit oder in der Lage ist.

[Trick]: Das heißt aber vor allem, dass wir die „allgemein nicht-kommerziellen Räume“ auch dazu nutzen müssen, so etwas wie „politische Bildung“ zu betreiben. Das heißt Räume – zeitlich wie örtlich – anzubieten, in

denen Versammlungen, Gespräche und eine politische Bewusstwerdung stattfinden können. Angenommen, die Krise eröffnet wirklich „freie“ – vom Staat verlassene – Räume und die Notlage zwingt immer mehr Menschen dazu, informelle Strukturen zu schaffen und zu nutzen, dann wird es eben darum gehen, ob im jeweiligen Kiez ein Bewusstsein vorhanden ist, möglichen kriminellen oder ausgrenzenden Formen entgegenzutreten.

In diesem Sinne sind die Räume, die derzeit im Rahmen der „Occupy- oder „Real Democracy“-Proteste bei vielen Asambleas auf den öffentlichen Plätzen geschaffen werden, ziemlich wichtig. Es ist nur zu hoffen, da diskutieren die Richtigen auch mit.

[**Track**]: Dennoch finde ich, dass auch die derzeit stattfindenden, eher „bürgerlichen“ Ansätze informeller Strukturen spannende und vielleicht auch zukunftsweisende soziale Experimente sind, die zumindest das Potential haben, auch antagonistisch zu werden. Voraussetzung dafür ist natürlich, dass diese Veranstaltungen und Räume nicht zum closed shop werden, dass sie zugänglich bleiben, sozial durchlässig werden und tatsächlich basisdemokratisch verwaltet werden. Eine gewisse selbstkritische Distanz dieser Initiativen zu ihrer eigenen Rolle in der neoliberalen Stadt wäre da sicher hilfreich. Angesichts der aktuell drohenden Krisenszenarien muss ich häufig an die Krise 2001/2002 in Argentinien denken: dort ging das Leben nach dem „Corralito“ – dem Einfrieren der Bankguthaben – dem Staatsbankrott und der massiven Erwerbslosigkeit nur deshalb weiter, weil es vorher bereits Ansätze oder Keime einer alternativen Ökonomie gegeben hatte. Die Tauschringe platzen damals zwar über Nacht aus allen Nähten, und es war kaum möglich, die massive Nachfrage zu befriedigen – aber immerhin, es gab diese Alternativen zu Lohn- und Erwerbsarbeit oder zur absoluten Abhängigkeit von staatlicher Alimentierung. Diese Alternativen ermöglichten den Leuten damals das Überleben und stärkten gleichzeitig den sozialen Zusammenhalt. Die Menschen waren im ökonomischen Sinne zwar weiterhin prekär – aber die Unsicherheit war geringer, weil sie in sozialer Hinsicht in recht stabile Netze eingebunden waren. Darüber hinaus gab es natürlich auch weiterhin die Umverteilungskämpfe: Die Fabrikbesetzungen durch die Belegschaften, die Supermarktplünderungen und die „Piquetes“ – die Streikposten der Erwerbslosen.

An diesem Punkt sind wir in Deutschland und auch in Wuppertal ganz offensichtlich noch nicht, weder was die Krisen- noch was die Bewe-

gungsdynamik anbelangt. Es ist aber, gerade angesichts der dramatischen Verschuldung, überhaupt nicht ausgeschlossen, dass das nicht mehr lange dauert.

[**Trick**]: ...was dann aber eine wenig ausgeprägt politische Bevölkerung trafe. Deshalb habe ich ja auf die Notwendigkeit inhaltlicher Arbeit hingewiesen. Solche – von Vielen sicher erstmal als „chaotisch“ und unsicher empfundenen Situationen lassen sich nur gemeinsam in „sozial durchlässige“ und „basisdemokratische“ informelle Arbeitsweisen überführen. Derzeit empfindet sich hier aber jeder und jede als einzeln. Vereinzelt jedoch fällt es viel schwerer, den entschlossen und organisiert agierenden geschlossenen Gruppen etwas entgegenzusetzen. Ein Miteinander und die gemeinsame Verständigung auf bestimmte Vorgehensweisen muss einer solchen Situation, wie du sie beschreibst, eigentlich vorausgehen. Sehr lange ist daran von unserer Seite zu wenig gearbeitet worden. Wenn sich das im Rahmen konkreter Projekte ändert – umso besser.

[**Track**]: Daher sehe ich es als die wichtigste Aufgabe einer stadtpolitischen Bewegung wie basta! an, Arbeit in den Quartieren und Stadtteilen zu machen, mit den Leuten in der Nachbarschaft ins Gespräch zu kommen, soziale Räume und Angebote zu schaffen. Dabei greifen wir ja auch schon auf die Erfahrungen sozialer Kämpfe in anderen Länder zurück: Im ganz Kleinen praktiziert beispielsweise die „Vierte Woche“ allmonatlich das, was in Buenos Aires die Volksküchen waren. Die Aktion ist allerdings gar nicht so sehr aus Südamerika, sondern vielmehr von den „Quarta Settimana“– Aktionen der Prekären in Italien inspiriert: Wenn am Ende des Geldes noch Monat übrig ist, treffen sich regelmäßig in der vierten Woche Kinder und Erwachsene auf einem zentralen Platz im Viertel zum gemeinsamen Kochen und zum anschließendem Menü, um ihr Recht auf Teilhabe am gesellschaftlichen Leben durchzusetzen. So entsteht ein Raum, in dem Menschen und Generationen miteinander ins Gespräch kommen, die sich sonst gegenseitig kaum noch wahrnehmen. Da passiert aus der Not heraus schon viel auch an Miteinander und inhaltlichen Auseinandersetzungen.

Nicht selten müssen die informellen Ökonomien aber auch gegen staatliche Zugriffe verteidigt werden. Das ist auch in Städten mit erheblichen Leerstand vor allem bei Haus- oder Platzbesetzungen leider immer noch der Fall. Aber auch bei großen kollektiven und selbstorganisierten

Umverteilungsaktionen wie dem Sperrmüll, der in Wuppertal immer noch straßenzugsweise organisiert ist. Da die Stadt Wuppertal eine Richtlinie verabschiedet hat, nach der sie es mit Bußgeldern ahndet, wenn Sperrmüll mitgenommen wird, wird in einigen wenigen Quartieren der freie Zugang zum Sperrmüll seit einigen Jahren in Form von Straßenparties gesichert. Wenn dabei viele junge Leute zusammenkommen, um zwischen Sperrmüllsofas und Tischen den Abend gemeinsam zu verbringen, ist das kommunale Ordnungsamt erfahrungsgemäß weniger geneigt, die Sperrmülldiebe zu verfolgen. Darüber hinaus finden sich auf den Parties oft hilfsbereite Leute, die der älteren Dame von Gegenüber helfen, eine „neue“ Couchgarnitur ins Haus zu tragen.

[**Trick**]: Ohne immer den Spielverderber geben zu wollen – aber das sind doch schon noch sehr kleine Initiativen und Aktionen und in Wuppertal zumeist auf den „alternativen“ Kiez beschränkt. Bei unseren Versuchen, mithilfe von sogenannten „basta!-Mappings“ eine soziale, erfahrbare Karte der Stadt zu erstellen, haben wir zwar sofort jede Menge akuter Brennpunkte gefunden, aber auch sofort gemerkt, wie groß unsere personellen und organisatorischen Defizite in weiten Teilen der Stadt nunmal sind. Die von uns hier formulierten Ansprüche zu erfüllen, ist eine fast riesenhafte Aufgabe...

[**Track**]: Natürlich sind diese mehr oder weniger widerständigen Praktiken, die informelle Produktion und Reproduktion hierzulande nur erste zarte Pflänzchen. Experimente eben. Wichtig ist deshalb sicherlich, beim Experimentieren mit den alten, neuen Formen informeller Ökonomie nicht aus dem Blick zu verlieren, dass wir es uns keineswegs leisten können, darauf zu verzichten, die Reste sozialstaatlicher Umverteilung weiterhin zu verteidigen. Eine zentrale Erfahrung, die wir aus der Geschichte sozialer Konflikte – auch in den Ländern des Südens – ziehen können, ist, dass allein die soziale Vereelendung selten bis gar nie zum „Aufstand der Armen“ geführt hat. Wie gesellschaftlicher Reichtum verteilt wird, bleibt weiterhin und gerade in Zeiten der Krise die zentrale Frage – neben der Frage des täglichen Überlebens und des Aufbaus von sozialen Netzwerken.

Trick und Track vom Fähnlein Fieselschweif

Informationsbörse/Links auf Initiativen

Bürgerhaushalt

Vom Süden Lernen: Bürgerhaushalte weltweit – eine Einladung zur globalen Kooperation, Studie Nr. 25.
Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit, Servicestelle Kommunen in der Einen Welt
-> <http://www.buergerhaushalt.org/>
-> <http://www.buergerhaushalt-wuppertal.de/>

Urban gardening/Gemeingüter

Silke Helfrich, Rainer Kuhlen, Wolfgang Sachs, Christian Siefkes:
Gemeingüter – Wohlstand durch Teilen.
Hrsg. Von Heinrich Böll Stiftung, Dezember 2009
-> <http://www.blog.arbeit-kultur-wtal.de/>
-> <http://prinzessinnengarten.net/>

Wohnungsgenossenschaften

-> <http://www.abahlali.org/>

Gemeinwohlorientierte Betriebe/ Solidarische Ökonomie

- > <http://www.gemeinwohl-oekonomie.org/>
- > <http://www.christian-felber.at/schaetze/gemeinwohl.pdf>

Selbstverständnis FACTA: Von der Besetzung zur Organisierung

- > http://www.factautogestion.com.ar/index.php?option=com_content&view=article&id=103&Itemid=166

65 Mitgliedskooperativen in FACTA

- > http://www.factautogestion.com.ar/index.php?option=com_content&view=article&id=105&Itemid=168

Videos zu besetzten Betrieben und Selbstdarstellungen in Argentinien

- > <http://www.agoratv.org/>

Verfassungssysteme und lokale Ökonomie

Gudynas, Eduardo: Politische Ökologie:

Verfassungen von Bolivien und Ecuador. In: juridikum 4/2009

Gudynas, Eduardo: Buen Vivir: Germinando Alternativas al Desarrollo.

In: America Latina en Movimento 462, Febr. 2011

Larca, Ana Maria: Buen vivir als gegenhegemonialer Prozess, 2009

Schilling-Vacaflor, Almut und Anna Barrera: Lateinamerikas neue Verfassungen: Triebfedern für direkte Demokratie und soziale Rechte? In: GIGA Focus 2/2011

Stadtpolitik von unten

- > <http://basta-wuppertal.de/>
- > <http://www.rechtaufstadt.net/>
- > <http://www.democraciarealya.es/>
- > <http://occupywallst.org/>
- > <http://www.echte-demokratie-jetzt.de/>



Nahua Script 14

„Her mit dem Guten Leben“ – Gegenentwürfe zur globalen Krise

Was macht das Konzept des *buen vivir* aus? Formuliert es eine Antwort auf die globale Krise und die Zerstörung der Welt? Können wir hier Impulse für unsere politische Praxis hier gewinnen? Geht Wirtschaft auch ohne Wachstum? Was brauchen wir um unsere Bedürfnisse zu stillen? Und wie kann eine Post-Wachstumsgesellschaft aussehen? Wie können wir uns den öffentlichen Raum (wieder-)eignen? Wie kann gesellschaftliche Entwicklung wie Verteilungsgerechtigkeit, öffentliche Ausgaben für Gesundheit und Bildung gemessen werden? Können wir mit den *Commons* eine Antwort auf die scheinbare politische Alternativlosigkeit geben? Ist das Thema der ‚sozialen Infrastruktur‘ geeignet, über die beispielhaften «harmonischen Inseln» im Kapitalismus hinaus wirkliche gesellschaftliche Veränderungsprozesse in Gang zu setzen? Die Beiträge des Wuppertaler Süd-Nord-Kolloquiums. Dezember 2011. ca 100 S.

Nahua Script 12

LandLos. Berichte und Gespräche zur Landfrage in Nicaragua und Mittelamerika.

„In der sandinistischen Vorzeit gab es keine Notwendigkeiten für selbstorganisierte Projekte, denn es war immer Arbeit in Überfluß da. Mit der neuen Regierung gab es eine brutale Arbeitslosigkeit in ganz Nicaragua, und wir haben mit dem Kampf um das Land begonnen, um zu überleben.“

Die bäuerliche Produktionsweise mit dezentraler Organisation, ressourcenschonender Ökologie und gesellschaftlicher Ernährungssouveränität bietet nachhaltige Produktionsstrukturen. Die unmittelbaren ProduzentInnen können sich der Exportorientierung und damit verbundener national-staatlicher wie auch privatwirtschaftlicher Organisation entledigen, sie bilden neue Wirtschaftssubjekte mit sozialer Orientierung. Der Sandinismus der 80er Jahre hat die bewußtseinsmässigen Grundlagen geschaffen, der neoliberalen Staat die ökonomischen Notwendigkeiten. 1995. 144 S.

INFORMATIONSBÜRO

NICARAGUA e.V.

Das Informationsbüro Nicaragua gehört zu den ältesten Organisationen der Nicaragua-Solidaritätsbewegung. 1978 – während des sandinistischen Befreiungskampfes gegen die Somoza-Diktatur – gegründet, war es eine Art Koordinierungsstelle von den mehr als 300 Nicaragua-Solidaritätsgruppen in der BRD. Unsere Geschichte war bis in die 1990er Jahre eng verknüpft mit den Konjunkturen der Solidaritätsbewegung zu Mittelamerika und speziell zu Nicaragua.

Heute liegen die Arbeitsschwerpunkte des Infobüros im Bereich der entwicklungspolitischen Bildungs- und Informationsarbeit zu Lateinamerika und in der Zusammenarbeit und Förderung von Basisinitiativen in Nicaragua. Wir geben Publikationen heraus, unterhalten ein öffentlich nutzbares „Dritte-Welt-Archiv“, vermitteln Referent_innen, führen Besuchsreisen mit lateinamerikanischen Gästen durch und organisieren Aktionen und Seminare.

Laufende Projekte sind die Bildungsprogramme Fokuscafé Lateinamerika/ Bildungslabor Lateinamerika, deren Themenspektrum von Geschichte und Klischees, Ökonomie und Migration über Eine Welt bis Klimawandel und Umweltkonflikte reicht. Die Materialien dieser interaktiven und partizipativen Methoden des Globalen Lernens zur schulischen und außerschulischen Bildungsarbeit richten sich an Bildungsarbeiter_innen, Lehrer_innen und alle Interessierten. Zudem bietet das Infobüro die Ausstellung ÜberLebensWelten an, die Maquilaarbeiterinnen, Landfrauen und Menschen aus der Überlebensökonomie Nicaraguas sprechen lässt; das Ausstellungsprojekt wird ständig aktualisiert. Mit Veranstaltungsreihen wie Wuppertaler Süd-Nord-Kolloquium „Her mit dem guten Leben!“ (2011) und den Wuppertaler Lateinamerika Tagen (2010) bringen wir aktuelle inhaltliche Schwerpunkte in den öffentlichen Fokus.

Informationsbüro Nicaragua e.V.

Deweirthstr. 8

42107 Wuppertal

Tel.: 0202-30 00 30

Mail: info@informationsbuero-nicaragua.org

www.informationsbuero-nicaragua.org